



Beteiligungsbericht

2015

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	52
Allgemeine Informationen	53
Übersicht der Beteiligungsunternehmen	56
Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf	57
I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung	58
Business Park Alsdorf GmbH	59
WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen.....	72
II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen	87
EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg	88
enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath.....	114
III. Beteiligungen Wohnungswesen/Städtebau.....	129
GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf	130
GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen GmbH, Würselen.....	142
Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf	154
Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf	160
IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft	174
FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	175
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler.....	179
Energeticon gGmbH.....	186
regio iT GmbH.....	201
V. Sondervermögen.....	213
ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	214
Rechtsnormverzeichnis	227

Vorwort

Die Stadt Alsdorf veröffentlicht den gemäß § 117 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu erstellenden Beteiligungsbericht über ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts.

Mit diesem Bericht wird sowohl dem Rat der Stadt Alsdorf und seinen Ausschüssen als auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Alsdorf ein Überblick über die Struktur der bestehenden Beteiligungen zum 31.12.2015 gegeben.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Alsdorf soll dem interessierten Leser einen Überblick über die wesentlichen und unternehmensrelevanten Daten der Gesellschaften geben sowie die Strukturen der Unternehmen transparenter machen.

Seit dem Haushaltsjahr 2009 sind die Gemeinden verpflichtet, ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung zu erfassen und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Die Stadt Alsdorf hat zum 01.01.2009 auf das so genannte *Neue Kommunale Finanzmanagement* (NKF) umgestellt. Im § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind die Pflichtinhalte des Beteiligungsberichtes festgeschrieben.

Der Beteiligungsbericht nach den Grundsätzen des NKF fordert u.a. eine Zeitreihe der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen für das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr. Im Beteiligungsbericht 2015 der Stadt Alsdorf werden somit die Geschäftsjahre 2015, 2014, und 2013 abgebildet.

Die meist umfangreichen Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände werden im Beteiligungsbericht in der Regel in Auszügen wiedergegeben.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2015, dies gilt ebenfalls für die Kennzahlen.

Alsdorf, im Mai 2016

Hafers
Kämmerer

Allgemeine Informationen

A. Anforderungen an den Beteiligungsbericht nach § 52 GemHVO NRW

Der jährlich zu erstellende Beteiligungsbericht umfasst gem. § 52 Abs. 1 GemHVO NRW folgende Pflichtinhalte:

die Ziele der Beteiligung,

die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,

die Beteiligungsverhältnisse,

die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,

die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,

die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,

die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,

der Personalbestand jeder Beteiligung.

Aus § 52 Abs. 2 GemHVO NRW folgt darüber hinaus, dass die Daten der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen in Form einer Zeitreihe abzubilden sind. Diese muss das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfassen.

B. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung ergibt sich aus § 107 GO NRW. Zunächst wird dabei in wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unterschieden.

Nach § 107 Abs. 1 GO NRW liegt immer dann eine wirtschaftliche Betätigung vor, wenn es sich um den Betrieb eines Unternehmens handelt, der als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig wird, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem privaten Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Die Zulässigkeit folgt anschließend aus § 107 Abs. 1 Nr. 1-3 GO NRW, der sogenannten Schrankentrias. Danach ist eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde nur dann zulässig, wenn

ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Ein öffentlicher Zweck ist immer dann tangiert, wenn es sich um eine im weitesten Sinne sozial-, gemeinwohl- und einwohnernützige Aufgabe des jeweiligen Unternehmens handelt.

Unter einem „angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde“ ist zu verstehen, dass sie sich nur insoweit wirtschaftlich betätigen darf, wie eine gesunde und absolut vertretbare Relation zwischen allgemeiner Leistungsfähigkeit der Gemeinde und finanzieller Beteiligung an einem Unternehmen vorliegt.

§ 107 Abs. 2 GO NRW umfasst einen Katalog der Betätigungsbereiche, die nicht nach den Vorschriften einer wirtschaftlichen Betätigung im Sinne des Absatzes 1 zu behandeln sind.

Für die nichtwirtschaftliche und wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes gilt darüber hinaus § 107 Absatz 3 und 4 GO NRW, welche zusammenfassend darstellen, dass solch eine Betätigung nur dann zulässig ist, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 GO NRW und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften tatsächlich gewahrt sind.

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung ist in § 107 Absatz 5 GO NRW geregelt. Demzufolge ist eine wirtschaftliche Betätigung nur dann zulässig, wenn vor der Entscheidung einer Gründung eine Marktanalyse stattgefunden hat und ein Branchendialog mit den Unternehmen abgehalten worden ist, auf welche die Betätigung eventuell Auswirkungen haben könnte.

Entscheidet sich eine Gemeinde folglich dafür, sich tatsächlich wirtschaftlich zu betätigen, ist dies nach § 115 GO NRW unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen um überprüfen zu lassen, ob alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind und die Betätigung letztlich zulässig ist.

C. Erläuterungen zu einzelnen Positionen

Zu einigen Positionen, die in der Übersicht über die einzelnen Gesellschaften beleuchtet werden, ist es für ein differenziertes Verständnis von Nöten, sie genauer zu erläutern. Im Folgenden werden diese Positionen isoliert betrachtet und Hintergrunddaten, die bei der Erstellung des Berichtes vorhanden waren und eingeflossen sind, erklärt.

Gesellschafter

Diese Position stellt die Kapitalverhältnisse in einem abschließenden Katalog dar. Das bedeutet näher, dass an dieser Stelle alle Gesellschafter des Unternehmens benannt werden und in diesem Zusammenhang auch deren prozentuale Gesellschafteranteile.

Wesentliche Beteiligungen

Unter dieser Position sind die für die Stadt Alsdorf mittelbaren Beteiligungen benannt. Von mittelbaren Beteiligungen der Stadt Alsdorf spricht man immer dann, wenn die dargestellte Gesellschaft ihrerseits an anderen Unternehmen beteiligt ist. Allerdings liegt die Besonderheit bei dieser Position darin, dass ausschließlich solche mittelbaren Beteiligungen in der Liste dokumentiert sind, an denen die Gesellschaft mindestens 20,00 % der Gesellschaftsanteile hält.

Kennzahlen

Unter dieser Position sind diverse Leistungskennziffern der jeweiligen Gesellschaften in einer Zeitreihe aufgeführt. Kennzahlen sind gemäß § 12 GemHVO NRW Indikatoren, die zur Überprüfung der Zielerreichung der jeweiligen Gesellschaft dienen.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Unter dieser Position wird erläutert, inwieweit die jeweilige Beteiligung an der Gesellschaft sich im innerstädtischen Haushalt der Stadt Alsdorf bemerkbar macht und inwieweit die Jahresergebnisse sich dort gegebenenfalls niederschlagen.

Übersicht der Beteiligungsunternehmen



Wirtschaftsförderung	Versorgungsunternehmen	Wohnungswesen / Städtebauplanung	Kultur / Wissenschaft	Sondervermögen
Business Park Alsdorf GmbH	Energie- und Wasserversorgung	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft	Freizeitobjekte Alsdorf	Eigenbetrieb Technische Dienste
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen	enwor – Energie und Wasser vor Ort GmbH	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Städteregion Aachen	Freizeitzentrum Blausteinsee	
		Alsdorfer Bauland GmbH	Energeticon gGmbH	
		Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf	regio iT GmbH	

Verzeichnis aller Beteiligungsunternehmen der Stadt Alsdorf

Gesellschaft / Unternehmen	Stammkapital in €	Beteiligung in €	Anteil in %
Eigenbetrieb Technische Dienste	2.000.000	2.000.000	100,00
Freizeitobjekte GmbH Alsdorf	127.822,97	127.822,97	100,00
Business Park Alsdorf GmbH	106.350	106.350	100,00
Grund- und Stadtentwicklungs GmbH Alsdorf	25.000	25.000	100,00
Gemeinnützige Siedlungs- gesellschaft mbH	708.139,26	538.901,64	76,10
Alsdorfer Bauland GmbH	26.000	13.000	50,00
Energeticon gGmbH	26.000	6.500	25,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	25.564,59	4.601,63	18,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Städteregion Aachen	2.303.500	151.800	6,59
enwor – energie und wasser vor ort GmbH	21.007.400	550.250	2,619
Energie- und Wasserversorgung GmbH	18.151.450	395.750	2,18
Gemeinnützige Wohnungsbau- gesellschaft mbH der Städteregion Aachen	1.000.000	17.850	1,79
regio iT GmbH	307.228	3.072	1,00

I. Beteiligungen Wirtschaftsförderung

Business Park Alsdorf GmbH

Allgemeine Angaben

Firma	Business Park Alsdorf GmbH Handelsregister am 30.12.2013 vormals: Industrie- und Gewerbepark Alsdorf GmbH	Gesellschafter Stadt Alsdorf 100%
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Str. 3b 52477 Alsdorf	Wesentliche Beteiligungen Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH
E-mail	me@businesspark-alsdorf.de	24,80%
Homepage	www.businesspark-alsdorf.de	(bis 31.12.2014)
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftervertrag	vom 28.12.2015 Die Gesellschafterversammlung vom 25.11.2015 hat die vollständige Neufassung des Gesellschaftsvertrags beschlossen. Dabei wurde insbesondere eine Änderung des Unternehmensgegenstands beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 28.12.2015.	
Geschäftsführung	Prof. Dr. Axel Thomas	
Prokura	Michael Eßers M.A.	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	106.350 €	
Anteil der Stadt in €	106.350 €	
Anzahl Mitarbeiter:	3	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören alle investiven sowie Beratungs- und Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen sowie zugehörigen Dienstleistungen (wie standortbezogenes Marketing von eigenen und fremden Gewerbeflächen, von bebauten- und unbebauten Gewerbegrundstücken).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt einen öffentlichen Zweck i.S.v. § 107 Gemeindeordnung (GO NRW) und hat hierüber jährlich zu berichten (§ 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW). Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LGG NRW) sind zu beachten und umzusetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und / oder an ihnen beteiligen. Die Wirtschaftsgrundsätze des § 109 GO NRW sind zu beachten.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.542,00	14.903,00	9.643,00
II. Sachanlagen	545.405,86	546.265,86	528.810,86
III. Finanzanlagen	6.340,02	6.340,02	6.340,02
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.737.520,63	2.642.127,54	2.561.443,91
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.794,34	12.822,69	29.055,46
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	448.448,61	389.997,37	688.798,61
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.468,10	3.473,61	3.181,67
	3.771.519,56	3.615.930,09	3.827.273,53

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	106.350,00	106.350,00	106.350,00
II. Kapitalrücklage	3.853.202,29	3.853.202,29	3.853.202,29
III. Verlustvortrag	-2.334.207,52	-2.112.788,12	-2.215.583,72
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-27.585,88	-221.419,40	102.795,60
B. Rückstellungen	14.200,00	20.900,00	24.000,00
C. Verbindlichkeiten	2.146.050,79	1.956.175,45	1.942.999,50
D. Rechnungsabgrenzungsposten	13.509,88	13.509,87	13.509,86
	3.771.519,56	3.615.930,09	3.827.273,53

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	387.632,27	21.276,66	539.782,10
Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-191.583,00	0,00	-151.337,00
sonstige betriebliche Erträge	34.711,37	38.366,93	90.810,61
Personalaufwand	62.749,45	79.376,08	115.966,03
Abschreibungen	8.104,79	6.595,45	3.215,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	172.623,49	176.785,81	213.885,39
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.120,43	18.676,06	5.250,99
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.717,43	30.728,55	41.422,48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-21.314,09	-215.166,24	110.017,80
sonstige Steuern	6.271,79	6.253,16	7.222,20
Jahresüberschuss	-27.585,88	-221.419,40	102.795,60

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapitalquote	42%	45%	48%
Anlagenintensität	15%	16%	14%
Verschuldungsgrad	135%	122%	107%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist an der Firma Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH, Alsdorf in Höhe von 24,8% (=6.340,02 €) beteiligt. Die Meß- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde durch Gesellschafterbeschluss mit Ablauf des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2014 aufgelöst (Liquidation). Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 12. Januar 2015.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders Vertreter: Herr Michael Hafers
SPD-Fraktion	Herr Stv. Detlef Loosz Vertreter: Herr Markus Conrads
SPD-Fraktion	Herr Stv. Heinrich Plum Vertreter: Herr Stv. Jean Jansen
SPD-Fraktion	Herr Stv. Friedhelm Krämer Vertreter: Herr Stv. Franz-Josef Altdorf
CDU-Fraktion	Herr Stv. Stefan Uerlings Vertreter: Herr Stv. Wilfried Maul
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt Vertreter: Herr Stv. Dieter Lothmann
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Jörg Willms Vertreter: Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz Vertreter: Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 17. März 1989 unter der Firmierung Industrie- und Gewerbepark Alsdorf gegründet, die Eintragung erfolgte am 23. Mai 1989 unter der Nr. 4150 beim Handelsregister Aachen. Die Gesellschaft firmiert seit 09.12.2013 als Business Park Alsdorf GmbH (vgl. hierzu Urkunde des Notars Krause, Alsdorf, UR Nr. 2097/13 sowie Eintragung im Handelsregister am 30.12.2013).

Das Stammkapital beträgt 106.350,00 €. Beteiligungsverhältnisse bestanden zum 31.12.2015 wie folgt:

Gesellschafter	<u>Stammkapitaleinlage</u>	
Stadt Alsdorf	106.350,00 €	100%

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt Alsdorf. Hierzu gehören alle investiven sowie Beratungs- und Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen sowie zugehörigen Dienstleistungen (wie standortbezogenes Marketing von eigenen und fremden Gewerbeflächen, von bebauten- und unbebauten Gewerbegrundstücken). Die Gesellschaft verfolgt einen öffentlichen Zweck i.S.v. § 107 Gemeindeordnung (GO NRW) und hat hierüber jährlich zu berichten (§ 108 Abs.3 Nr.2 GO NRW). Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LGG NRW) sind zu beachten und umzusetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und / oder an ihnen beteiligen. Die Wirtschaftsgrundsätze des § 109 GO NRW sind zu beachten.

Ein Sitz in der Gesellschafterversammlung wurde von der Stadt Alsdorf der WFG zur Verfügung gestellt. Dieser Sitz wurde an Herrn Prof. Dr. Gartzten vergeben, der sein Mandat mit Schreiben vom 09.10.2015 zum 31.10.2015 niedergelegt hat. In der 91. Gesellschafterversammlung am 25.11.2015 wurde eine Änderung des Gesellschaftervertrages beschlossen. Die Änderungen wurden am 28.12.2015 in das Handelsregister eingetragen. Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages wurde die Einrichtung eines Aufsichtsratsgremiums zusätzlich zu dem Gremium der Gesellschafterversammlung beschlossen. Der Gesellschaftsvertrag weist nun einen klaren Katalog der zustimmungsbedürftigen Geschäfte und Maßnahmen auf, in dem die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Gremien zugewiesen sind. Die Gremienbesetzung des Aufsichtsrats wurde bereits in der Sitzung des Rates vom 19.03.2015 beschlossen. Die Nachbesetzung für ein verstorbenes Aufsichtsratsmitglied wurde in der Sitzung des Rates vom 15.12.2015 beschlossen. Die Nachbesetzung eines zum 28.12.2015 aus dem Rat der Stadt Alsdorf ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds ist am 15.03.2016 erfolgt.

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Geschäftsmodell der BPA GmbH besteht darin, Grundstücke im Stadtgebiet zu entwickeln und zu veräußern. Nicht mehr zum Geschäftsmodell des Unternehmens gehört es, ein Gründerzentrum bzw. eine Gewerbeimmobilie zu betreiben. Lediglich als Dienstleistung wird das Management des Zentrums für den Gebäudeeigentümer angeboten. Diese entgeltliche Dienstleistung erfolgt in der Weise, dass neue Mieter für das Gewerbezentrum akquiriert werden bzw. bestehende Mietverhältnisse betreut werden.

2. Forschung und Entwicklung

Die BPA betreibt keine Forschung und Entwicklung in dem Sinne, dass neue Verkaufsprodukte entstehen sollen. Untersucht werden lediglich Flächen in Bezug auf ihr Entwicklungspotenzial im Sinne des zuvor beschriebenen Geschäftsmodells.

II. Wirtschaftsbericht

Wie die Gesellschaft das Unternehmensziel im Geschäftsjahr 2015 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Zum Jahreswechsel 2015/2016 wächst die deutsche Wirtschaft überwiegend durch die lebhaftere Binnennachfrage. Treibende Faktoren sind die günstige Arbeitsmarktlage und die kräftigen Zuwächse der verfügbaren Einkommen bei den privaten Haushalten. Das Auslandsgeschäft der Unternehmen leidet hingegen gegenwärtig unter der schwachen Nachfrage aus Fernost bzw. aus den Schwellenländern. Dies wirkt sich auf die gewerbliche Investitionstätigkeit aus. Mit der erwarteten Erholung der Absatzmärkte außerhalb des Euro-Raums und dem sich noch etwas verstärkenden Wirtschaftswachstum im Euro-Raum sollte die gute Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2016 und 2017 noch stärker zum Tragen kommen. Unter diesen Bedingungen könnte die deutsche Wirtschaft – so die Prognose der Deutschen Bundesbank, veröffentlicht im Monatsbericht Dezember 2015 – nach einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1,7 % im Jahr 2015 sowohl im laufenden Jahr 2016 als auch im darauf folgenden Jahr 2017 ebenfalls annähernd um den gleichen Prozentsatz expandieren.

Die Industrieunternehmen arbeiten den Auftragsbestand derzeit mit den vorhandenen und normal ausgelasteten Kapazitäten ab. Zudem gibt vielerorts die Entwicklung bei den Bestellungen wenig Anlass, die Produktionskapazität auszuweiten.

Über eine aufwärts gerichtete Grundtendenz berichtet die Deutsche Bundesbank in Bezug auf den Wohnimmobilienmarkt.

Bedingt durch die Euro-Abwertung sind in zahlreichen Regionen der Welt Marktanteilsgewinne für die deutschen Unternehmen zu verzeichnen. Zuletzt verloren die Ausfuhren jedoch deutlich an Schwung, weil Impulse aus den Drittstaaten (hier vor allem aus den fernöstlichen Schwellenländern) fehlten.

Die Beschäftigung nahm im Lauf des Jahres 2015 zu. Zu der günstigen Entwicklung haben insbesondere Zuwanderer aus EU-Staaten beigetragen – schreibt die Deutsche Bundesbank. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt verringerte sich saisonbereinigt kaum mehr. Die Arbeitslosenquote ist weitestgehend stabil.

Beim konjunkturellen Ausblick dominiert die Wahrscheinlichkeit einer sogenannten „Wellblech-Konjunktur“. Hierbei zeigen sich zahlreiche kleinere Auf- und Abschwünge. Die Industriekonjunktur könnte im Jahr 2016 durch die zuletzt schwache Auftragseingangs-Situation gebremst werden. Die Dienstleistungsbranchen werden aller Wahrscheinlichkeit nach weiter expandieren. Im Verlauf des Jahres 2016 könnte die deutsche Wirtschaft insgesamt zusätzlich an Schwung gewinnen, wenn sich die Exporte von ihrer Schwächephase erholten. Ob später mit steigendem Auslastungsgrad auch die Unternehmens-Investitionen in neue Kapazitäten wieder anspringen, bleibt abzuwarten. Hier besteht eine hohe Abhängigkeit vom Welthandel. Auch im Jahr 2016 wird das Wachstum in Deutschland von der Binnenkonjunktur getragen und dabei insbesondere vom privaten Konsum. Dieser wiederum profitiert von vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeit und spürbaren Zuwächsen der realen Löhne sowie von steigenden staatlichen Transfers. Bei den monetären staatlichen Transfers spielt ebenso wie bei dem vergleichsweise kräftigen Zuwachs der staatlichen Konsumaufgaben die Flüchtlingszuwanderung eine wichtige Rolle.

Bei der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage bewerteten mindestens 40 % aller Unternehmen ihre Geschäftslage als gut. Und auch die Beurteilung der Aussichten war überwiegend positiv, wenngleich deutlich zurückhaltender als bei der Einschätzung über die momentane Lage. 45 % der Unternehmen sahen bei der IHK-Konjunkturumfrage in der Entwicklung der Inlandsnachfrage das größte Konjunkturrisiko. Dies ist allerdings der niedrigste Wert seit 2011. Der zunehmende Mangel an qualifizierten Mitarbeitern stellt ebenfalls ein wachsendes Konjunkturrisiko dar. Unverändert gut wird die Lage in der Industrie eingeschätzt. Deutlich besser

bewerten Dienstleister ihre Situation und erwarten in den nächsten Monaten steigende Umsätze. Die Zufriedenheit der Händler jedoch geht weiterhin zurück. Die Situation im Bausektor hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Der Wohnungsbau entwickelt sich hierbei zur tragenden Säule. Dieser wiederum profitiert von den unverändert niedrigen Zinsen und den so gut wie nicht vorhandenen Alternativen an den Kapitalmärkten. Leider haben sich im Großhandel die Aussichten eingetrübt. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten:

	1/2016	12/2015	1/2015
Aachen	9,3%	8,9%	9,2%
Stolberg	10,0%	9,5%	10,7%
Eschweiler	9,5%	9,3%	9,5%
Alsdorf	7,8%	7,2%	7,8%
Monschau	3,3%	2,9%	3,6%

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

Der Bedarf an Mitarbeitern ist zum Jahreswechsel insgesamt gestiegen. Allerdings rechnen in der Industrie die Unternehmen nicht mit einer Veränderung der Beschäftigtenzahlen. Die Dienstleister sind es, die Personal suchen.

Der saisonübliche Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel zum Jahreswechsel 2015/2016 auf Grund der für einen Winter wiederholt sehr milden Witterung zuletzt deutlich geringer aus als in den Jahren mit witterungsbedingt starken Arbeitseinschränkungen in den sogenannten Außenberufen. Die Arbeitsagentur Aachen-Düren schließt das Jahr 2015 mit einem guten Ergebnis ab, weil gegenüber dem Dezember des Vorjahres (2014) sowohl absolut auch prozentual in diesem Agenturbezirk der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen festzustellen war. Die Jugendarbeitslosigkeit ist stark rückläufig (-14,5 % im Jahresverlauf 2015). Auch hier belegt der regionale Arbeitsmarkt die Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitslosenquote im Agenturbezirk Aachen-Düren ist im Jahresvergleich um 0,6 % gesunken (von 8,0 % auf nunmehr 7,4 %). In der StädteRegion Aachen war im Dezember 2015 die Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen um fast 10 % gegenüber dem Vorjahr gesunken.

2. Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr gelang es, insgesamt sechs Grundstücke in einem Gesamtvolumen von 19.095 qm zu verkaufen. Davon wurden fünf Grundstücke in einem Volumen von ca. 8.950 qm in Hoengen veräußert sowie ca. 10.145 qm in Bettendorf. Letztere wurden (ergebnisneutral) an die Stadt Alsdorf veräußert.

Im Bereich der Erträge aus Dienstleistungen oder aus Zinseinnahmen weist das Unternehmen einen stabilen Verlauf auf. Aufgrund der guten Akquisitionsleistung lagen die variablen Erträge in diesem Segment oberhalb des Planwertes.

2.1 Geschäftsführung

Seit 01.01.2012 ist Herr Prof. Dr. Axel Thomas zum Geschäftsführer bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

2.2 Personal

Die Gesellschaft verfügt über 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten beträgt 1. Die Anzahl der weiblichen Beschäftigten (inkl. der geringfügig Beschäftigten) beträgt 2. Die Ziele des LGG NRW wurden beachtet.

2.3 Business Park Alsdorf

Der Business Park Alsdorf (ehem. Gewerbepark Alsdorf) (-Schaufenberg) bestand anfänglich aus insgesamt drei Betriebsgebäuden und einem Gemeinschaftszentrum. Die Gebäude wurden in den Jahren 1990 bis 1993 errichtet. Im Jahr 1997 wurde das Gemeinschaftszentrum um einen Büroanbau erweitert.

Mit Wirkung vom 26.07.2001 wurden die Betriebsgebäude II und III an ein Unternehmen verkauft, das seit 1992 im Gewerbepark Mieter ist und hierdurch am Standort Alsdorf gehalten werden konnte.

Im Jahr 2010 hat die Gesellschaft das Betriebsgebäude I und das Gemeinschaftszentrum an die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (im Folgenden kurz GSG) verkauft und als Generalmieter zum Betrieb des Gewerbeparks zurückgemietet. Der entsprechende Mietvertrag hatte eine Laufzeit von 15 Jahren und war befristet bis zum 30.06.2025. Die Gesellschaft hat zum Stichtag 31.12.2012 den Mietvertrag mit der GSG beendet. Die Gesellschaft trägt somit kein Vermietungsrisiko mehr. Die GSG ist sein 01.01.2013 unmittelbar und ohne Zwischenschaltung Vermieter der jeweiligen Endnutzer. Somit ist die Gesellschaft ab dem 01.01.2013 nicht mehr mit den Risiken des Vermietungsgeschäfts belastet. Die BPA war im Jahr 2015 als Geschäftsbesorger in Bezug auf das Betriebsgebäude bzw. Gemeinschaftszentrum für die GSG tätig.

Die durchschnittliche Belegung der Mietflächen betrug im Jahr 2015 85,30 % und lag damit unter Vorjahresniveau (90,1 %).

Im Berichtsjahr fanden im Gewerbepark 26 Neuvermietungen bzw. Mietvertragsverlängerungen mit einem Flächenumfang von 2.609,35 qm statt. Zum Abschlussstichtag waren 24 Unternehmen, wovon 4 Existenzgründer sind, mit ca. 200 Mitarbeitern eingemietet.

2.4 Business Park Alsdorf Hoengen

Der Business Park Alsdorf (-Hoengen) hat eine Gesamtgröße von ca. 1.116 Tqm. Hiervon sind 618 Tqm Ansiedlungsflächen erschlossen und da. 21 Tqm sind noch nicht erschlossen.

Den Schwerpunkt des Bestandes im BPA Hoengen bilden (international tätige) Unternehmen aus dem Bereich Automobilentwicklung und Logistik.

Seit dem ersten Grundstücksverkauf im Jahre 1990 wurden bis zum Abschlussstichtag 507 Tqm der ca. 618 Tqm Ansiedlungsgrundstücke verkauft, weitere 22 Tqm sind mit einer Verkaufsoption belegt. Hierdurch wurden die Voraussetzungen für das Entstehen von 2.180 Arbeitsplätzen geschaffen. Es wurde eine Dichte von 4,3 Arbeitsplätzen pro 1.000 qm Ansiedlungsfläche erreicht. Das strategische Ziel von Faktor 2,5 wurde übertroffen. Ca. 89 Tqm erschlossene Ansiedlungsfläche sind noch frei verfügbar und Gegenstand der Verkaufsmaßnahmen.

Über die Bearbeitung von Nachfragen hinaus werden zur Flächenvermarktung branchenspezifische Vermarktungskanäle genutzt und Projektentwickler gezielt angesprochen. Über die NRW.INVEST GmbH, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbh (WFG) und die AGIT als Wirtschaftsförderungsagentur für die Technologieregion Aachen ist die Gesellschaft in Standortinformationssysteme und regionale und überregionale Standortsuchen eingebunden.

Seit dem 01.05.2012 ist die WFG geschäftsbesorgend für die Gesellschaft tätig.

2.5 Neuansiedlungen

Im Jahr 2015 konnten fünf Ansiedlungen im Gesamtvolumen von 8.950 qm im Business Park Alsdorf Hoengen realisiert werden.

Ein Unternehmen aus Stolberg wurde auf einem ca. 1.500 qm großen Grundstück angesiedelt. Das Unternehmen bietet Fassadenschutzarbeiten und Geräte an, die im Bautenschutz bzw. – erhalt verwendet werden. Das Unternehmen beschäftigt derzeit drei feste und drei Teilzeitmitarbeiter. Am Standort Alsdorf Hoengen sollen nach Fertigstellung des Objekts im Laufe des Jahres 2016 vier Festangestellte sowie drei Teilzeitbeschäftigte beschäftigt werden.

Ein Aldenhovener Handelsunternehmen, das seit 2004 einen Versandhandel für Produkte rund um Kaffeepad Maschinen betreibt, wurde auf einem Grundstück mit einer Größe von 1.500 qm angesiedelt. Das Unternehmen beschäftigt derzeit 4 Mitarbeiter und plant nach Fertigstellung des Objekts am Standort Hoengen insgesamt 9 Mitarbeiter.

Ein Unternehmen, das Taxameter prüft und bisher in Aachen angesiedelt war, hat ebenfalls ein Grundstück mit einer Größe von 1.500 qm erworben. Das Unternehmen plant langfristig mit 6 Mitarbeitern am neuen Standort.

Das Eschweiler Unternehmen, das Industrieböden vermarktet, hat ein 1.829 qm großes Grundstück im BPA Hoengen erworben. Das geplante Neubauvorhaben wird im Jahr 2016 fertiggestellt. Am neuen Standort Hoengen wird das Unternehmen mit 15 Mitarbeitern tätig sein.

Ein Aachener Maschinenbau-Unternehmen hat die unmittelbar an das Grundstück anschließende Fläche mit einer Größe von 2.621 qm erworben. Das Unternehmen plant langfristig mit 6 Mitarbeitern am neuen Standort Hoengen.

Zur Realisierung der Erweiterungsansiedlung eines großen Logistik-Unternehmens im Erweiterungsgebiet Schaufenberg hat die Stadt Alsdorf zwei Grundstücke mit einem Volumen von 10.145 qm erworben, die als mögliche Tauschflächen im Bestand der Business Park Alsdorf GmbH vorgehalten wurden. Diese Flächen wurden von der Stadt Alsdorf als Ökoausgleichsflächen erworben, die für die Erweiterung des in Schaufenberg ansässigen Logistikers erforderlich waren.

b) Anmietungen

Ein Architekturbüro konnte im Jahr 2015 als Neumieter akquiriert werden. Das Büro agiert mit zwei Mitarbeitern und hat im Business Park ca. 43 qm Büro- und Lagerfläche angemietet.

Ein Taucherbedarfhandel, der bereits seit Ende 2014 im Business Park ca. 550 qm Büro- und Hallenflächen angemietet hat, erweiterte seine Flächen um ca. 188 qm. Dieser Mieter ist mit den insgesamt ca. 670 qm Mietflächen der größte Kunde im Business Park, er belegt mehr als 16 % der Gesamtvermietungsfläche.

Ein Bestandsmieter hat die angemietete Fläche (ca. 83 qm) um ein Büro mit ca. 20 qm erweitert.

Ein langjähriger Bestandsmieter aus dem Weiterbildungsbereich hat einen Teil seines Auftragsvolumens bei einer Ausschreibung verloren und dementsprechend die angemieteten Flächen reduziert. Die Betreuung eines laufenden Projektes wird lediglich in einem neu angemieteten Einzelbüro (ca. 24 qm) fortgeführt.

Ein Neumieter aus dem Bereich der Getriebeentwicklung mietet seit Oktober ca. 190 qm Werkstattfläche sowie ca. 90 qm Büro- und Sozialräume an. Dem Mieter werden zudem zwei Garagen vermietet.

Ein langjähriger Mieter, der Essen auf Rädern anbietet, hat im Jahresverlauf zwei zusätzliche Lagerräume (ca. 24 qm) angemietet und den Mietvertrag über Produktions- und Büroflächen (bislang ca. 100 qm) über den Zeitraum 2017 bis 2022 langfristig verlängert.

Eine neu gegründete Firma, die Software-Lösungen entwickelt und vermarktet, hat als neuer Mieter eine Fläche von 41,32 qm angemietet. Das Unternehmen ist mit 3 Mitarbeitern am Standort tätig.

Ein Automotive-Unternehmen aus dem Bereich Entwicklung konnte in einem vormaligen Gebäude des Business Park in Alsdorf Schaufenberg verstandortet werden. Das Unternehmen startete zum Jahresbeginn 2015 mit 20 Ingenieuren, die Neuentwicklungen im Bereich Motor- und Fahrzeugtechnik angehen, die Mitarbeiterzahl ist inzwischen fast verdoppelt.

Das Mutterunternehmen eines Mieters des Business Parks Alsdorf erwarb Ende des Jahres eine Bestandsimmobilie im Business Park Alsdorf Schaufenberg. Das weltweit agierende Unternehmen aus dem Bereich Schiffsbau konnte somit am Standort gehalten werden und baut derzeit seine Kapazitäten weiter aus. Für die Vermietung der o. g. 667 qm an das Tochterunternehmen, das Taucherbedarfhandel betreibt, führt dieser Gebäudekauf dazu, dass eine Vermietung über Oktober 2016 hinaus voraussichtlich nicht erforderlich ist.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 363 T€ getätigt (VJ: 0 T€). In diesem Zusammenhang sind Bestandsveränderungen in Höhe von 192 T€ (VJ: 0 T€) zu verzeichnen. Erlöse aus Geschäftsbesorgungsaufgaben wurden in Höhe von 24 T€ (VJ: 21 T€) erwirtschaftet. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 35 T€ (VJ: 38 T€). Auf der Aufwandsseite konnten Kosten in Höhe von insgesamt 19 T€ eingespart werden. Dies entspricht rund 8 %.

Unter Berücksichtigung der regulären betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 250 T€ (VJ: 269 T€) und eines Finanzergebnisses von -9 T€ (VJ: -12 T€) verbleibt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 28 T€ (VJ: 221 T€).

b) Finanzlage

	31.12.2015
	<u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-28
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	8
Abnahme der Rückstellungen	-7
Zunahme der Vorräte	-96
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-9
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/ Latente Steuern	-2
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/ Latente Steuern	<u>-79</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-208</u>
Anlagenabgänge zu Buchwert	1
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>-4</u>
Investitionstätigkeiten	<u>-3</u>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	<u>269</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>269</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	390
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>58</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>448</u>

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen kurzfristiges, überwiegend in Vorräten, Forderungen und liquiden Mitteln gebundenes Vermögen in Höhe von 3.208 T€ (VJ: 3.045 T€) aus. Dies entspricht rund 85 % der Bilanzsumme. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Anlagenintensität) beträgt rund 15 %.

Der Buchwert der gesamten noch zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen beträgt zum Bilanzstichtag 2.738 T€ (VJ: 2.642 T€). Der Ausweis erfolgt unter dem Vorratsvermögen.

Das Eigenkapital ist insgesamt positiv. Die Eigenkapitalquote ist um rund 3%-Punkte vermindert und beträgt 42,36 % (VJ: 44,96 %).

Bei einer Bilanzsumme von 3.772 T€ verfügt die Gesellschaft über Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 2.146 T€, hiervon entfallen 838 T€ auf ein Darlehen bei der Sparkasse Aachen und 1.300 T€ auf ein Darlehen der Stadt Alsdorf.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	562	567
Gesamtvermögen	3.772	3.616
Anlagenintensität in %	15	16

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Eigenkapital	1597	1625
Gesamtvermögen	3.772	3.616
Eigenkapitalanteil in %	42	42

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Fremdkapital	2160	1977
Eigenkapital	1.597	1.625
Verschuldungsgrad in %	135	122

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkung auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Unternehmens gehabt hätten, sind nach Ende des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Um die positive Entwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir weiterhin die Kundenakquisition verstärken.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik, die darin besteht, Flächen zu entwickeln und Käufer hierfür zu finden, geplant.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens in Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen bzw. regionalwirtschaftlichen Konjunktur. Die Flächen, die im Eigentum der Gesellschaft stehen, haben Verkaufspotenzial.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Sollten sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten wieder verstärken und sollten die (währungs-)politischen Risiken wieder zunehmen und insgesamt eine Konjunkturabschwächung bewirken, kann dies die wirtschaftliche

Situation unserer Kaufinteressenten und die Nachfrage nach unseren Flächen negativ beeinflussen. Daraus können sich Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln.

Die Jahresergebnisse der Gesellschaft werden unverändert in entscheidendem Umfang von den Erlösen aus Grundstücksverkäufen geprägt. Grundstücksverkäufe sind singuläre Ereignisse und von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die im Wesentlichen außerhalb des Einflusses der Gesellschaft sind. Ein positives Jahresergebnis lässt sich nur dann erzielen, wenn eine hinreichende Anzahl von Grundstücken veräußert wird. Andernfalls stehen den Erträgen aus Dienstleistungen deutlich höhere Fixkosten gegenüber, die nicht mehr weiter zu optimieren sind.

2. Chancenbericht

Im Bereich der Gebietsentwicklung für das Gewerbegebiet Hagfeld II sind wir optimistisch, eine angemessene Anzahl an Verkaufsvorgängen bereits im kurz- bzw. mittelfristigen Zeitraum bewerkstelligen zu können. Die Vorabnachfrage, die derzeit noch unverbindlich ist, gibt hier Anlass zu einem Optimismus. Auch im Industriegebiet BPA Hoengen wurden Veräußerungsverhandlungen zum positiven Abschluss geführt, in einem räumlichen Segment, also in dem in der Vergangenheit seit mehreren Jahren keine Nachfrage festzustellen war.

3. Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld bei den Gewerbeflächenvermarktungen, das anderenorts eine erhöhte Preisaggressivität festzustellen ist. Aufgrund der Lagevorteile der von der BPA bevorrateten Grundstücke sehen wir uns für die Bewältigung der künftigen Vertriebsrisiken vergleichsweise gut gerüstet. Die Preissetzung entspricht dem inneren Wert der Grundstücke.

IV. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle bei Grundstücksveräußerungen sind die Ausnahme.

Verbindlichkeiten der BPA werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Die Gesellschaft finanziert sich überwiegend mittels Kreditlinien bei der Sparkasse Aachen bzw. über Gesellschafterdarlehen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die nachhaltige Sicherung des Unternehmenserfolges und Absicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative und risikoscheue Politik.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten. Eine Beteiligung an der Mess- und Prüfzentrum GmbH findet durch Liquidation ihr Ende. Die Gesellschaft wird mehr als ihren Eigenkapitaleinsatz zurückerhalten.

52477 Alsdorf, im Mai 2016

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

WfG – Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Städteregion Aachen

Allgemeine Angaben

Firma	WfG - Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH StädteRegion Aachen, Würselen	Gesellschafter	Städteregion Aachen 51,36%
Sitz	Joseph-von-Fraunhofer-Str. 3a 52477 Alsdorf	Sparkasse Aachen 13,32%	Stadt Stolberg 9,27%
E-Mail	info@wfg-aachen.de	Stadt Eschweiler 8,23%	Stadt Alsdorf 6,59%
Homepage	www.wfg-aachen.de	Stadt Würselen 5,59%	Stadt Herzogenrath 4,76%
Rechtsform	GmbH	Stadt Baesweiler 0,22%	Stadt Monschau 0,22%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung vom 26.06.2001 (letzte Änderung am 27.01.2010)	Gemeinde Roetgen 0,22%	Gemeinde Simmerath 0,22%
Geschäftsführer	Prof. Dr. Axel Thomas		
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		
Stammkapital	2.303.500 €		
Anteil der Stadt in €	151.800 €		
Anzahl Mitarbeiter	14		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist, die wirtschaftliche Entwicklung in der Städteregion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzhilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der Städteregion Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten. Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu beteiligen, solche zu gründen oder zu erwerben, Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch seine Aufgabenstellung hat das Unternehmen als obersten Anspruch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gebiet der Städteregion Aachen und hat somit einen gemeinwohl- und sozialbezogenen Charakter.

Darüber hinaus handelt es sich um kein defizitäres Unternehmen und eine Beteiligung der Stadt Alsdorf auch in diesem Rahmen absolut vertretbar.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	678,00	2.602,00	10.271,00
II. Sachanlagen	4.993.860,69	5.208.882,21	5.396.527,00
III. Finanzanlagen	38.336,15	40.679,37	42.970,07
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.663.614,45	1.028.079,14	1.709.775,10
I. Forderungen	9.691.903,10	13.582.567,19	16.857.264,89
II. Kassenbestand	1.724.597,01	1.891.982,77	2.680.188,95
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13.184,36	11.875,59	9.472,22
D. Aktive latente Steuern	92.617,00	59.231,00	38.130,74
	18.218.790,76	21.825.899,27	26.744.599,97

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500,00	2.303.500,00	2.303.500,00
II. Verlustvortrag	221.011,32	90.560,79	14.395,68
III. Jahresüberschuss	-313.038,18	130.450,53	76.165,11
B. Rückstellungen	966.209,68	556.728,00	463.711,65
C. Verbindlichkeiten	15.035.756,03	18.689.629,01	23.772.616,40
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.351,91	55.030,94	114.211,13
	18.218.790,76	21.825.899,27	26.744.599,97

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 <i>EUR</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>
Umsatzerlöse	1.665.774,39	2.387.758,25	1.788.896,00
Erhöhung des Bestands an Grundstücken	0,00	-804.728,00	0,00
Verminderung des Bestands in Arbeit befindlicher Aufträge	-120.091,00	0,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	669.287,57	267.725,59	367.301,35
Materialaufwand	-60.875,50	0,00	0,00
Personalaufwand	-486.511,60	-515.595,00	-489.001,92
Abschreibungen	-302.309,49	-220.797,23	-287.518,64
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.493.436,75	-586.071,22	-684.412,71
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.836,39	46.236,60	49.144,58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-625.177,99	-842.180,07	-1.074.282,16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-740.503,98	-267.651,08	-329.873,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.386,00	4.756,51	8.053,21
Sonstige Steuern	-319,40	-382,00	-267,00
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	394.399,20	393.727,10	398.252,40
Jahresüberschuss	-313.038,18	130.450,53	76.165,11

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
<i>Anlagenintensität</i>	28%	24%	20%
<i>Eigenkapitalanteil</i>	12%	12%	9%
<i>Verschuldungsgrad</i>	724%	762%	1.012%
<i>Umsatzrentabilität</i>	0%	4%	4%
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	0%	5%	3%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Lt. jeweiligem Ratsbeschluss zahlt die Stadt Alsdorf jährlich eine Sockelförderung an die WfG. Zum jetzigen Zeitpunkt beträgt der Zuschuss 0,75 € / Einwohner.

2013	29.359,20 €
2014	30.100,20 €
2015	30.103,45 €

Die Public-Leasing-Verträge der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Gebiet der Stadt Alsdorf werden im Rahmen von Ausfallbürgschaften durch die Stadt abgesichert.

Die Ausfallbürgschaften, die aufgrund von geschlossenen Public-Leasing-Verträgen zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und städtischen Unternehmen beliefen sich zum 31.12. auf:

2013	8.197.147,29 €
2014	5.077.794,36 €
2015	4.541.605,13 €

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Öffentliche Zwecksetzung und Grundlagen des Unternehmens

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen lt. Satzung darin, "die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten". Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben. Auch alle hiermit zusammenhängenden Beratungsstützen werden geleistet. Die Gesellschaft darf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

II. Wirtschaft- und Lagebericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2015 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

II.1. Überblick über die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Jahreswechsel 2015/2016 wächst die deutsche Wirtschaft überwiegend durch die lebhaftere Binnennachfrage. Treibende Faktoren sind die günstige Arbeitsmarktlage und die kräftigen Zuwächse der verfügbaren Einkommen bei den privaten Haushalten. Das Auslandsgeschäft der Unternehmen leidet hingegen gegenwärtig unter der schwachen Nachfrage aus Fernost bzw. aus den Schwellenländern. Dies wirkt sich auf die gewerbliche Investitionstätigkeit aus. Mit der erwarteten Erholung der Absatzmärkte außerhalb des Euro-Raums und dem sich noch etwas verstärkenden Wirtschaftswachstum im Euro-Raum sollte die gute Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2016 und 2017 zum Tragen kommen. Unter diesen Bedingungen könnte die deutsche Wirtschaft – so die Prognose der Deutschen Bundesbank, veröffentlicht im Monatsbericht Dezember 2015 – nach einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1,7 % im Jahr 2015 sowohl im laufenden Jahr 2016 als auch im darauf folgenden Jahr 2017 ebenfalls annähernd um den gleichen Prozentsatz expandieren.

Die Industrieunternehmen arbeiten den Auftragsbestand derzeit mit den vorhandenen und normal ausgelasteten Kapazitäten ab. Zudem gibt vielerorts die Zurückhaltung bei den Bestellungen wenig Anlass, die Produktionskapazität auszuweiten.

Über eine aufwärts gerichtete Grundtendenz berichtet die Deutsche Bundesbank hingegen in Bezug auf den Wohnimmobilienmarkt.

Nicht zuletzt bewirkt durch die Euro-Abwertung sind in zahlreichen Regionen der Welt Marktanteilsgewinne für die deutschen Unternehmen zu verzeichnen. Zuletzt verloren die Ausfuhren jedoch deutlich an Schwung, weil Impulse aus den Drittstaaten (hier vor allem aus den fernöstlichen Schwellenländern) fehlten.

Die Beschäftigung nahm im Lauf des Jahres 2015 zu. Zu der günstigen Entwicklung haben insbesondere Zuwanderer aus EU-Staaten beigetragen. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt verringerte sich saisonbereinigt kaum mehr. Die Arbeitslosenquote ist weitestgehend stabil.

Beim konjunkturellen Ausblick dominieren die Anzeichen einer sogenannten „Wellblech-Konjunktur“ in Deutschland. Hierbei zeigen sich zahlreiche kleinere Auf- und Abschwünge. Die Industriekonjunktur könnte im Jahr 2016 durch die zuletzt schwache Auftragseingangs-Situation gebremst werden. Hier ist darauf zu verweisen, wie sorgenvoll der Internationale Währungsfonds aktuell auf die Weltwirtschaft blickt. Die Wachstumsraten sind verzögert und die globale Konjunktur verlangsamt sich. Das wirkt sich belastend auf eine

Volkswirtschaft aus, die stark exportabhängig ist. Die Dienstleistungsbranchen werden aller Wahrscheinlichkeit nach weiter expandieren. Im Verlauf des Jahres 2016 könnte die deutsche Wirtschaft insgesamt zusätzlich an Schwung gewinnen, wenn sich die Exporte von ihrer Schwächephase erholen. Ob später mit steigendem Auslastungsgrad die Unternehmens-Investitionen in neue Kapazitäten wieder anspringen, bleibt abzuwarten. Unverändert besteht eine hohe Abhängigkeit vom Welthandel. Im Jahr 2016 wird das Wachstum in Deutschland wohl wesentlich von der Binnenkonjunktur getragen und dabei insbesondere vom privaten Konsum. Dieser wiederum profitiert von vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeit und spürbaren Zuwächsen der realen Löhne sowie von steigenden staatlichen Transfers. Bei den monetären staatlichen Transfers spielt ebenso wie bei dem vergleichsweise kräftigen Zuwachs der staatlichen Konsumaufgaben die Flüchtlingszuwanderung eine wichtige Rolle.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Bei der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage bewerteten mindestens 40 % aller Unternehmen ihre Geschäftslage als gut. Und auch die Beurteilung der Aussichten war überwiegend positiv, wenngleich deutlich zurückhaltender als bei der Einschätzung hinsichtlich der momentanen Lage.

45 % der Unternehmen sahen bei der jüngsten IHK-Konjunkturumfrage in der Entwicklung der Inlandsnachfrage das große Konjunkturrisiko. Dies ist allerdings der niedrigste Wert seit 2011

Der zunehmende Mangel an qualifizierten Mitarbeitern stellt ebenfalls ein Konjunkturrisiko dar.

Unverändert gut wird die Lage in der Industrie eingeschätzt. Deutlich besser bewerten die Dienstleister ihre Situation und erwarten in den nächsten Monaten steigende Umsätze.

Die Zufriedenheit der (Groß-)Händler jedoch geht aus konjunkturellen wie aus Strukturellen Gründen zurück.

Die Situation im Bausektor hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Der private Wohnungsbau entwickelt sich hierbei zur tragenden Säule. Dieser wiederum profitiert von den unverändert niedrigen Zinsen und den so gut wie nicht vorhandenen Alternativen an den Kapitalmärkten, deren Risiken höher erscheinen oder bei geringen Risiken fast komplett ertraglos sind.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten:

	1/2016	12/2015	1/2015
Aachen	9,3%	8,9%	9,2%
Stolberg	10,0%	9,5%	10,7%
Eschweiler	9,5%	9,3%	9,5%
Alsdorf	7,8%	7,2%	7,8%
Monschau	3,3%	2,9%	3,6%

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

Der Bedarf an Mitarbeitern ist zum Jahreswechsel insgesamt gestiegen. Allerdings rechnen in der Industrie die Unternehmen nicht mit einer Veränderung der Beschäftigtenzahlen. Die Dienstleister sind es, die Personal suchen.

Der saisonübliche Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel zum Jahreswechsel 2015/2016 auf Grund der für einen Winter wiederholt sehr milden Witterung zuletzt deutlich geringer aus als in den Jahren mit witterungsbedingt starken Arbeitseinschränkungen in den sogenannten Außenberufen. Die Arbeitsagentur Aachen-Düren schließt das Jahr 2015 mit einem guten Ergebnis ab, weil gegenüber dem Dezember des Vorjahres (2014) sowohl absolut auch prozentual in diesem Agenturbezirk der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-

Westfalen festzustellen war. Die Jugendarbeitslosigkeit ist stark rückläufig (-14,5 % im Jahresverlauf 2015). Auch hier belegt der regionale Arbeitsmarkt die Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitslosenquote im Agenturbezirk Aachen-Düren ist im Jahresvergleich um 0,6 % gesunken (von 8,0 % auf nunmehr 7,4 %). In der StädteRegion Aachen war im Dezember 2015 die Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen um fast 10 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Auch wenn eine rege Bewegung auf dem Arbeitsmarkt festgestellt wird, liegt die Arbeitslosigkeit in der StädteRegion noch über dem Landes- und dem Bundesprozentsatz.

II. 2. Geschäftsverlauf

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2015 war das fünfte Geschäftsjahr, in dem beschlusslagenkonform kein Neugeschäft akquiriert wurde. Die Gremien der WFG haben zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, die derzeit im Bestand gehaltenen Engagements bis zu ihrem Auslaufende weiterzuführen aber keine neuen Leasingverträge mehr einzugehen. Im Jahr 2015 zeigte sich, welcher Risikogehalt noch in einzelnen Engagements vorhanden ist. Der bis dahin zweitgrößte Leasingnehmer der WFG geriet verschärft in eine wirtschaftliche Schieflage. Eine Insolvenz des Unternehmens konnte nicht verhindert werden. Der Leasingnehmer zeigte kein angemessenes Krisenmanagement. Die WFG hat frühzeitig ein konsequentes Mahnwesen umgesetzt und die außerordentliche Kündigung des Leasingvertrages betrieben. Bei einem Insolvenzverfahren dauert es traditionell und unvermeidbar mehrere Monate, bis der Leasinggeber wieder die uneingeschränkte Dispositionsfreiheit über den Leasinggegenstand zurückerhält. Somit musste für rund 5 Leasingraten eine Wertberichtigung auf die Forderungen vorgenommen werden. In dem Zeitpunkt, in dem die Dispositionsfreiheit über das Objekt wiedererlangt wurde, konnte die WFG bereits einen neuen Leasingnehmer aus einer artverwandten Branche (Lebensmittel-Logistik) vorweisen. Diesem konnte das Objekt mangelfrei als Leasing-Gegenstand zur Verfügung gestellt werden, nachdem mit erheblichem Aufwand die notwendigen Reparaturmaßnahmen am Objekt vorgenommen wurden. Der neue Leasingvertrag wurde zum Anlass genommen, die Refinanzierung tiefgreifend zu verändern. Ein bis 2028 laufender Kreditvertrag wurde vorfällig aufgelöst, was Aufwand i. S. von Vorfälligkeitsentschädigungen erforderte. Eine neue Refinanzierung für diesen Betrag musste nicht aufgenommen werden, da der neue Leasingnehmer in gleicher Höhe Eigenmittel in das Engagement eingebracht hat, was nicht zuletzt aus Risikogründen begrüßenswert ist.

Zum Jahreswechsel 2014/2015 wurden auch bei einem weiteren Leasingnehmer, der ebenfalls in Eschweiler beheimatet ist, die Probleme schlagend. Hier hat die WFG den Leasingvertrag außerordentlich gekündigt. Der frühere Leasingnehmer nutzt das Gebäude weiterhin entgeltlich. Es wird zu untersuchen sein, ob die krisenbetroffene Situation damit ihr Ende gefunden hat. Das Objekt bzw. das Nutzungengagement weisen unverändert Rückschlagspotenzial in erheblicher Größenordnung auf.

Baumanagement

Die WFG erbringt Baumanagement-Dienstleistungen auch außerhalb des bzw. unabhängig vom Public-Leasing-Bereich. Insbesondere ist die WFG für ihre Schwestergesellschaft Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH im Rahmen von administrativen Projektsteuerungsaufgaben tätig.

Darüber hinaus ist sie immobilienwirtschaftlich im Geschäftsbereich Vermietung engagiert.

Vermietung

Alle Vermietungsobjekte der Gesellschaft waren ganzjährig zu 100 % ausgelastet. Ausnahmslos haben die Mieter ihre vertragliche Verpflichtung zu den vereinbarten Zeitpunkten erfüllt. Im Jahr 2014 konnte ein wichtiger Mietvertrag mit einem Großkunden noch um ein Jahr verlängert werden. Dieser Großkunde nutzt in zwei miteinander verbundenen Bauabschnitten seit mehr als 10 Jahren ein Objekt in Baesweiler. Diesen Standort hat das Unternehmen im Jahr 2015 (3. Quartal) aufgegeben. Die Arbeitsplätze wurden zum geringsten Teil auf andere Standorte in Deutschland verteilt, das Gros der Arbeitsplätze ist im osteuropäischen Ausland

verlagert worden. Der Mietvertrag für den 1. Bauabschnitt lief Ende des 2. Quartals des Berichtsjahres aus und wurde um ein Quartal verlängert. Der Mietvertrag über den 2. Bauabschnitt wies noch eine Restlaufzeit bis Mitte 2016 auf. In enger Kooperation mit der Belegenheitskommune (Stadt Baesweiler) hat sich die Gesellschaft um eine Folgelösung jenseits der weiteren Vermietung engagiert. Denn ähnlich wie bei den Leasing-Engagements ist es der strategische Ansatz, das gebundene Kapital und das immanente Risiko mittelfristig deutlich zu reduzieren. Daher lag die Präferenz auf der Desinvestition und nicht prioritär in der weiteren Vermietung. Synchronisiert wurde der Entmietungsvorgang (kurzfristige Verlängerung des Mietvertrages für den 1. Bauabschnitt, abgestimmt auf die vorzeitige Auflösung des Mietvertrages für den 2. Bauabschnitt gegen Entschädigung durch den Mieter) mit der Verkaufsmaßnahme des Gesamtobjektes. Per Saldo entstand eine Ergebnisbelastung. Der Buchverlust aus der Verkaufsmaßnahme und die Vorfälligkeitsentschädigung im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreditfinanzierung waren in Summe höher als die Entschädigungszahlung durch den Vermieter. In der Totalperiode ist bei diesem Mietengagement in den letzten Jahren per Saldo ein deutlicher Überschuss erzielt worden. Dem Verlust im Jahr 2015, der durch positive wie negative Einmaleffekte geprägt ist, steht ein solider Gewinn im Vermietungsbereich aus den letzten 10 Jahren gegenüber.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 reduziert sich somit die Anzahl der Mietobjekte im WFG-Portfolio auf insgesamt drei.

Regionale Zusammenarbeit

Die WFG ist unverändert in zahlreichen Gremien von unterschiedlichen Organisationseinheiten (wie Kapitalgesellschaften) vertreten, die mit ihrem Satzungszweck zusammenhängen. Hier ist zuvorderst die hiesigen Technologie- und Gründerzentren zu nennen, an denen die WFG beteiligt ist.

Weitere Dienstleistungen

Die WFG ist unverändert engagiert in der Geschäftsbesorgung der Business Park Alsdorf GmbH. Umfangreicher wurden im Berichtsjahr die Geschäftsbesorgungs-Aktivitäten für die Camp Astrid Gruppe. Darüber hinaus wurden wie in den Vorjahren mehrere Rechnungswesen-Mandate wahrgenommen. Die Aufgabenstellung für das MPZ wird mit dem 31.12.2015 beendet. Die Gesellschaft hat dann das Ende des Liquidationszeitraumes erreicht. Ebenfalls beendet wurde mit dem Dezember 2015 die Tätigkeit für das Eurode Business Center.

Regionalmarketing und Ansiedlung

Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitete die WFG im Berichtszeitraum 63 allgemeine Anfragen, von denen 52 zu konkreten avancierten. Die Anfragenanzahl lag geringfügig über dem Niveau des Vorjahres.

Konkrete Ansiedlungen

In der alphabetischen Reihenfolge der Kommune, in der die Ansiedlung realisiert werden konnte, werden nun die konkreten Vertragsabschlüsse, die von der WFG initiiert und begleitet wurden, erläutert:

In Alsdorf ist seit Januar 2015 ein neues Architekturbüro angesiedelt worden. Im Gewerbezentrum Alsdorf-Schaufenberg konnte eine Entwicklungsgesellschaft, die sich von einer Gesellschaft für Industrieforschung abgespalten hat, neu etabliert werden. Dort sind 35 neue Ingenieurarbeitsplätze entstanden. Die Tendenz ist stark steigend. Ebenfalls im Business Park Alsdorf hat ein deutschlandweit gut aufgestellter Facility-Manager einen neuen Regionalstandort bezogen.

Auch ein Tiefbauunternehmen, das einen Standort für Projekte in der StädteRegion Aachen benötigt, hat sich für Büro- und Stellflächen in Alsdorf entschieden. Eine neu gegründete Softwarefirma konnte am gleichen Standort als Mieter gewonnen werden. Ein etabliertes Unternehmen aus dem Bereich der Antriebstechnik, das

zu einem der weltweit größten Konzerne in diesem Segment gehört, hat ebenfalls neue Flächen in Alsdorf angemietet. In Alsdorf konnten auch mehrfach Gewerbegrundstücksflächen veräußert werden. Ein Vertragsabschluss konnte mit einem Industrieboden-Hersteller verzeichnet werden, ein anderer mit einem Bautenschutz-Unternehmen und ein dritter mit einem Onlinehandel. Ein weiteres Unternehmen, das Service für Taxiunternehmen (hier speziell Fahrtenschreiber) erbringt, hat sich ebenfalls für ein Grundstück in Alsdorf entschieden. Von Aachen nach Alsdorf gewechselt ist im Jahr 2015 ein Maschinenbauunternehmen. Ein türkisches Unternehmen hat zum Jahresende 2015 bzw. Jahresanfang 2016 Baesweiler als Deutschlandstandort ausgesucht. Das Unternehmen beschäftigt sich mit Systemen zur Augenheilkunde. Ein Facility-Unternehmen hat in Baesweiler einen Service-Standort neu errichtet. Auch ein Wasseraufbereitungs-Unternehmen, das bislang noch nicht in der Region vertreten war, hat sich für den Standort Eschweiler entschieden.

Im Herzogenrather Technologiepark eröffnete Mitte des Berichtsjahres ein koreanisches Unternehmen seinen Europastandort; dieses wurde bei der Ansiedlung auch von der WFG betreut. Ein österreichischer Automobilzulieferer eröffnet zum Jahresende 2015 bzw. Jahresanfang 2016 am gleichen Standort (TPH) sein Forschungslabor.

Eine Bauunternehmung hat im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid ein Grundstück zur Expansion errichtet. Ebenfalls haben sich dort ein Catering-Unternehmen und ein Metallbauunternehmen sowie ein Gerüstbau-Unternehmen niedergelassen. Die Nachfrage in Stolberg konnte auf WFG-Initiative mit einem neuen Marktauftritt und neuen Vermarktungsideen enorm gesteigert werden. Die Gesamt-Situation konnte signifikant verbessert werden.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (gerechnet nach Kopffzahlen) bei der WFG beträgt 14 Mitarbeiter. Die Änderung gegenüber dem Vorjahr beträgt -2. Die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter beträgt absolut 8 bzw. in Prozent 57.

Die WFG hat im Hinblick auf die Mittelfristplanung die im Jahr 2015 auslaufende Ausbildungsstelle nicht mehr nachbesetzt.

Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFG mit einem Dauerarbeitsvertrag und einem Beschäftigungsvolumen von mehr als einer halben Stelle verfügen über Telearbeitsplatz-Funktionalitäten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit unterstützt. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG NW) bei der Personalentwicklung beachtet.

Der Krankenstand der WFG ist wie auch in den letzten Jahren stets unterdurchschnittlich gering. Dies ist ein weiterer Beleg für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter belegt.

II. 3. Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rund 5.033 T€ und somit rund 220 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt im Wesentlichen in der planmäßigen Abschreibung begründet.

Das Vorratsvermögen wird im Wesentlichen repräsentiert durch ein Grundstück in Herzogenrath-Dornkaul, das eine Ursprungsfläche ca. 30.000 qm hatte. Rund 2/3 dieser Fläche ist inzwischen veräußert. Des Weiteren wird aufgrund der Insolvenz des Leasingnehmers im Geschäftsjahr ein ehemaliges Leasingobjekt unter dem Vorratsvermögen ausgewiesen. Das Vorratsvermögen beträgt im Geschäftsjahr 1.664 T€ (1.028 T€).

Bei den Forderungen, die insgesamt 9.692 T€ betragen (VJ: 13.583 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 29 % (von 12.943 T€ auf 9.165 T€) gesunken. Dies korrespondiert mit der Reduzierung der Zinsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Kassenbestand hat sich von rund 1.892 T€ auf 1.725 T€ vermindert. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen.

Das Eigenkapital reduziert sich in Folge des erlittenen Jahresfehlbetrages. Das Eigenkapital bleibt im Verhältnis zu den nicht granulierten Risiken gering. Konkret gibt es unverändert Einzelrisiken, die höher sind als die Haftungsmasse.

Die Verbindlichkeiten sind von 18.690 T€ auf 15.036 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) sind im Jahr 2015 um rund 50 T€ vermindert. Grund hierfür ist die auf Wunsch des Leasing-Nehmers vorgenommene vorzeitige Auflösung eines Leasingvertrages. Die damit verbundene Refinanzierung konnte nicht vorzeitig abgelöst werden. Bei dem PRAP handelt es sich im Wesentlichen um die vom Leasing-Nehmer im Zuge der Ablösung vorab gezahlten Zinsen bis zum Ende der Refinanzierungslaufzeit. Die WFG ihrerseits bedient aus dieser Vorauszahlung planmäßig ihre Leasingraten.

Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 21.826 T€ auf 18.219 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	5.033	5.252
Gesamtvermögen	18.219	21.826
Anlagenintensität in %	28	24

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	2.211	2.525
Gesamtkapital	18.219	21.826
Anlagenintensität in %	12	12

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	16.002	19.246
Eigenkapital	2.211	2.525
Verschuldungsgrad in %	724	762

Ertragslage

Die Umsatzerlöse stinken von 2.388 T€ auf 1.666 T€. Im Vorjahr wurden Umsatzerlöse aus einem Grundstücksverkauf in Höhe von 805 T€ erzielt. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduzieren sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus dem Zinsüberschuss.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rund 401 T€ gestiegen. Im Geschäftsjahr wurde ein Regalsystem auf einem ehemaligen Leasingobjekt in Höhe von 300 T€ veräußert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 907 T€ gestiegen. Im Geschäftsjahr 2015 werden Verluste aus Public-Leasing-Verträgen und Grundstücksverkäufen in Höhe von 505 T€ unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Zur Darlehenablösung der veräußerten Objekte wurden Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von insgesamt 140 T€ mit den Banken vereinbart. Zur Mängelbeseitigung, an dem zu veräußerten Objekt sind Entsorgungskosten und Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von 167 T€ entstanden. Insgesamt wurden Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen in Höhe von 130 T€ wertberichtigt.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge sind aufgrund weniger (entgeltlicher) Stundungen für unsere Leasing-Nehmer sowie aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin gesunken.

Der Zinsaufwand reduziert sich in Folge der Leasing-Nehmer-Tilgungen um 217 T€.

Per Saldo verbleibt ein Fehlbetrag in Höhe von rund 313 T€.

Kennzahlen zur Rentabilität:

Umsatzrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	-313	130
Gesamtleistung	1.666	3.192
Verschuldungsgrad in %		4

Eigenkapitalrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresüberschuss	-313	130
Gesamtleistung	2.211	2.525
Verschuldungsgrad in %		5

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind bis zum Berichtszeitpunkt keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WFG ausgeht.

IV Prognosebericht

Die WFG verfügt über insgesamt drei Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

- a) Leasing-Zinsüberschuss
- b) Baumanagement-Einnahmen im Zusammenhang mit Projektsteuerungsaufgaben
- c) Sockelförderung

Der Leasing-Zinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt. Insofern weist die Zinsüberschusskurve einen abfallenden Verlauf auf. Auf Grund der Tatsache, dass kein Neugeschäft mehr akquiriert wird, fallen auch keine Managementenerträge für die Baubetreuung auf die Neubaumaßnahmen der GWG.

Aus anderen Management-Dienstleistungen insbesondere im Bereich Rechnungswesen generierte die Gesellschaft in der Vergangenheit zusätzliche Erträge. Dies wird auch zukünftig der Fall sein, ist aber weder ein wesentlicher Geschäftszweck noch eine tragende Finanzierungssäule.

Etwaig würden Kundeninsolvenzen (sei es im Bereich der Leasingnehmer oder sei es im Bereich der Mietkunden) zu erheblichen Belastungen für die Gesellschaft werden. Zwischen 2003 und 2014 mussten keine Insolvenzen von Leasingnehmern festgestellt werden. Die im Jahr 2015 eingetretenen Insolvenzen bzw. Vertragsauflösungen führten zu einem Ende dieser problemreduzierenden Situation. Gleichwohl ist festzuhalten, dass sich die Insolvenzen, die im Jahr 2015 festzustellen waren, von denen erheblich unterscheiden, die in den Jahren 1998 – 2002 hingenommen werden mussten. Damals wurden Unternehmen insolvent, die gerade erst ins Leasing aufgenommen wurden. Im Jahr 2015 sind hingegen langjährige Leasingnehmer aus dem Markt ausgetreten. Sofern im Jahr 2016 keine Insolvenzen im Kundenbereich zu verzeichnen sind, erscheint ein ausgeglichenes Ergebnis realistisch. Rückschlagpotenzial wird im Wesentlichen in einer Gewerbeimmobilie in Eschweiler gesehen.

V. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Restrisiken zu minimieren. Daher bietet sie Leasingnehmern an, Verträge zum Zinsauslaufzeitpunkt jenseits der WFG umzufinanzieren.

In den vergangenen Berichtsperioden hat die WFG in den Gremiensitzungen stets auf technische Probleme hingewiesen, die bei einer Immobilie in Baesweiler entstanden sind. Ursächlich für die Entstehung dieser Risiken war die Verwendung von Industrieschlacke. Auf Grund chemischer und physikalischer Reaktionen kam es hier in den letzten Jahren wiederholt und verstärkt zu einer Schädigung des Gebäudes und der Außenanlage durch Risse und Aufwölbungen. In der Zwischenzeit ist das Objekt veräußert. Der Käufer wurde über das Schadensbild und die Schadensursachen voll umfänglich informiert. Auf Grund einer kaufvertraglichen Regelung sind die Nachhaftungsrisiken limitiert worden.

Im Vermietungsbereich ist die WFG ebenfalls bemüht, die Anzahl der Engagements zu reduzieren. Dementsprechend steigt die Bedeutung jedes einzelnen Mieters für das (Rest-)Portfolio an. Unverändert wichtig ist es, die Auslastung auf dem bestmöglichen Niveau, nämlich den der letzten Jahre weiter zu halten.

IV Risikoberichterstattung für die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2015 nicht mehr über risikotragende Finanzinstrumente wie bspw. Swaps oder Doppelswaps. Die Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig abgebaut worden.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2015

Im Berichtsjahr von den WFG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hoher Arbeitseinsatz geleistet worden, der weit über das arbeitsvertraglich geschuldete Maß hinausging. Für das große Engagement bedankt sich die Geschäftsführung auch im Namen des Aufsichtsrates bei jedem Einzelnen bzw. bei jeder Einzelnen.

Auch wenn das abgelaufene Geschäftsjahr 2015 mit einem erheblichen Defizit endet und das erste Verlustjahr seit 12 Jahren darstellt, muss darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche und erhebliche Risiken und Verlusterweiterungen durch den Einsatz aller wfg-seitig Beteiligter vermieden bzw. in ihren Auswirkungen erheblich minimiert werden konnten

52146 Würselen, im März 2016

Prof. Dr. Axel Thomas
-Geschäftsführer-

II. Beteiligungen Versorgungsunternehmen

EWV – Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg

Allgemeine Angaben

Firma	EWV - Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg	Gesellschafter	rhenag Beteiligungs GmbH
Sitz	Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg		53,72%
E-Mail	service@ewv.de		Stadt Stolberg
Homepage	www.ewv.de		14,28%
Rechtsform	GmbH		Stadt Eschweiler
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert (letzte Änderung am 09.02.2010)		13,19%
Geschäftsführer	Dipl.-Ing., Dipl.-Wirt.-Ing. Manfred Schröder		Städteregion Aachen
Gremien	Gesellschafterversammlung Beirat Aufsichtsrat		9,25%
Stammkapital	18.151.450 €		Kreis Heinsberg
Anteil der Stadt in €	395.750 €		3,79%
Mitarbeiter	212 (+29 Auszubildende)		Stadt Alsdorf
Wesentliche Beteiligungen	regionetz GmbH, Düren 100,00%		2,18%
	Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen 49,00%		Stadt Würselen
	Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler 24,90%		1,97%
	GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbarer Energie mbH 39,16%		Stadt Baesweiler
	Green Solar Herzogenrath GmbH 45,00%		1,00%
	EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH 45,00%		Kreis Düren
	EWV Baesweiler GmbH & Co.KG 45,00%		0,58%
			Gemeinde Roetgen
			0,006%
			Gemeinde Simmerath
			0,006%
			Stadt Monschau
			0,006%
			Stadt Heinsberg
			0,003%
			Gemeinde Aldenhoven
			0,003%
			Gemeinde Inden
			0,003%
			Gemeinde Langerwehe
			0,003%
			Stadt Linnich
			0,003%
			Gemeinde Niederzier
			0,003%
			Stadt Geilenkirchen
			0,003%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung der Städteregion Aachen und benachbarter Gebiete, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wasserversorgungsunternehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der EWV um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	968.111,55	1.157.174,00	1.417.943,00
II. Sachanlagen	148.202.984,22	138.269.585,48	136.246.997,66
III. Finanzanlagen	10.238.790,89	10.283.416,20	9.019.538,97
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	671.313,64	2.490.814,03	1.697.389,90
III. Forderungen	41.169.616,93	34.913.227,30	58.896.894,84
III. Kassenbestand	1.064.692,74	2.155.260,99	3.325.221,48
C. Rechnungsabgrenzungsposten	185.162,82	200.381,33	302.790,37
Aktive Latente Steuern			
	202.500.672,79	189.469.859,33	210.906.776,22

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00	18.151.450,00	18.151.450,00
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94	7.045.123,94	7.045.123,94
III. Andere Gewinnrücklagen	3.150.000,00	2.650.000,00	2.650.000,00
IV. Gewinnvortrag	7.561,15	764,45	103,34
V. Jahresüberschuss	12.735.951,52	12.506.796,70	12.095.661,11
B. Sonderposten für Investition	10.919.359,65	12.835.028,00	15.614.109,00
C. Rückstellungen	108.026.622,53	84.879.756,48	88.007.277,17
D. Verbindlichkeiten	31.189.509,99	40.582.702,98	59.225.959,43
E. Rechnungsabgrenzungsposten	11.275.094,01	10.818.236,78	8.117.092,23
	202.500.672,79	189.469.859,33	210.906.776,22

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 <i>EUR</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>
Umsatzerlöse	286.154.659,80	275.557.164,64	316.854.755,98
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-887.516,78	-83.379,87	-605.789,85
Sonstige betriebliche Erträge	4.068.375,95	18.678.383,34	4.347.001,08
Materialaufwand	-189.156.921,05	-190.341.293,13	-231.902.464,41
Personalaufwand	-19.528.593,08	-18.157.741,64	-18.317.667,57
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-11.414.413,58	-11.857.682,00	-12.278.923,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-24.186.512,20	-28.173.218,80	-24.088.884,05
Erträge aus Beteiligungen	563.855,15	552.119,54	422.124,90
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	48.541,56	49.764,47	69.647,03
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	77.661,36	96.704,37	190.010,77
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	-4.572,43	-13.989,98
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.219.946,39	-5.060.702,74	-4.451.868,11
Aufwand aus Verlustübernahme	-15.113.657,55	-18.876.907,73	-7.707.018,44
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	24.405.533,19	22.378.638,02	22.516.934,35
außerordentliche Aufwendungen / außerordentliches Ergebnis	-2.460.027,00	-669.983,00	-3.103.171,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-8.834.415,80	-8.874.641,28	-6.963.570,41
Sonstige Steuern	-375.138,87	-327.217,04	-354.531,83
Jahresüberschuss	12.735.951,52	12.506.796,70	12.095.661,11

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapitalquote	28,0%	30,0%	24,1%
Umsatzrendite	4,5%	4,5%	3,8%
Eigenkapitalrendite	31,6%	31,0%	30,3%
EBIT-Marge	15,6%	16,4%	10,6%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2013	221.972,20 €
b) 2014	220.228,73 €
c) 2015	229.404,92 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2013	56,09 %
b) 2014	55,65 %
c) 2015	57,97 %

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Strom in Höhe von:

a) 2013	1.381.943,07 €
b) 2014	1.318.675,91 €
c) 2015	1.336.165,46 €

Die EWV zahlte Konzessionsabgaben für Gas in Höhe von:

a) 2013	129.954,43 €
b) 2014	104.311,34 €
c) 2015	129.886,64 €

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EWV besteht laut Gesellschaftsvertrag aus 21 Mitgliedern.
Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat kein Mitglied vertreten.

b) Beirat

Der Beirat wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten gebildet.

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Beirat vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014) Herr Friedhelm Krämer (seit dem 25.06.2014)
-------------	--

c) Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Bürgermeister Alfred Sonders
(seit dem 25.06.2014)

Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH für das Geschäftsjahr 2015**1. Geschäft und Rahmenbedingungen****1.1. Unternehmensgegenstand**

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt ca. 200.000 Privathaushalte und Unternehmen in der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser. Ihre Tochtergesellschaft regionetz GmbH betreibt die von der EWV gepachteten Strom, Gas- und Wassernetze in den Versorgungsgebieten.

1.2 Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der StädteRegion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWV das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt für die Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt.

Über die Beteiligung, an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und die Betriebsführung, versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen u. a. mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWV im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt.

Daneben erbringt die EWV seit 01.01.2013 die kaufmännische Betriebsführung für ihre 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz GmbH (regionetz), Eschweiler, mit der sie zusätzlich über einen Ergebnisabführungsvertrag verbunden ist. Die regionetz führt seit Anfang 2014 den technischen Netzbetrieb in den Versorgungsnetzen für Gas, Strom und Wärme der EWV durch. Hierzu hat sie zum oben genannten Datum Mitarbeiter der EWV, die dem Netzbereich zugeordnet waren, im Wege eines Betriebsübergangs übernommen, da es nach Auffassung der Regulierungsbehörden erforderlich ist, dass die zur Bewältigung der Aufgaben des Netzbetriebs fachlich hinreichend qualifizierten Arbeitnehmer unmittelbar bei der Netzgesellschaft angestellt sind.

Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH (GREEN), Stolberg, und deren Betriebsführung ist die EWV gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und der 5%-Beteiligung an der RUREnergie GmbH (RUREnergie) in 2014 wurde das Geschäftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Ebenfalls im Bereich der regenerativen Energien ist Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO) tätig, an der die EWV mit 6,58 % beteiligt ist.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2015 nach ersten Schätzungen um ca. 2,5 % über das Vorjahresniveau an. Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone, dürfte sich im vergangenen Jahr, insbesondere aufgrund der niedrigen Zinsen, der Abwertung des Euro und des gefallen Ölpreises, voraussichtlich um rund 1,5 % erhöht haben. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Währungsgebiets, wird wahrscheinlich im Jahresvergleich um ca. 1,7 % gestiegen sein. Dabei hatte insbesondere der private Konsum einen positiven Einfluss.

2.2. Entwicklungen in der Energiewirtschaft

Witterung

Die Witterung spielt für die Energienachfrage und für die regenerative Erzeugung unseres Unternehmens eine wesentliche Rolle. Im vergangenen Jahr lagen die Temperaturen in Deutschland im Mittel insgesamt unter den Werten des Vorjahres, jedoch über dem Vorjahreswert und dem langjährigen Mittel. Das Windaufkommen befand sich 2015 über dem Vorjahreswert und dem langjährigen Mittel. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf knapp über der des Vorjahres, sowie leicht oberhalb der Einstrahlung des langfristigen Mittels.

Strom- und Gasnachfrage

Vorläufige Berechnungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lassen darauf schließen, dass der Stromverbrauch in Deutschland 2015 um rund 1 % höher war als ein Jahr zuvor. Das Wirtschaftswachstum und die kühlere Witterung im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr regten die Stromnachfrage an, während der Trend zur sparsameren Nutzung von Strom dämpfenden Einfluss hatte. Die deutsche Gasnachfrage lag mit voraussichtlich 5 % über dem Vorjahreswert. Grund für den Anstieg dürften im Wesentlichen die kühleren Temperaturen in der ersten Jahreshälfte gewesen sein, die auch den Einfluss des geringeren Einsatzes von Gas in der Stromversorgung überkompensierten.

Strompreise

Die Spotpreise an der Großhandels-Börse EEX sind im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt weiter gesunken und verringerten sich um 3 % auf ca. 32 Euro/MWh (Base-Kontrakt) bzw. um 5 % auf rund 35 Euro/MWh (Peak-Kontrakt). Diese Entwicklung kann im wesentlichen Teilen auf den Preisrückgang bei Steinkohle sowie zunehmende Einspeisungen aus Windkraft- und Solaranlagen zurückgeführt werden. Im Endkundengeschäft tendierten die Strompreise ebenfalls nach unten. Haushaltskunden mussten im Durchschnitt knapp 1 % weniger bezahlen, während für Industrieunternehmen ein Preisrückgang von rund 3 % ermittelt wurde.

Gaspreise

Der Preis für Gasimporte nach Deutschland (BAFA-Preis) betrug 2015 rund 21 Euro/MWh und lag damit etwa 12 % unter den Preisen des Jahres 2014. Wesentliche Ursache für diesen Preisrückgang waren stark gefallene Ölpreise, Vertragsrevisionen sowie der generell zunehmende Anteil von spotpreis-basierten Importen/Verträgen im BAFA-Preis. Die Spotpreise am niederländischen Spotmarkt TTF, dem kontinental-europäischen „Leitmarkt“, lagen mit einem Durchschnittswert von rund 20 Euro/MWh etwa 5 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Tarife für Haushalte fielen um etwa 1 %, die Preise für Industriekunden lagen mit 8 % deutlich unter denen des Vorjahres.

2.3. Wichtige Ereignisse des Jahresüberschuss

Visionen und Leitbild

EWV und regionetz haben in 2015 ein neues Strategiepapier für die Unternehmensgruppe formuliert. Dabei wurden alle Mitarbeiter durch strukturierte Workshops einbezogen und nahmen an der Entwicklung teil. Herausgearbeitet wurden die Schwerpunkte Kunden, Produkte, Gemeinschaftsleistung, Arbeitssicherheit und Klima- und Umweltschutz.

Investitionen

Der Aufsichtsrat hat in der Februar-Sitzung 2014 seine Zustimmung zu dem Investitionsplan in Höhe von insgesamt 22,3 Mio. Euro für die Jahre 2014 und 2015 gegeben.

Von diesen Zusatzinvestitionen im Strombereich sind 8,4 Mio. Euro in 2014 und 13,9 Mio. Euro in 2015 umgesetzt worden. Ziel dieser Zusatzinvestition war es, im Rahmen der Netzstrategie der regionetz, die Zielnetzplanung umzusetzen und hiermit die Erlösbergrenze in der ab 2019 beginnenden Regulierungsperiode anzuheben.

Der im Dezember 2014 unterzeichnete Pachtvertrag zwischen RWE Deutschland AG und der EWV wurde durch die regionetz operativ umgesetzt. So wurden unter anderem die Investitionsstrategie und auch das Maßnahmenpaket für 2015 in Höhe von 1,9 Mio. Euro mit der RWE Deutschland AG abgestimmt. Weiter wurde im Rahmen der Netzentflechtung Titz-Jackerath aufgrund des Fortschreitens des Tagebaus die erforderliche Netzmaßnahme zur Netzübernahme von der NEW Netz GmbH mit der RWE Deutschland AG frei gegeben.

Konzession

Zum 01.01.2015 beginnen die von EWV erneut geschlossenen Konzessionsverträge für Monschau (Gas) und Außengebiete Eschweiler (Strom). Am 03.12.2015 hat der Rat der Gemeinde Niederzier einstimmig beschlossen, die Gaskonzession für die nächsten 20 Jahre wieder an die EWV zu vergeben. Konzessionsverluste gab es in 2015 keine.

Neues Produktportfolio

Im Segment der Privat- und Gewerbekunden wurde ein neues Produktportfolio für Gas und Strom entwickelt und eingeführt, das je Energieart die 3 Kernprodukte online, fix und Komfort umfasst. Alle Produkte haben einen unterschiedlichen Leistungsumfang anhand dessen eine Preisdifferenzierung erfolgt.

Die Bestandskunden der bestehenden Produktlandschaft werden in den nächsten Jahren schrittweise überführt.

Die wesentlichen Ziele des neuen Produktportfolios sind:

- Mehr Kunden (z. B. Heben von Cross-Selling-Potenzialen)
- Margensicherung (z. B. Heben von Up-Selling-Potenzialen)
- Mehr Kundenbindung (z. B. kundenbedürfnisorientierte Produktentwicklung)

Durch . . .

- klar abgegrenzte Produkte durch stringentes Preis-Leistungs-Verhältnis
- Berücksichtigung von Kundenbedürfnissen und Preisbereitschaften von unterschiedlichen Zielgruppen
- Einfache und verständliche Produkte plus Mehrwert
- Einstieg in die Vermarktung von Add-ons (z. B. Dienstleistungen) und von Produktbündeln
- Nutzen des Prinzips der Selbstselektion (Wahl des „richtigen“ Produkts i. V. m. Compromise-Effekt)

SAP

Zum 01.01.2015 haben EWW und regionetz SAP als ERP-System erfolgreich eingeführt. In 2015 erfolgte eine weitere Anpassung von Prozessen und Organisation, die eine optimale Nutzung des SAP-Systems ermöglichen.

Vorbereitung Transfer Anlagevermögen

EWW hat in 2015 Vorbereitungen getroffen, um netzrelevante Teile des EWW-Anlagevermögens (u. a. Strom- und Gasnetze) in das Eigentum der regionetz zu überführen. Das zwischen EWW und regionetz praktizierte Pachtmodell führt dazu, dass auf Ebene der regionetz dem Abzugskapital auf der Passivseite (z. B. Pensionsrückstellungen und andere personalbezogene Rückstellungen) kein regulatorisch anererkennungsfähiges Aktivvermögen gegenübersteht. Posten des Umlaufvermögens werden in der Regulierung nur innerhalb sehr enger Grenzen als betriebsnotwendig anerkannt, während Sachanlagen als Deckungsvermögen angerechnet werden. In der Folge hat regionetz ein negatives Eigenkapital, welches regulatorisch zu hohen negativen Eigenkapitalzinsen führt, die die anererkennungsfähigen Netzkosten reduzieren und somit zu einer Verringerung der Erlösobergrenze führen. Voraussetzung für die Umsetzung der Übertragung des Vermögens ist die steuerneutrale Übertragung zu Buchwerten von der EWW auf die regionetz. Dies soll rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Form einer Ausgliederung zur Aufnahme gem. § 123 Abs. 3 UmwG erfolgen. In 2016 wird hierzu eine verbindliche Auskunft des Finanzamtes eingeholt. Vorausgesetzt, dass diese verbindliche Auskunft mit positivem Ergebnis vorliegt, wird der Transfer wirtschaftlich rückwirkend zum 01.01.2016 durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat am 17.12.2015 diesem Transfer zugestimmt.

Kooperationen Netzbetrieb

Die Anreizregulierung für das regulierte Netzgeschäft wird auch nach der anstehenden Novelle der Anreizregulierungsverordnung EWW und regionetz vor große Herausforderungen stellen. Neben dem Aspekt der fortlaufenden Anpassung der Betriebs- und Kostenstrukturen steht die EWW gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft regionetz zudem vor einer spürbaren demografischen Fluktuation in der Belegschaft, die eine erhebliche personalwirtschaftliche Aufgabe darstellt. Darüber hinaus erhöhen beispielsweise die Integration und Steuerung dezentraler Stromerzeugung aus EEG-Anlagen und die hinter den Schlagworten smart meter und smart grid stehenden Entwicklungen die technische Komplexität nochmals deutlich. Das know how und die Kompetenzen unserer Belegschaften müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten, was fortgesetzt erheblicher Anstrengungen bedarf. Schließlich werden die fehlenden Wachstumsoptionen im regulierten Netzgeschäft auch in Zukunft dazu führen, dass andere Netzbetreiber dem Kostendruck durch externes Wachstum über den Hinzugewinn von Netzen im Konzessionswettbewerb zu begegnen versuchen.

Angesichts dieser Herausforderungen sehen sich Management und Belegschaft gemeinsam in der Verpflichtung tragfähige Zukunftskonzepte zu entwickeln. Neben einem Projekt zur weiteren Optimierung „Stand-alone“ sind Kooperationsgespräche mit angrenzenden Netzbetreibern begonnen worden. Die Analysen

werden in 2016 voraussichtlich abgeschlossen sein und dann den Gesellschaftern zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

Green Solar Herzogenrath GmbH

Die 45%ige Tochtergesellschaft der EWV erweitert ihren Anlagenpark in Herzogenrath. Gemeinsam mit der n.s.w energy GmbH und der Stadt Herzogenrath wurde das Projekt einer PV-Freiflächenanlage mit einer Leistung von ca. 4 MWel und einem Investitionsvolumen von ca. 3,8 Mio. € begonnen. Die Finanzierung erfolgt über Fremdmittel.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen dabei die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Höhe der jährlichen Investitionen (in die Infrastruktur).

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2015 12,7 Mio. Euro gegenüber 12,5 Mio. Euro im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist etwas niedriger als dies in der Prognose des Vorjahres (14,5 Mio. Euro) geplant war. Die Ursachen für diese Entwicklung werden nachfolgend erläutert.

Investitionen: Die Verteilung von Energie und Wasser erfordert umfangreiche Strom-, Gas- und Wassernetze, die regelmäßig erneuert und erweitert werden müssen. Die optimale Höhe der Investitionen berücksichtigt einerseits die Versorgungssicherheit, aber auch die finanziellen Restriktionen und regulatorischen Anforderungen. Im Geschäftsjahr 2015 hat die EWV ca. 13,9 Mio. Euro im Bereich Strom investiert (Vorjahr 8,4 Mio. Euro, geplant waren in 2014 für 2015 15,2 Mio. Euro) und 5,6 Mio. Euro im Bereich Gas (Vorjahr 5,8 Mio. Euro, geplant waren in 2014 für 2015 2,1 Mio. Euro).

„Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2015 hat die EWV 595 GWh Strom (Vorjahr 609 GWh, geplant waren in 2014 für 2015 669 GWh) und 1.771 GWh Gas (Vorjahr 1.525 GWh, geplant waren in 2014 für 2015 1.862 GWh) abgesetzt.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2015 belaufen sich auf 286,2 Mio. Euro (Vorjahr 275,6 Mio. Euro, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 108,3 Mio. Euro (Vorjahr 113,7 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 96,0 Mio. Euro (Vorjahr: 85,3 Mio. Euro) sowie 2,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting.

Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 63,6 Mio. Euro (Vorjahr: 52,2 Mio. Euro) an Pachtentgelten und Dienstleistungs- sowie Materialerlösen erzielt. Die Zunahme resultiert aus höheren Pachtentgelte und den Materialverkäufen. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 16,0 Mio. Euro (Vorjahr: 22,6 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Im Vergleich zur Planung für 2015 (Umsatzerlöse i. H. v. 302,1 Mio. Euro) ergeben sich insbesondere aus geringeren Stromerlösen geringere Umsatzerlöse aufgrund von Absatzrückgängen sowie aus nicht eingetretenen höheren Gaserlösen.

Entwicklung im Stromsegment

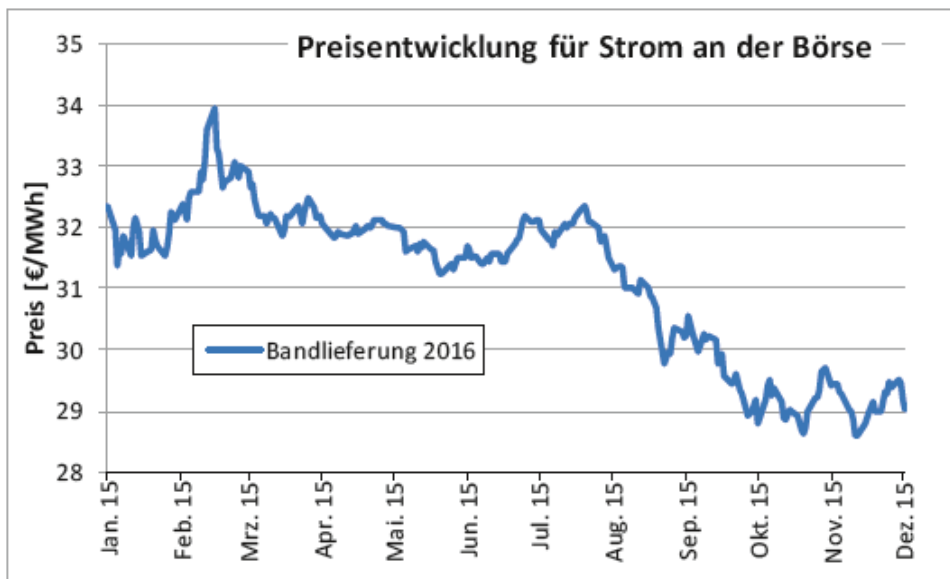
Zu Jahresbeginn sah es so aus, als ob die bereits mehrere Jahre andauernde Phase sinkender Großhandelspreise für Strom im Jahre 2015 sein Ende finden könnte. Nach einem Höchststand von 34 Euro/MWh für das Jahresband 2016 Mitte Februar gingen die Preise jedoch wieder zurück und stabilisierten sich auf dem Ausgangsniveau in Höhe von etwa 32 Euro/MWh. Ab Mitte Juli begann jedoch wieder ein fallender Preistrend, der zu neuen Preistiefständen von unter 29 Euro/MWh führte. Hier setzte zweimal (Mitte Oktober und Mitte November) eine kurzzeitige Gegenbewegung ein, die jedoch keine nachhaltige Trendumkehr bewirken konnte.

Die derzeitigen Terminpreise für die kommenden Jahre zeigen die Erwartung, dass die Commodity-Preise für Strom auch in der Zukunft weiter zurückgehen. Dies ist daran erkennbar, dass aktuell abgeschlossene Stromlieferkontrakte für die Jahre 2017 – 2020 bei Preisen unter 28 Euro/MWh deutlich tiefer quotierten.

Dies ist unter anderem begründet mit einer verstärkten Einspeisung von erneuerbaren Energien bei gleichzeitig noch nicht vollständig erfolgtem Kernenergieausstieg.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Jahr 2015 insgesamt 65 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 5 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2016, gehandelt in 2015.



Für das Jahr 2015 wurden keine Preisanpassungen für die Stromkunden vorgenommen. Auf der Vorkostenseite, die sich aus Steuern, Abgaben und Netzentgelten zusammensetzt, ergab sich zu 2014 für die EWV eine Kostensteigerung. Aufgrund sinkender Bezugskosten konnte insgesamt auf eine Weitergabe von Kostensteigerungen an die Endverbraucher verzichtet werden.

Die Maßnahmen zur Kundenbindung und Kundenrückgewinnung wurden in 2015 weiter intensiviert. Der für 2016 angestrebte Ausgleich von Kundenverlusten und Kundengewinnen konnte in 2015 noch nicht erreicht werden.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Die zum 01.01.2015 durchgeführte Neuorganisation innerhalb des B2B-Vertriebes zeigt erste Erfolge. So konnten insbesondere der Abwärtstrend bei den Gewerbekunden im Stammgebiet gestoppt werden, aber auch deutlich mehr Sondervertragskunden gewonnen werden, als Kundenabgänge zu verzeichnen sind. Die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft wird weiter vorangetrieben.

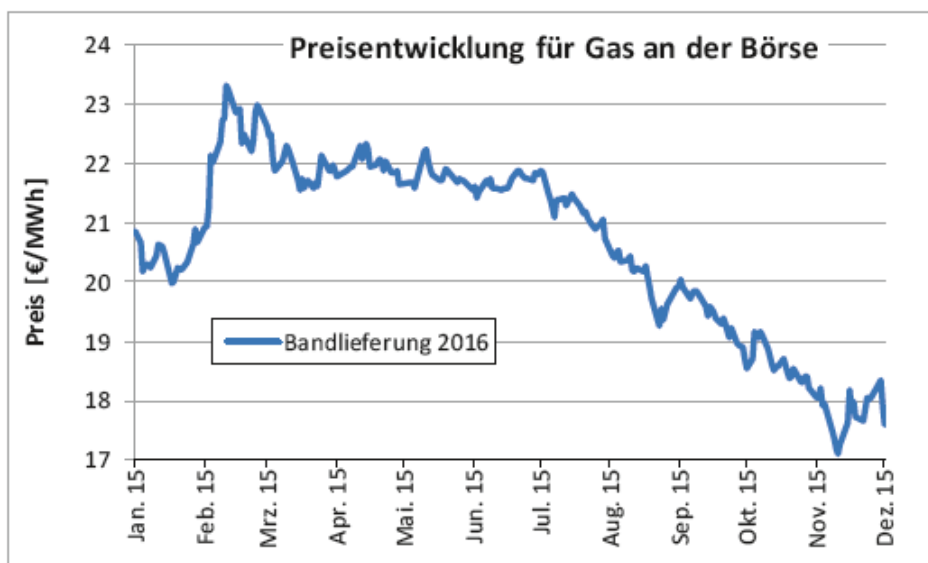
Die Marke „Energyswitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab. Der Kundenbestand von rd. 2.000 Kunden wird sukzessive über diverse Vertriebskanäle ausgebaut.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2015 bei 595 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (609 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Verlust von rd. 33 GWh (inkl. periodenfremd) an Key Account Kunden. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 4,5 GWh (davon -6 operativ und +1,5 periodenfremd). Rd. 19 GWh/a ergaben sich durch Zugewinne bei der Marke „Energyswitch“. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 251 GWh auf private Haushalte, 78 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 266 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Rückgang des Absatzes liegt dabei insgesamt ca. 5 % unterhalb der Prognose für 2015. Der Stromeinkauf erfolgte dabei zu 53 % über RWE und zu 47 % über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Großhandelsmarktpreise für Erdgas entwickelten sich sehr ähnlich wie die Preise auf anderen Energiemärkten (Strom s. o., aber auch Kohle): Anstieg – Korrektur – Seitwärtsbewegung und fallender Preistrend ab Jahresmitte (s. nachfolgende Grafik für die Börsenpreise für das Lieferjahr 2016). Insbesondere ist hier der Einfluss des weltweiten Leitenergieträgers „Rohöl“ entscheidend. Der globale Ölmarkt ist derzeit von einer entspannten Angebotssituation geprägt, die auf politische und strategische Entscheidungen der bedeutendsten Förderländer zurückzuführen ist.

Analog der Beschaffungsstrategie bei der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2015/16 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 35 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen geschlossen.



Im Privatkundengeschäft konnte in 2015 erneut auf eine Preisanpassung verzichtet werden. Trotzdem wurden die Erwartungen an die Kundenentwicklung nicht erreicht. Gezielte Kundenakquisen lokaler Wettbewerber und ein rückläufiges Neukundengeschäft trugen dazu bei, dass der Saldo aus Kundengewinnen und Kundenverlusten negativ ausfiel. Zwei lokale Wettbewerber waren für rund 20 % der Kundenverluste verantwortlich.

Ein Pilotversuch bei der externen Akquise brachte in zwei Monaten mehr als einhundert Neukunden für Strom und Erdgas. Unterstützung findet das Erdgasgeschäft im Ausbau des Contracting bei Privatkunden. In 2015 konnten mehr als 50 Anlagen an Privatkunden verkauft werden.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einer deutlichen Verstärkung des Wettbewerbs. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wird zunehmend erfolgreicher. Sowohl bei Strom als auch bei Gas konnten im externen Gebiet höhere Kundengewinne im Gewerbekundenbereich erzielt werden. Hierzu hat der Ausbau um fünf weitere Vertriebskanäle beigetragen.

Die Umsatzerlöse nahmen um 3,8 % bzw. 10,6 Mio. € auf 286,2 Mio. € zu.

Wesentliche Gründe hierfür sind höhere Betriebsführungsentgelte gegenüber der regionetz i. H. v. 11,4 Mio. €, welche insbesondere aus höheren Pachtentgelten (i. H. v. 6,6 Mio. €) sowie aus der Fakturierung von Materialverkäufen resultieren.

Ferner stiegen die Gasumsätze netto von 85,3 Mio. € um 10,7 Mio. € (/12;5 %) auf 96,0 Mio. € aufgrund der zum Vorjahr kühleren Witterung und des damit verbundenen höheren Verbrauchs; wobei auch im Geschäftsjahr 2015 Kundenabgänge hier gegenläufig wirkten. Demgegenüber steht eine mengenbedingte Stromumsatzabnahme von 113,7 Mio. € und 5,4 Mio. € (4,8 %) auf 108,3 Mio. €. Die Anzahl der versorgten Anschlüsse konnte nahezu konstant gehalten werden.

Die Wärmeversorgung konnte die Umsatzerlöse witterungsbedingt um 0,5 Mio. € steigern.

Die sonstigen Erlöse – abseits des Strom-, Gas- und Wärmesegments sowie der Betriebsführung gegenüber der regionetz – nahmen um 6,6 Mio. € ab. Grund hierfür sind die mit Umstellung auf die neue ERP Software neu abzubildenden Prozesse. Die betriebsgeführten Unternehmen beziehen nun ihre Eingangsleistungen direkt vom Vertragspartner und nicht mehr wie zuvor im Rahmen der Betriebsführung über die EWW. Korrespondierend nehmen auch die Aufwendungen in entsprechender Höhe ab.

Der Materialaufwand nahm um 1,3 % bzw. 2,5 Mio. € ab und beträgt nun 189,2 Mio. €. Die Strombezugskosten sanken aufgrund der überwiegend langfristigen Bezugsverträge nur um 5,8 %; wobei die Stromnetznutzungskosten um 3,8 % anstiegen. Die Gasbezugskosten stiegen leicht unterproportional zum Gasumsatz um 10,9 % an; die Gasnetznutzungskosten hingegen stiegen deutlich überproportional um 24,4 % an.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 97,0 Mio. € bzw. 33,9 % der Umsatzerlöse und konnte um 3,5 %-Pkt. gesteigert werden.

Die Abnahme der sonstigen Erträge i. H. v. 14,5 Mio. Euro resultiert überwiegend aus den im Vorjahr vollzogenen Netzabgängen.

Der Personalaufwand nahm um 1,4 Mio. € bzw. 7,5 % zu und liegt bei 19,5 Mio. €. Wesentlicher Grund dieser Zunahme ist der erhöhte Dienstzeitaufwand zur Pensionsrückstellung.

Die Abschreibungen nahmen um 3,7 % ab und liegen bei 11,4 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen deutlich um 2,7 Mio. € bzw. 9,9 % ab. Wesentliche Gründe sind zum einen die im Vorjahr aufwandsseitig erfassten Aufstockungsbeträge im Rahmen der Einführung der Altersteilzeit i. H. v. 1,6 Mio. € und zum anderen Kosteneinsparungen in diversen Aufwandsarten; insbesondere bei den Rechts- und Beratungskosten wurden 0,6 Mio. € eingespart. Demgegenüber stehen höhere Konzessionsaufwendungen i. H. v. 0,7 Mio. € entgegen.

Das Betriebsergebnis nahm geringfügig um 0,6 Mio. € bzw. 1,4 % ab und beträgt 44,7 Mio. €.

Im außerordentlichen Ergebnis ist der vollständige bis dato noch nicht erfasste Unterdeckungsbetrag aus der BilMoG-Umstellung enthalten, welcher sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung durch das BilMoG ergab.

Das negative Zinsergebnis beträgt 6,1 Mio. Euro und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 5,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro). Der hier zugrunde zulegende Zinssatz nahm von 4,54 % auf 3,89 % ab. Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr bei 0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Ihr Rückgang ist dem aktuell niedrigerem Zinsniveau geschuldet.

Das Beteiligungsergebnis liegt im Geschäftsjahr 2015 bei 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. €).

Die Verlustübernahme für die Verteilnetzbetreiber-Tochtergesellschaft regionetz zeigt sich im Geschäftsjahr 2105 mit einem Betrag i. H. v. 15,1 Mio. Euro (Vorjahr: 18,9 Mio. Euro). Dieser Verlust resultiert überwiegend aus den Auswirkungen der 2. Regulierungsperiode und der damit einhergehenden Absenkung der Netzentgelte.

Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2015 mit einem Betrag i. H. v. 8,8 Mio. Euro (Vorjahr: 8,9 Mio. €) zu Buche.

Die Umsatzrendite zeigt sich unverändert und liegt im Geschäftsjahr bei 4,5 %. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 12,7 Mio. Euro wurde eine Eigenkapitalrendite von 31,6 % (Vorjahr: 31,0 %) erzielt. Die EBIT Marge (Betriebsergebnis ohne außerordentliche Ergebnis/Umsatzerlöse) beträgt 15,6 % nach 16,4 % im Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird vor dem Hintergrund der diesjährigen zu erwarteten Wetterverhältnisse weiterhin von einer stabilen Ertragslage ausgegangen.

2.7. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Finanzanlagen in Höhe 21,8 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro) getätigt.

Bei der Energieart Gas wurden im Wesentlichen Neubau- und Gewerbegebiete erschlossen sowie erforderliche Sanierungsmaßnahmen im Netz durchgeführt. Des Weiteren wurden 579 neue Gasanschlüsse verlegt. Im Bereich der Anlagen wurden einige Umbauten vorgenommen. Im Zuge der Entflechtung des Netzes Waldfeucht wurde ein weiterer Ersatznetz-koppelpunkt errichtet.

Bei der Energieart Strom wurde in 2015 schwerpunktmäßig in den Ortschaften Alsdorf, Eschweiler und Stolberg erhebliche Erneuerungsinvestitionen getätigt. Diese Erneuerungsmaßnahmen beruhen auf eine Überarbeitung und Erneuerung der Netzstruktur in der Mittelspannung. In diesem Zuge wurden Maßnahmen aus der Zielnetzplanung Strom umgesetzt. In der Zielnetzplanung Strom wurden Maßnahmen erarbeitet, die einer Optimierung des Mittelspannungsnetzes dienen. Hieraus ergeben sich der Rückbau von ca. 17 km Mittelspannungsfreileitung, der Austausch störanfälliger Mittelspannungskabel sowie der ersatzlose Rückbau von ca. 20 km Mittelspannungskabel. Durch die Erneuerung der kritischen Betriebsmittel kann die

überdurchschnittlich gute Versorgungsqualität der regionetz in Zukunft weiter erhalten bleiben. Im Mittel liegt die durchschnittliche Unterbrechungsdauer eines Netznutzers bei 15,3 min/a. Bei der regionetz liegt dieser Wert in 2014 bei 8,8 min/a. Neben den beschriebenen Netzmaßnahmen wurden folgende größere Projekte an zentralen Komponenten realisiert.

- Erweiterung der zentralen Leittechnik
- Ausbau der Tonsteuersendeanlage in der UA Büsbach
- Erneuerung der Erdschlusskompensationsspulen in der UA Alsdorf UA Linnich

Durch die Investitionen in 2015 konnte sich die regionetz auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen. Unter anderem wurde die Netzzustands- und Fehlererkennung inklusive Fernübertragung verbessert und in die Leittechnik integriert. Darüber hinaus wurden smarte fernsteuerbare Stationen ins Mittelspannungsnetz eingebaut.

Auslöser für dieses forcierte Investitionsprogramm in 2014 und 2015 war die massive Restwertkürzung der Regulated Asset Base (RAB) durch die Bundesnetzagentur.

Die Zugänge in den Finanzinvestitionen i. H. v. 0,2 Mio. Euro waren im Wesentlichen geprägt durch eine Beteiligung am Windenergieprojekt Linnich-Körrenzig der RUREnergie.

2.8. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung	
	Mio.	%	Mio.	%	Mio.	%
Aktiva						
Anlagevermögen	159,4	78,7%	149,7	79,0%	9,7	6,5%
- davon Sachanlagen	148,2	73,2%	138,3	73,0%	9,9	7,2%
Umlaufvermögen	42,9	21,2%	39,6	20,9%	3,3	8,3%
- davon Forderungen aus LuL	39,2	19,4%	29,0	15,3%	10,2	35,2%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,1%	0,2	0,1%	0,0	0,0%
	202,5	100,0%	189,5	100,0%	-21,4	6,9%
Passiva						
Eigenkapital	41,1	20,3%	40,4	21,3%	0,7	1,7%
Sonderposten	10,9	5,4%	12,8	6,8%	-1,9	-14,8%
Rückstellungen	108,0	53,3%	84,9	44,8%	23,1	27,2%
- davon Pensionsrückstellungen	55,9	27,6%	50,8	26,8%	5,1	10,0%
Verbindlichkeiten	31,2	15,4%	40,6	21,4%	-9,4	-23,2%
- davon ggüber Kreditinstituten	9,7	4,8%	28,8	15,2%	-19,1	-66,3%
Rechnungsabgrenzungsposten	11,3	5,6%	10,8	5,7%	0,5	4,6%
	202,5	100,0%	189,5	100,0%	13,0	6,9%

Die Bilanzsumme nahm um 13,0 Mio. Euro von 189,5 Mio. auf 202,5 Mio. Euro zu.

Der maßgebliche Effekt auf der Aktivseite liegt zum einen in den getätigten Investitionen, welche im Geschäftsjahr 2015 21,8 Mio. € betragen (VJ.: 19,3 Mio. €). Zum anderen in der Zunahme der Forderungen aus LuL, welche durch geringe erhaltene Abschläge zum Bilanzstichtag bedingt sind.

Auf der Passivseite stand einer deutlichen Zunahme der Rückstellungen i. H. v. 23,1 Mio. € - resultierend aus höheren Pensionen und höheren Rückstellung für ausstehende Strom- und Gasbezugskosten – eine deutliche Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gegenüber.

Die Anlagenintensität liegt – in einer bei einem Versorgungsunternehmen typisch zu erwartenden Höhe – bei 78,7 % (Vorjahr: 79,0 %). Der absolute Anstieg folgt aus der Assetstrategie zur Steigerung der anerkannten Netzkosten.

Das Umlaufvermögen stieg um 3,3 Mio. Euro auf 42,9 Mio. Euro. Die Zunahme der Forderungen aus LuL (+10,2 Mio. €) standen im Wesentlichen eine Abnahme der Vorräte (-1,8 Mio. €) und eine Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände (-2,0 Mio. €) entgegen.

Das Eigenkapital zeigt sich leicht reduziert um 1,0 %-Pkt. bei 20,3 % der Bilanzsumme. Unter Berücksichtigung von 70 % des Sonderpostens und passiven Rechnungsabgrenzungsposten beträgt die Eigenkapitalquote 28,0 % (Vorjahr: 30,0 %).

Die Anlagendeckung – Verhältnis von mittel- und langfristigem Eigen- und Fremdkapital sowie unter Berücksichtigung von 70 % des Sonderpostens zum Anlagevermögen sowie der passiven Rechnungsabgrenzungsposten – beträgt 72,7 % (Vorjahr: 75,7 %).

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 55,9 Mio. Euro (Vj.: 50,8 Mio. Euro) betragen. Diese machen nahezu 27,6 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten konnten im kurzfristigen Bereich um 17,6 Mio. Euro und im langfristigen Bereich gemäß den Tilgungsplänen um 1,5 Mio. Euro reduziert werden.

2.9. Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält Kreditlinien, welche temporär und für die saisonal stark volatilen Zahlungsmittelflüsse in Anspruch genommen werden.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der frühzeitigen Vereinnahmung von adäquaten Kundenabschlägen sowie der bestehenden Kreditlinien das finanzielle Gleichgewicht zu jeder Zeit gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft, aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit auf:

Angaben in Mio. €	2015	2014	Veränderung	
			in Mio.	in %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	45,9	31,7	14,2	44,8%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-15,5	-7,0	-8,5	121,4%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-13,9	-14,1	0,2	-1,4%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	16,5	10,6	5,9	55,7%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	18,5	-29,1	10,6	-36,4%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	-2,0	-18,5	16,5	-89,2%

Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 45,9 Mio. € (Vorjahr: 31,7 Mio. Euro). Die Zunahme ist insbesondere durch die Erhöhung der Rückstellungen bedingt (+23,1 Mio. €). Diesem positiven Cash-Flow stehen Zahlungsmittelabflüsse aus der Gewinnausschüttung i. H. v. 12,0 Mio. Euro, der Tilgung von Krediten sowie Zinsen i. H. v. 1,9 Mio. Euro sowie dem Saldo aus Einzahlungen aufgrund der Desinvestitionen und Auszahlungen für Investitionen ins Anlagevermögen i. H. v. - 15,5 Mio. Euro gegenüber.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit

einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basieren auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird.

Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Durch die vorliegende Kreditlinie werden diese Zahlungsstromschwankungen gedeckt.

2.10. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2015 beschäftigte die EWV durchschnittlich 212 (Vorjahr: 216) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 30 Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann,
- Industriekauffrau/-mann mit integriertem Studium (PLuS),
- Elektroniker/in für Betriebstechnik und
- Elektroniker/in für Betriebstechnik mit integriertem Studium (PLuS).

Darüber hinaus wurde der Ausbildungsberuf „Kaufmann/-frau für Büromanagement“ in das Ausbildungsportfolio aufgenommen. Neu ist auch das Angebot einer verkürzten Ausbildung zum Industriekauffrau/-mann mit Fachrichtung IT, die sich an Studienabbrecher aus den MINT-Fächern richtet und in der StädteRegion Aachen in Kooperation mit den Kammern unter dem Namen „Switch“ forciert wird.

Die Ausbildungsangebote mit integriertem Studium (PLuS) wurden beginnend ab 2015 abgelöst durch eine Erstausbildung mit gefördertem Abendstudium.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,6 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 491.

Strategische Personalplanung und Erstausbildungsplanung

Das Verfahren zur strategischen Personalplanung bei der EWV ist etabliert, eine Überprüfung der im Jahr 2014 ermittelten Langfristbedarfe fand im Jahr 2015 statt. Die Ergebnisse der strategischen Personalplanung fließen in konkrete Entwicklungspläne für Mitarbeiter und Führungskräfte ein, um diese gezielt und rechtzeitig auf künftige Anforderungen vorzubereiten. Die Budgetierung der Aus- und Weiterbildungskosten konnte deutlich verbessert werden.

Darüber hinaus konnten wir im Rahmen der Mittelfristplanung 2015 die Ergebnisse dazu nutzen, mittel- und langfristige Austritte mit Wiederbesetzungserfordernis mit Auszubildendenübernahmen oder internen Versetzungen zu beplanen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Seit dem 01.01.2015 wird die EWV-Gruppe vom AMD TÜV Arbeitsmedizinische Dienste GmbH in Würselen betreut.

Zwischen den Geschäftsführungen der EWW und regionetz und dem Gemeinschaftsbetriebsrat wurde eine Betriebsvereinbarung über ein „Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) abgeschlossen. Gemeinsames Ziel ist die Gesundheitserhaltung und –förderung aller Mitarbeiter.

Hierfür wurde ein BGM-Team mit Vertretern aus Betriebsrat, Abteilung Personalwirtschaft, Fachkraft für Arbeitssicherheit, Schwerbehindertenvertreter und Konfliktberatern installiert, das für die Planung, Steuerung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen in enger Absprache mit dem Führungskreis verantwortlich ist.

Das BGM dient:

- Dem Erhalt der Gesundheit, der Rehabilitation und der Prävention.
- Der Reduzierung von Arbeitsunfähigkeiten und Beseitigung möglicher Ursachen.
- Der Gesundheitsförderung und Sensibilisierung der Mitarbeiter.
- Der Integration von schwerbehinderten und gleichgestellten Mitarbeitern.
- Der Förderung des Ausgleichs zwischen Arbeits- und Privatleben.

Zur Erreichung dieser Ziele werden entsprechende Ressourcen bereitgestellt.

In 2015 wurden erstmalig Workshops für Führungskräfte zum Thema „Gesprächsführung bei psychischen Belastungen“ angeboten. Damit erfüllt die EWW-Gruppe auch die Forderungen aus dem Arbeitsschutzgesetz und der Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention (DGUV Vorschrift 1)“, wonach der Arbeitgeber bei der Ermittlung und Beurteilung der Gefährdungen (Gefährdungsbeurteilung) auch die psychische Belastungen bei der Arbeit zu berücksichtigen hat.

2.11. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWW Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWW den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

EWW berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region.

2.12. Tätigkeitenabschlüsse

EWW ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne § 3 Nr. 38 EnWG. In diesem Zusammenhang erstellt die EWW in folgenden Bereichen Tätigkeitenabschlüsse nach EnWG, so wie diese erforderlich wären, wenn diese Tätigkeiten von einem rechtlich selbständigen Unternehmen ausgeführt würden:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung

Getrennte Konten werden darüber hinaus geführt für andere Aktivitäten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors und andere Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Im Regelfall erfolgt in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen eine direkte Zuordnung zu den Unternehmenstätigkeiten. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder aufgrund unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar erscheint, wird eine Zuordnung durch sachgerechte Schlüssel vorgenommen.

Die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Bilanzsumme in den einzelnen Tätigkeiten entwickelten sich wie folgt:

	Elektrizitätsverteilung		Gasverteilung	
	31.12.15	31.12.14	31.12.15	31.12.14
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse	17.801	13.522	21.907	19.344
Jahresüberschuss	676	99	7.908	13.080
Bilanzsumme	45.310	35.693	79.990	80.447

Die Umsatzerlöse der Elektrizitätsverteilung in Höhe von 17,8 Mio. Euro setzten sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (10,1 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (0,8 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (6,9 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der Gasverteilung in Höhe von 21,9 Mio. Euro setzten sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (19,6 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (1,5 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (0,8 Mio. Euro).

3. Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagement

Bei EWW ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2010 aktualisierten RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWW als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWW in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

4.2 Absatzmarktrisiken

In den letzten beiden Jahren wurde der signifikante Einfluss der Witterung insbesondere auf den Erdgasabsatz deutlich. Die warme Witterung führte zu Absatzreduzierungen gegenüber dem langfristigen Mittel. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu eine stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken.

Auch in 2016 ist von weiteren Kundenverlusten auszugehen, da es in allen Kundensegmenten anhaltenden Wettbewerb gibt. Dagegen stehen die Chancen aus Kundengewinnen bei Strom und Gas in allen Kundensegmenten. Die EWV ist hier durch die laufenden Maßnahmen zu Kundengewinnung und Kundenbindung auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz.

4.3 Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert Risiken.

Die für das Jahr 2016 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2012 bis 2015 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2016 bis 2019 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

4.4. Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Durch die Verpachtung der Verteilnetze an die regionetz wurde ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf die regionetz übertragen. Diesen wird durch systematische Wartung der Netze und Anlagen sowie kontinuierlicher Verbesserung begegnet. Ziel ist die Erreichung einer hohen Versorgungssicherheit für die Kunden. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

4.5. Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zu Verfügung gestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

4.6. Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen in Form von Kundenbindungsprogrammen, Produktmanagement und strukturierten Beschaffungsvorgängen beschlossen.

4.7. Risiko-Portfolio

Zweimal jährlich wird das Risiko-Portfolio der EWW aktualisiert. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Hoch (>20 bis 50 %)
 - Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklassen im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWW auf 1,2 Mio. Euro p.a. festgelegt. Ferner wurde in 2015 beschlossen, nur noch Risiken ab einer Nettoschadenshöhe von 500 T Euro oder einer Eintrittswahrscheinlichkeit >50 % im Risikokatalog zu erfassen.

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWW nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Im Berichtsjahr wurden acht Risiken als wesentlich eingestuft, wovon vier unter besonderer Beobachtung stehen:

1. Weitergabe von gesetzlichen Preisbestandteilen in Verträgen nicht möglich (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (1,2 Mio. Euro)

Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge außerhalb des Anwendungsbereiches der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das

Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

2. *Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,0 Mio. Euro)*

Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.

3. *Politische Krisen (Schadensklasse „Gering/Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. Euro)*

Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde (Ukraine, Russland, Naher Osten) infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.

4. *Kartellrechtliche Risiken (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,5 Mio. Euro)*

Allgemeine kartellrechtliche Risiken sind mittelfristig im Segment Wärmespeicherkunden nicht ganz auszuschließen. Für das Geschäftsjahr 2015 wurde mit dem Landeskartellamt NRW erfolgreich verhandelt, so dass für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Risikoerfassung ausbleiben konnte.

4.8. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

5. Prognosebericht und Chancen

5.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die Energiewende belastet nahezu alle Marktteilnehmer. Konventionelle Kraftwerke werden zunehmend aus dem Erzeugungsportfolio verdrängt oder werden unwirtschaftlich. Dies führt zu signifikanten Ergebniseinbrüchen bei Energieproduzenten oder Unternehmen mit Kraftwerksbeteiligungen.

Die steigenden gesetzlichen Umlagen, allen voran die EEG Umlage, belasten zunehmend die privaten Haushalte aber auch Industrie und Gewerbe.

Für das Jahr 2016 geht die Gesellschaft von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2016 werden nicht unterstellt.

In Zukunft wird es Aufgabe der EWW sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

5.2. Strategische Entwicklung der EWV

Aufbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2015 hat EWV den Ausbau der „neuen Geschäftsfelder“ Dienstleistungen, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Neben dem Geschäftskundensegment wurden die Dienstleistungen insbesondere in dem Privat- und Gewerbekundensegment intensiviert. Hier werden neben dem Heizungsanlagen-Contracting nun auch PV Anlagen nebst Speicher sowie Ladestationen für Elektromobilität vermarktet. Entgeltliche Beratungsdienstleistungen werden außerdem über das Beratungszentrum effeff.ac in Aachen angeboten.

Kooperationen

Im Bereich der erneuerbaren Energien werden gemeinsam mit der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH Projekte im Bereich Wind und Photovoltaik entwickelt sowie Dienstleistungen vermarktet.

Für 2016 ist eine Beteiligung der EWV und im Nachgang der GREEN als Kommanditistin an der Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG geplant. Partner wären RWE Innogy als 51%iger Mehrheitsgesellschafter und die RUREnergie GmbH.

Die Marktpartnergruppen Elektro, SHK, Bezirksschornsteinfeger, Architekten/beratende Ingenieure und Großhändler sind in der Regioenergiegemeinschaft, einer in den Gebietskörperschaften StädteRegion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren agierender Energiegemeinschaft, organisiert. EWV ist gemeinsam mit den Stadtwerken Jülich Gründungsmitglied der Marktpartnergemeinschaft und stellt den Vorsitzenden des Vorstands. Die STAWAG ist in einem zweiten Schritt ebenfalls der Marktpartnergemeinschaft beigetreten.

Das im Oktober 2011 durch die Regioenergiegemeinschaft mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet dem privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Den beteiligten Handwerkern dient das effeff als Auftragsvermittlungsplattform. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig. Ebenso die Zahl der Marktpartner.

EWV ist mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green Gecco GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist RWE Innogy GmbH. Insgesamt betreibt Green Gecco GmbH & Co. KG 5 große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide seit April 2014) und Nordrhein-Westfalen (Titz)) fortgesetzt. Neue Projekte sind für 2016 nicht geplant.

5.3. Ausblick

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2016 voraussichtlich um etwa 2,5 % steigen. Die konjunkturelle Erholung des Euro-Raums dürfte sich im Prognosezeitraum voraussichtlich fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt somit um rund 1,5 % steigen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: Nach einem Wachstum von 1,7 % im vergangenen Jahr hält der Sachverständigenrat auch für 2016 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung im Bereich von 1,6 % für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die robuste Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen in der Heizperiode des Jahres 2015 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2016 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Gas- und Stromverbrauch über den Werten des Vorjahres liegen. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage sollte aufgrund der Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau überschreiten.

Energiepreise

Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2016 werden zurzeit mit rund 15 €/MWh und somit rund 24 % unter dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet. Im Strommarkt erwarten Händler für 2016 folgende Entwicklung: Der Base-Forwardkontrakt notiert zurzeit mit durchschnittlich rund 28 €/MWh ca. 11 % unter den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2015, während der Peak-Forwardkontrakt mit knapp unter 35 €/MWh rund 1 % unter dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegt.

EWV Schwerpunkte

Die Bindung unserer Kunden durch ein sehr gutes Image, exzellenten Service, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen, sowie die Entwicklung unserer Kunden durch „up-selling“ und „cross-selling“ stehen im Mittelpunkt der vertrieblichen Arbeit. Die dazu benötigten detaillierten Kenntnisse über die Bedürfnisse der Kunden, den Grad ihrer Zufriedenheit mit den EWV-Produkten und Leistungen werden sukzessive erarbeitet und/oder ausgebaut. Weitere Optimierungen im Produkt- und Leistungsportfolio sowie bei den Vermarktungs-, Einkaufs- und Verkaufsprozesse sind geplant. Durch die konsequente Intensivierung der Vertriebsarbeit wird der Ansatz verfolgt, jeden Kundenkontakt aktiv als vertriebliche Chance nutzen.

Der Vertrieb verfolgt das Ziel, die Kundenbasis und den Produktverkauf in allen Kundensegmenten innerhalb und schrittweise außerhalb der Region auszubauen. Dazu werden neue Vertriebskanäle erschlossen und effiziente Prozesse entwickelt. Die zunehmende Digitalisierung von Prozessen soll ein wesentliches Instrument zur Verbindung von Kundenorientierung und Effizienz sein.

In den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird die Rolle als Projektierer, Produzent, Investor, Dienstleister oder Vermarkter gestärkt und weiter ausgebaut.

Im Netzbereich bzw. bei der regionetz werden die Kooperationsanalysen mit angrenzenden Netzbetreibern in 2016 vorangetrieben.

Die Überführung von Teilen des Anlagevermögens von EWV in die regionetz zur regulatorischen Optimierung wird in 2016 voraussichtlich umgesetzt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2016 280,9 Mio. Euro betragen. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus einem

sinkenden Gasabsatz. Für 2016 ist geplant, 664 GWh Strom und 1.755 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2016 mit Stromerlösen i. H. v. 114,1 Mio. Euro netto und Gaserlösen i. H. v. mit 94,7 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der regionetz ist in der Planung für 2015 mit -14,7 Mio. Euro unterstellt. Der Jahresüberschuss wird in 2016 gemäß Planung ca. 13,0 Mio. Euro betragen. EWW strebt in 2016 an, ca. 13,3 Mio. Euro zu investieren.

6. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWW ist die Sicherstellung der Versorger mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüberhinaus trägt die EWW Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWW hat sich im Geschäftsjahr 2015 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Stolberg, den 28. Januar 2016

EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Die Geschäftsführung

(Manfred Schröder)

enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath

Allgemeine Angaben

Firma enwor - energie & wasser vor ort
Sitz Kaiserstraße 86
 52124 Herzogenrath
E-Mail info@enwor-vorort.de
Homepage www.enwor-vorort.de

Rechtsform GmbH
Gesellschaftervertrag 28.05.2004 in der derzeit gültigen
 Fassung
 letzte Änderung 19.05.2011

Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Herbert Pagel
 Dipl.-Ing. Reinhold Hüls
 ab dem 01.01.2016

Gremien Aufsichtsrat
 Gesellschafterversammlung

Stammkapital 21.007.400 €
Anteil der Stadt in € 550.250 €

Mitarbeiter 318

Gesellschafter

StädteRegion Aachen
 55,810%
 Stadt Herzogenrath
 27,896%
 Stadt Würselen
 11,891%
 Stadt Alsdorf
 2,619%
 Städt. Wasserwerk Eschweiler
 1,522%
 Stadt Baesweiler
 0,250%
 Ost-West GmbH
 0,006%
 1 ehem. Aktionär
 0,006%

Wesentliche Beteiligungen

Wassergewinnungs- und
 -aufbereitungsgesellschaft
 Nordeifel mbH, Roetgen
 50,00%

 enwor - wärme vor ort GmbH,
 Herzogenrath
 100,00%

 Wärmeversorgung Würselen
 GmbH, Würselen
 49,00%

 Institut für Wasser- und
 Abwasseranalytik GmbH,
 Aachen
 30,00%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedürfnissen wie der Bereitstellung von Energie ist im weitesten Sinne einer der Grundstücke der Daseinsvorsorge, für welche eine Gemeinde gesetzlich und auch zweckmäßig als Institution arbeitet.

Darüber hinaus handelt es sich bei der *enwor- energie und wasser vor ort* GmbH um ein gewinnbringendes und nicht defizitäres Unternehmen. Dem Haushalt der Stadt kann in diesem Rahmen jährlich jeweils ein Gewinnanteil zugeführt werden und wird somit zusätzlich unterstützt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.791.845,00	4.270.124,00	4.645.906,00
II. Sachanlagen	118.821.456,00	117.287.849,00	118.337.499,00
III. Finanzanlagen	35.272.694,23	31.847.784,02	28.451.941,43
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.253.559,49	1.305.286,46	1.237.094,92
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.625.604,60	15.504.041,88	13.294.773,53
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	356.610,86	21.091,03	230.053,57
C. Rechnungsabgrenzungsposten	324.445,15	434.761,66	480.191,81
	172.446.215,33	170.670.938,05	166.677.460,26

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	21.007.400,00	21.007.400,00	21.007.400,00
II. Kapitalrücklage	3.555.707,57	3.555.707,57	3.555.707,57
III. Gewinnrücklagen	9.996.040,71	9.765.420,77	9.716.173,97
IV. Jahresüberschuss	8.050.028,37	8.230.619,94	8.049.246,80
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	14.437.022,00	13.547.928,00	12.665.079,00
C. Rückstellungen	71.561.912,44	65.023.761,51	62.964.682,37
D. Verbindlichkeiten	41.593.196,10	46.507.510,19	44.775.571,05
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.244.908,14	3.032.590,07	3.943.599,50
	172.446.215,33	170.670.938,05	166.677.460,26

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	123.402.604,66	127.511.425,96	133.807.560,11
Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-58.062,12	36.471,65	-63.725,68
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.938.197,00	1.634.079,00	1.493.399,00
Sonstige betriebliche Erträge	7.454.995,85	7.783.150,36	8.796.298,39
Materialaufwand	69.088.636,26	77.874.490,93	83.969.634,86
Personalaufwand	26.252.991,29	22.475.301,63	22.127.992,74
Abschreibungen	8.801.766,00	8.744.080,00	8.788.608,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.284.263,43	12.798.799,70	13.546.513,05
Erträge aus Beteiligungen	1.037.061,82	923.499,51	594.738,99
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.042.311,48	424.937,11	746.579,25
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10.372,25	31.751,03	53.108,22
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	835.237,13	559.749,70	344.063,45
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.122.638,94	4.229.083,09	4.415.085,42
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14.112.422,15	12.783.308,97	12.924.187,66
außerordentliche Aufwendungen	506.748,00	422.152,00	422.152,00
außerordentliches Ergebnis	-506.748,00	-422.152,00	-422.152,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.638.370,64	4.189.955,19	4.733.154,08
Sonstige Steuern	-82.724,86	-59.418,16	-280.365,22
Jahresüberschuss	8.050.028,37	8.230.619,94	8.049.246,80

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapitalquote	30,60%	30,88%	31,53%
Fremdkapitalquote	69,40%	69,12%	68,47%
Anlagendeckung I	26,99%	27,94%	27,95%
Anlagendeckung II	95,44%	94,96%	96,47%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2013	176.384,68 €
b) 2014	176.384,68 €
c) 2015	176.384,68 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2013	32,06 %
b) 2014	32,06 %
c) 2015	32,06 %

Die enwor GmbH zahlte Konzessionsabgaben für Wasser in Höhe von:

a) 2013	660.201,54 €
b) 2014	659.995,01 €
c) 2015	676.029,89 €

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Jeder Gesellschafter entsendet je einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014) Vertreter: Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
-------------	---

Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

1. Grundlagen des Konzern/Unternehmens Öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH (Mutterunternehmen) zusammen mit den von ihr betriebsgeführten und in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften enwor – wärme vor ort GmbH (Tochterunternehmen) und WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (Gemeinschaftsunternehmen) die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2015 die hiermit verbundenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Die interne Steuerung ist auf sämtliche Konzernbereiche ausgerichtet. Die enwor verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Als zentrales Ergebnisdokument des strategischen Planungsprozesses beschließt die Geschäftsführung die Geschäftsstrategie, welche die Konzernplanung einschließlich der Planung der Geschäftsfelder umfasst. Sie bildet die Grundlage für die Risikostrategie. Die Geschäftsstrategie wird dem Aufsichtsrat in Form einer kurz- und mittelfristigen Planungsrechnung zur Genehmigung vorgelegt (jeweils in der letzten Sitzung des Jahres).

Sofern nichts anderes gesagt wird, beziehen sich die Angaben auf den Einzel- und Konzernabschluss der enwor – energie & Wasser vor ort GmbH.

Es gelten die folgenden Abkürzungen:

enwor	enwor – energie & Wasser vor ort GmbH
enwor-wärme	enwor – wärme vor ort GmbH
WAG	Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH
TGH	Trianel Gaskraftwerk Hamm-Uentrop GmbH & Co. KG
TKL	Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Überblick – Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Wie bereits im Vorjahr war auch im Geschäftsjahr 2015 die wirtschaftliche Entwicklung in Bundesrepublik Deutschland von Stabilität gekennzeichnet, was auch auf die Branchenentwicklung der Energie- und Wasserversorgung zutrifft. Weiterhin historisch niedrige Zinsen haben zusammen mit hoher Beschäftigung, angemessenen Tarifabschlüssen und einer niedrigen Inflationsrate sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt als auch die Kaufkraft der privaten Haushalte erhöht. In diesem wirtschaftspolitischen Umfeld hat sich auch die enwor – energie & Wasser vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2015 sehr gut entwickelt und in allen Geschäftsbereichen im Vergleich zum Vorjahr nochmals verbesserte Ergebnisse erwirtschaftet.

In der politischen Berichtserstattung hat die ganz Europa, insbesondere aber auch Deutschland 2015 erfassende Flüchtlingswelle die Energiewirtschaft aus den öffentlichen Schlagzeilen verdrängt. Gleichwohl wurden auch 2015 zahlreiche gesetzliche Vorhaben auf den Weg gebracht, die die zukünftigen Rahmenbedingungen der Energie- und Wasserwirtschaft wesentlich beeinflussen. So wurde das im Sommer 2014 novellierte EEG-Gesetz 2016 weiterentwickelt, das KWK-Gesetz wurde umfassend novelliert, die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung ist in Vorbereitung und auch das Energiewirtschaftsgesetz EnWG wird insbesondere in seinem für Konzessionsvergaben maßgeblichen Paragraphen 46 gesetzgeberisch überarbeitet. Für die Wasserwirtschaft liegt seit Sommer 2015 der Entwurf eines novellierten

Landeswassergesetzes vor und ebenfalls ist die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in einem Bewirtschaftungsplan 2016 – 2021 in Vorbereitung. Alle diese gesetzlichen Weiterentwicklungen bedeuten jedoch keinen Paradigmenwechsel, sondern sind eher als Weiterentwicklung und Präzisierung des bekannten Rechtsrahmens zu verstehen. Gleichwohl werden sie insbesondere strategische Entscheidungen über zukünftige Investitionen durch geänderte Parameter auch beeinflussen.

Das operative Geschäft war also im Jahr 2015 von diesen gesetzlichen Weiterentwicklungen weniger beeinflusst und hat sich unter den oben beschriebenen stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in allen Feldern sehr positiv entwickelt. Die Wasserwirtschaft hat bei konstanten Bezugskosten und unveränderten Abgabepreisen von einer witterungsbedingt höheren Wasserabgabe profitiert, so dass das Rohergebnis dieser Sparte leicht über dem Vorjahresniveau abschließen konnte. Auch in der Gaswirtschaft gab es einen witterungsbedingten Mehrabsatz, der bei gleichzeitig gesunkenen Beschaffungskosten das Rohergebnis dieser Sparte deutlich verbessert hat. Die sinkenden Beschaffungskosten hat enwor zum Anlass genommen, auch seine Endkundenpreise im Jahr 2016 abzusenken. In der Stromwirtschaft hat sich die seit Jahren bekannte Tendenz zur jährlichen Steigerung der gesetzlichen Steuern und Abgaben auf die Energiepreise auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Die insgesamt 7 unterschiedlichen Steuer- und Abgabenarten auf Strom machen mittlerweile deutlich über 50 Prozent der Endkundenrechnung aus. Der enwor ist es hierbei gelungen, durch Beschaffungsvorteile im Stromeinkauf für den privaten Kunden diese Erhöhungen vollständig aufzufangen.

Weiterhin das größte Sorgenkind der Energiewirtschaft bleibt die Sparte der Stromerzeugung. Die Strompreisnotierungen an der EEX waren auch im Geschäftsjahr 2015 fallend und nähern sich bei vielen Kraftwerken den Grenzkosten der Stromerzeugung an. Auch enwor bekommt diese Entwicklung durch die Kraftwerksbeteiligungen in Lünen und Hamm deutlich zu spüren. Während es im Gaskraftwerk Hamm durch eine umfassende Restrukturierung gelungen ist, zumindest mittelfristig bis etwa 2020 den weiteren Betrieb von Verlusten freizustellen, verschärft sich im Kohlekraftwerk Lünen durch den weiteren Preisverfall die Situation zunehmend. Verstärkte Investitionen der enwor in die Erneuerbaren Energien zusammen mit unseren Partnern Trianel und Stawag werden hier jedoch neue Ertragsmöglichkeiten erschließen, die sich vor allen Dingen mittelfristig auswirken werden.

Somit hat sich auch im Geschäftsjahr 2015 erneut gezeigt, dass die diversifizierte Unternehmensstruktur des enwor-Konzerns der beste Garant für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung bleibt. Unsere geschäftlichen Aktivitäten in allen Wertschöpfungsstufen der Energie- und Wasserwirtschaft einerseits und unsere massive Investition in zukunftsfähige Technologien wie Glasfaserausbau und regenerative Stromerzeugung andererseits führt dazu, die hohen Schwankungen einzelner Geschäftsbereiche im Endergebnis auszubalancieren.

Vor dem Hintergrund dieser Strategie sehen wir auch für die Zukunft eine stabile Entwicklung der enwor – energie & Wasser vor ort GmbH, und des Konzerns.

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage näher dargestellt.

Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die Gesellschaft sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse
- Materialaufwendungen
- Investitionen
- EBIT, EBT
- Bilanzielle Eigenkapitalquote

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser
- Kundenwechselquote
- Neukundengewinnung.

Zusammenfassend war die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor in 2015 jederzeit geordnet.

2.2 Ertragslage

Das Geschäftsergebnis des Konzerns liegt mit 8,8 Mio. € auf dem Ergebnis des Vorjahres mit 8,8 Mio. €.

Das Geschäftsergebnis der Muttergesellschaft des Geschäftsjahres 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 8,1 Mio. € leicht unter dem Vorjahresniveau ab und bestätigt die bei enwor seit Jahren hohe Ergebniskonstanz. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 0,1 T€ in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt günstig verlaufen.

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ist in den nachfolgenden Darstellungen zu den einzelnen Bereichen dargestellt. Insgesamt sind die Umsatzerlöse von 127.511 T€ im Vorjahr um 4.108 T€ auf 123.403 T€ zurückgegangen.

Die Materialaufwendungen sind ebenfalls um von rd. 77.874 T€ im Vorjahr um rd. 8.785 T€ auf 69.089 T€ korrespondierend zu den Umsatzerlösen zurückgegangen. Die Materialaufwandsquote hat sich dagegen von rd. 60 % im Vorjahr auf 56 % im Geschäftsjahr verbessert.

Der Personalaufwand ist um 3.778 T€ auf 26.253 T€ gestiegen. Der starke Anstieg wurde in erster Linie durch die aufgrund der Zinsschmelze erhöhte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen verursacht. Die Abschreibungen sind auf Vorjahresniveau, während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 485 T€ gestiegen sind.

Eine detailliert Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus dem veröffentlichten Spartenabschluss.

Die Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und betreut dort über ein 1.105 km langes Leitungsnetz (Vorjahr 1.096 km) insgesamt 25.575 Anschlüsse (Vorjahr 24.879). Der Zuwachs drückt sich auch in den Investitionen in das Stromnetz in Höhe von 1.712 T€ (Vorjahr 2.646 T€) aus. Die Jahresnetzlast ist mit 324,0 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert von 326,9 Mio. kWh annähernd stabil geblieben. Die Durchleitungsmengen für Fremdlieferanten sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 mit 139,8 Mio. kWh zum Vorjahreswert mit 138,7 Mio. kWh ebenfalls konstant.

Die Gesamterlöse des Stromnetzbetriebes lagen in 2015 mit 21,1 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert in Höhe von 20,8 Mio. €.

Strom Vertrieb

Aus vertrieblicher Sicht hat sich die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor im Geschäftsjahr 2015 von 276,6 Mio. kWh im Vorjahr auf nunmehr 254,3 Mio. kWh deutlich rückläufig entwickelt. Dabei ging sowohl der Out-Of-Area-Absatz auf 77,0 Mio. kWh als auch die Absatzmenge im eigenen Netz auf 168,7 Mio. kWh zurück.

Während das Geschäft mit Haushaltskunden annähernd konstant blieb, gab es rückläufige Mengen bei größeren Sondervertragskunden durch Lieferantenwechsel oder auch durch Eigenerzeugung (BHKW) beim Kunden.

Allerdings konnte das Rohergebnis Strom Vertrieb mit 3,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (1,8 Mio. €) deutlich gesteigert werden.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den sonstigen Aktivitäten zählen die Stromerzeugung, die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben.

Im Bereich der Stromerzeugung wirkte sich die umfassende Restrukturierung des GuD-Kraftwerkes in Hamm positiv auf die Ergebnisentwicklung aus. Nach einem Betrieb unter alten Bedingungen bis April 2015 konnte die Restrukturierung ab Mai greifen und damit den Jahresfehlbetrag auf 57 T€ reduzieren. Nach derzeitigem Planungsstand gegen wir bis zum Geschäftsjahr 2020 von keinen weiteren Ergebnisbelastungen aus dem GuD Kraftwerk bei enwor aus.

Die Situation des Steinkohlekraftwerkes in Lünen bleibt jedoch auch für die nächsten Jahre weiter stark ergebnisbelastend für die enwor. Der nochmalige Preisverfall für Strom an der Börse um weitere ca. 30 % im Geschäftsjahr 2015 haben diese Situation noch verschärft. enwor hat darauf mit einer weiteren Erhöhung der Drohverlustrückstellung entsprechend bilanzielle Vorsorge getroffen.

Die bereits im Geschäftsjahr 2014 beschlossene Umstellung großer Teile unserer Straßenbeleuchtungsanlagen auf LED Technik wurde in einem ersten Abschnitt im Geschäftsjahr 2015 bereits umgesetzt. Ca. 2000 Lampen in Herzogenrath und Würselen konnten auf LED Technik umgestellt werden, weitere 2000 Lampen werden im Geschäftsjahr 2016 folgen.

Einen starken Aufschwung hat in den letzten beiden Geschäftsjahren der Bereich Telekommunikation gezeigt. Die in 2014 begonnene Erschließung des Stadtgebietes Würselen mit einem flächendeckenden Glasfasernetz konnte im Sommer 2015 erfolgreich abgeschlossen werden. Als Folgeprojekt wurde nahtlos im Herbst 2015 mit der flächendeckenden Erschließung des Stadtgebietes Alsdorf mit einem Glasfasernetz begonnen.

Die Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath. Die Leitungslänge ist im Geschäftsjahr um einen Kilometer auf 131 km angestiegen; die Anschlussentwicklung blieb mit einer Steigerung von 136 Hausanschlüssen positiv. Witterungsbedingt ist die Gasabgabe im Netz von 187,3 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 209,8 Mio. kWh gestiegen. Hierbei hat sich die Anzahl der Lieferstellen der Fremdlieferanten von 1.412 im Vorjahr auf jetzt 1.593 erhöht – ein Zeichen für die weitere Intensivierung des vertrieblichen Wettbewerbs im Gasmarkt.

Im investiven Bereich gab es neben den bereits erwähnten neuen Hausanschlüssen und der geringen Leitungsnetzerweiterung im Geschäftsjahr 2015 keine Besonderheiten, das Investitionsvolumen lag bei 573 T€ (Vorjahr 795 T€).

Gas Vertrieb

Die zunehmende Wettbewerbsintensität im Gasmarkt hat sich auch im Geschäftsjahr 2015 unvermindert weiter entwickelt. Einerseits konnte die enwor die Anzahl der Out-Of-Area-Lieferstellen mit 1.472 im Vergleich zum Vorjahr (1.412) deutlich steigern, jedoch haben sich im eigenen Netzgebiet ebenfalls mit 1.593 Lieferstellen mehr Kunden durch fremde Versorger beliefern lassen. Die Gasabgabe an Kunden stieg witterungsbedingt von 192,5 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 215,3 Mio. kWh in 2015.

Bei leicht gesunkenen Beschaffungskosten und ebenfalls niedrigeren Netzentgelten konnte die Gasvertriebspartie im Geschäftsjahr 2015 mit einem Rohergebnis von 2,7 Mio. € deutlich über Vorjahresniveau abschließen.

Die Entwicklung im Wasserbereich

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg, sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt über 69.683 Kundenverträgen mehr als 270.000 Menschen in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser.

Die Wasserabgabe lag mit 14,9 Mio. cbm leicht über dem Vorjahresniveau in Höhe von 14,6 Mio. cbm und konnte damit wie im Vorjahr leicht gesteigert werden. Bei unveränderten Abgabepreisen lagen entsprechend auch die Umsatzerlös mit 37,9 Mio. € über dem Vorjahreswert von 36,0 Mio. €. Der Wasserbezugspreis im Geschäftsjahr 2015 betrug unverändert 69,5 ct/cbm zuzüglich des Wasserentnahmeentgeltes. In Summe beliefen sich die Wasserbezugskosten von der WAG im Geschäftsjahr 2015 auf 10,1 Mio. €, so dass ein Rohergebnis der Wassersparte in Höhe von 26,9 Mio. € erzielt werden konnte (Vorjahr 26,4 Mio. €).

Bei weiterhin auch im Geschäftsjahr 2016 unveränderten Bezugspreisen als auch Abgabepreisen gehen wir von einer stabilen Entwicklung der Wassersparte innerhalb des enwor-Geschäftsbetriebes aus.

Entwicklungen bei der Beteiligungsgesellschaft WAG

Ohne den o.g. Anteil der enwor wurden 21,9 Mio. m³ Trinkwasser von der WAG an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Ursache dieser Absatzsteigerung waren höhere Trinkwasserlieferungen an die beiden Gesellschafter enwor und STAWAG.

Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 406 T€ auf 1.555 T€. Der Überschuss vor Steuern lag bei 2.462 T€. Damit konnte das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres (1.782 T€) nochmals um 680 T€ übertroffen werden. Dieses positive Ergebnis resultiert aus einer Ertragssteigerung in Höhe von 356 T€ bei vergleichbaren betrieblichen Aufwendungen zum Vorjahr sowie einem verbesserten Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen (+176T€).

Die Umsatzerlöse des Jahres 2015 erreichten 27.064 T€ und lagen damit um 346 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzten sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 26.984 T€ (Vorjahr 26.637 T€), die Höhe von 1.776 T€ (Vorjahr 1.761 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgeltes (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 80 T€ (Vorjahr 81 T€) erzielt werden.

Der aus den sonstigen betrieblichen Erträgen resultierende Ergebnisanteil entsprach mit 568 T€ den Erwartungen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese um 10 T€.

Die Materialaufwendungen lagen mit 19,6 Mio. € um 122 T€ deutlich unter dem Vorjahresniveau. Einsparungen konnten vor allem im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch geringere Energiekosten erzielt werden.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 96 T€ während die Abschreibung für immaterielle Wirtschaftsgüter durch die Fertigstellung des Bodenfilters Wiesengrund in Monschau Höfen um 16 T€ anstieg.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Gebühren, Beratungs- und Prüfungskosten, Versicherungsaufwendungen und Verluste aus Anlagenabgängen sowie Instandhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen für Betriebsgebäude, die auch Lohnkosten von enwor-Mitarbeitern beinhalten.

Entwicklungen beim Tochterunternehmen enwor – wärme

Durch die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung mit einer Jahres-GTZ von 3.384,1 (Vorjahr: 3.041,4) und einer Jahres-Durchschnittstemperatur von 10,49°C (Vorjahr: 11,16°C) stieg der Wärmeabsatz der enwor – wärme vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2015 auf 17,1 Mio. kWh (Vorjahr: 16,2 Mio. kWh). Vor dem Hintergrund sinkender Energiekosten verringerten sich die Umsatzerlöse aus Wärmeverkauf dennoch auf 1.766 T€ (Vorjahr: 1.879 T€).

Die Stromerzeugung der enwor – wärme vor ort GmbH erhöhte sich durch die witterungsbedingt gestiegenen Modullaufzeiten in der BHKW's und eine höhere Windstromerzeugung auf insgesamt 14,94 Mio. kWh (Vorjahr: 14,82 Mio. kWh).

Die Umsatzerlöse aus Stromverkauf stiegen auf 1.217 T€ (Vorjahr: 1.093 T€). Die Umsatzrentabilität lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 34,7 %.

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2015 die Betriebsführungen für die Gesellschaft WAG Wassergewinnungs- und –aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mhH sowie für die enwor – wärme vor ort GmbH durchgeführt. Mit Umsatzerlösen von 6,6 Mio. € wurde auf Ebene der enwor der Vorjahreswert deutlich übertroffen. Auf Konzernebene findet eine Aufwands-/Ertragskonsolidierung statt.

2.3 Finanzlage

Auch im Geschäftsjahr 2015 hat die enwor knapp 9,8 Mio. € in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert. Die bereits seit Jahren praktizierte hohe Investitionsrate hält das technische Anlagevermögen der enwor auf aktuellem Stand und gewährleistet unseren Kunden ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Die vorstehend genannten Investitionen konnten nahezu vollständig im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert werden.

Wie bereits in den Vorjahren hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionstätigkeit in Finanzanlagen weiter zugenommen. In diesem Bereich der Beteiligungsgesellschaften werden quasi mittelbar Investitionen abgewickelt, schwerpunktmäßig im Bereich der regenerativen Energieerzeugungsanlagen. Unser Engagement in Finanzanlagen stieg im Geschäftsjahr 2015 deutlich um fast 3,9 Mio. €.

Darüber hinaus besteht ein Darlehen an die Trianel Windkraft Borkum GmbH & Co. KG, welches zum Stichtag einen Stand wie im Vorjahr von 3.925 T€ hatte, sowie ein Darlehen an die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG über 828 T€.

Die Zahlungsfähigkeit der enwor war zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Finanzlage WAG

Der Investitionsplan 2015 wies ein Volumen von 2.770 T€ auf. Hiervon wurden im Geschäftsjahr Grundstückskäufe, Baumaßnahmen, Maschinen und Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1.905 T€ realisiert, wovon 1.009 T€ als Investitionen aktiviert wurden. 896 T€ wurden als Anlagen im Bau verbucht.

Abgeschlossen wurde das Projekt zur energetischen Sanierung der Filterstufe I. Weiterhin wurde ein dynamischer Mischer im Ablauf der Filterstufe II eingebaut.

Die Anlagen im Bau betreffen im Wesentlichen den Bodenfilter Erlenweg in Monschau, der voraussichtlich Anfang 2016 fertiggestellt wird sowie die Zu- und Abluftanlage der sanierten Filterstufe I.

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben.

Finanzlage enwor – wärme

Die Investitionen im Geschäftsjahr beliefen sich auf 91 T€. Sie umfassten im Wesentlichen Rohrnetzerweiterungsmaßnahmen sowie die Errichtung einer neuen Wärmeübergabestation im Fernwärmenetz Kohlscheid.

Die Eigenkapitalquote der enwor – wärme beträgt 74,5 %. Nach der Tilgung des letzten Darlehens im Geschäftsjahr wird die enwor – wärme nunmehr ausschließlich über die Muttergesellschaft enwor – energie finanziert, was eine ausreichende Liquidität der enwor – wärme während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet.

2.4. Vermögenslage

Vermögenslage des Konzerns

Das Anlagevermögen beträgt 169.374 T€ (Vorjahr 165.929 T€) und ist zu 33,2 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 91,12 %. Das Umlaufvermögen in Höhe von 15.763 T€ besteht im Wesentlichen aus einem Teilbetrag von 1.332 T€ aus Guthaben bei Kreditinstituten und einem Teilbetrag von 13.141 T€ aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen.

Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 43.765 T€ (Vorjahr 43.438 T€) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (58.676 T€, Vorjahr 53.387 T€), sonstigen Rückstellungen (11.874 T€, Vorjahr 11.792 T€), sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (43.792 T€, Vorjahr 45.591 T€).

Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote des Konzerns blieb bei 30,3 % wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2015 von 69,7 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 83,7 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt das Anlagevermögen zu 91,9 % ab.

Vermögenslage der enwor

Das Anlagevermögen beträgt 157.886 T€ (Vorjahr 153.406 T€) und ist zu 33,4 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 91,6 % (Vorjahr: 89,8 %). Das Umlaufvermögen in Höhe von 14.236 T€ (Vorjahr: 16.830 T€) besteht im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 44.021 T€ (Vorjahr: 56.476) abzüglich erhaltenen Anzahlung in

Höhe von 36.357 T€ (Vorjahr: 46.376 T€) sowie sonstigen Vermögensgegenständen von 2.062 T€ (Vorjahr: 2.890 T€) und Vorräten in Höhe von 1.254 T€ (Vorjahr: 1.305 T€).

Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 42.609 T€ (Vorjahr: 42.559 T€) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (58.676 T€, Vorjahr 53.387 T€), sonstigen Rückstellungen (11.558 T€, Vorjahr 11.510 T€), sonstige Verbindlichkeiten (4.963 T€, Vorjahr 7.566 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (33.504 T€, Vorjahr 34.566 T€).

Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote der enwor veränderte sich kaum von 30,9 % im Vorjahr auf nunmehr 30,6 % wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2015 von 69,4 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 87,4 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 95,4 % ab.

Die Vermögenslage der WAG

Da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs, sank der Wert des Anlagevermögens um 1.521 T€. Die Abschreibungen wurden genutzt, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1.474 T€ auf 20.576 T€. Infolge dieser Vermögensveränderung sank die Bilanzsumme um 817 T€ auf 40.445 T€. Weiterhin stieg das Eigenkapital unter Einbeziehung des Sonderpostenanteils um 424 T€ auf 18.353 T€.

Die Eigenkapitalreduktion war das Ergebnis aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 131 T€, die Erhöhung der Gewinnvorräte um 149 T€ sowie des höheren Jahresüberschusses von 406 T€. Diese Effekte führten zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 2 % auf 45,4 %.

3. Nachtragsbericht

Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung

Besondere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres 2015 nicht aufgetreten.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Die bereits im Geschäftsjahr 2012 vom Aufsichtsrat der enwor beschlossene Ausweitung des Erzeugungsportfolios im Bereich regenerativer Stromerzeugung wurde auch im Geschäftsjahr 2015 weiter erfolgreich umgesetzt. In unserem Beteiligungsunternehmen TOW wurde im Geschäftsjahr 2015 der Windpark Rabenau und der Windpark Bendorf in Betrieb genommen, in unserer Beteiligungsgesellschaft TEE konnte noch im Dezember 2015 der Solarpark Pritzen seine Tätigkeit aufnehmen. Auch im Investitionsplan des Jahres 2016 sind wiederum Mittel in Höhe von 2,5 Mio. € für den weiteren Ausbau des regenerativen Erzeugungsportfolios vorgesehen.

Weiterhin äußerst schwierig ist die Situation bei der konventionellen Energieerzeugung, konkret unser Engagement beim Kohlekraftwerk in Lünen und beim GuD-Kraftwerk in Hamm. Während die umfassende Restrukturierung des GuD-Kraftwerkes in Hamm mittelfristig keine weiteren Verluste aus dem laufenden Betrieb für enwor erwarten lässt, sieht die Situation beim Kohlekraftwerk in Lünen dramatisch aus. Der weitere Strompreisverfall an der Börse auf ein Niveau von ca. 20 €/MWh für Forward-Base-Produkte nähert sich besorgniserregend den variablen Produktionskosten dieses Kraftwerkes. Auch die Hoffnung der Branche auf die Einführung eines Kapazitätsmarktes, der die gesicherte Bereithaltung von Leistung honoriert, hat sich nicht erfüllt. Das zwischenzeitlich überarbeitete Strommarktgesetz sieht keine entsprechenden Regelungen vor. Daher war enwor gefordert, den sinkenden Deckungsbeiträgen folgend die Vorsorge durch Drohverlustrückstellungen weiter zu erhöhen.

Von einer positiven Entwicklung ist derzeit der Ausbau der Telekommunikationsnetze gekennzeichnet. Die im Geschäftsjahr 2014 getroffene Entscheidung zum flächendeckenden Ausbau ganzer Kommunen mit Glasfasernetzen entwickelt sich derzeit zu einem Erfolgsmodell für enwor. Nach Abschluss entsprechender Maßnahmen im Sommer 2015 begonnen und Anfang des Jahres 2016 konnten weitere Erschließungsverträge für das Stadtgebiet Baesweiler abgeschlossen werden, die weitere Investitionen bis in das Geschäftsjahr 2017 hinein vorsehen.

Außerordentliche Belastungen musste enwor im Geschäftsjahr 2015 erneut durch die drastische Erhöhung der Pensionsrückstellungen verkraften. Für die Bewertung von Rückstellungen aus Altersversorgungsverpflichtungen wird der handelsrechtliche Diskontierungssatz zum Bilanzstichtag als 7-Jahres-Durchschnittswert ermittelt. Die früheren, zinsstarken Jahre sind heute bei der Durchschnittsbildung herausgefallen was zu einem weiteren Absinken des in Ansatz zu bringenden Rechnungszinses führt. Durch die daraus resultierenden erhöhten Zuführungen zur Pensionsrückstellung wird das handelsrechtliche Ergebnis des Unternehmens unmittelbar negativ beeinflusst. Das Risiko ist bei einer weiter anhaltenden Niedrigzinsphase durch enwor selbst nicht beeinflussbar, sodass mit weiteren Belastungen aus der Rückstellungszuführung zu rechnen ist. Im Frühjahr 2016 hat die Bundesregierung eine Gesetzesänderung beschlossen, die zukünftig auf eine 10-Jahres-Durchschnittswertbildung bei der Zinsberechnung abstellt. In wieweit sich dies für 2016 und darüber hinaus mittelfristig für enwor auswirken wird, bleibt einer detaillierten Prüfung vorbehalten, wenn das Gesetzesvorhaben abgeschlossen und in Kraft getreten ist.

Die weitere Entwicklung der enwor wird maßgeblich von dem Ergebnis wichtiger Vertragsverhandlungen sowie Vergabeentscheidungen abhängen. So ist der mit der Stadt Übach-Palenberg bestehende Wasser-Konzessionsvertrag mit Wirkung zum 30.06.2016 gekündigt und ebenfalls sie mit der Stadt Herzogenrath bestehenden Konzessionsverträge für Strom und Gas enden zu 30.06.2017. enwor hat sich intensiv bereits seit 2014 auf diese Konzessionsverfahren vorbereitet. Die entsprechenden Entscheidungen der Kommunen werden für Sommer 2016 erwartet.

Der mit der WAG abgeschlossene Pachtvertrag endet zum 31.12.2017. Auch hier hat die enwor bereits im Januar 2014 eine Arbeitsgruppe mit externer Expertenunterstützung eingesetzt, um verschiedene Modelle der zukünftigen Zusammenarbeit zu entwickeln. Gemeinsam wird der Geschäftsführung der WAG sowie deren Gesellschaftern STAWAG und enwor ist eine Arbeitsgruppe seit Sommer 2015 ins Leben gerufen, um diese Modelle zu konkretisieren und belastbar betriebswirtschaftlich zu bewerten. Es besteht Einigkeit, bis Ende des Geschäftsjahres 2016 über die wesentlichen Elemente der zukünftigen Gestaltung der gemeinsamen Wassergewinnung – und Aufbereitung Einvernehmen zu erzielen.

Für das laufende Geschäftsjahr 2016 gehen wir für die Einzelunternehmen und den Konzern von Ergebnissen auf dem Niveau von 2015 aus.

WAG

Der Wasserabsatz stieg in den letzten Jahren von 32,5 Mio. m³ in 2010 auf 35,5 Mio. m³ in 2015. Zu diesem Anstieg haben vor allem die Stadtwerke Düren beigetragen, die erstmalig in 2014 das ganze Jahr über Trinkwasser von der WAG bezogen haben. Die Geschäftsführung geht in ihrer Planung allerdings davon aus, dass der hohe Trinkwasserabsatz von 35,5 Mio. m³ in 2015 im Geschäftsjahr 2016 auf ein normales Maß in Höhe von 34,4 Mio. m³ Trinkwasserabsatz zurückgehen wird. Im Wasserrechtsverfahren Obersee konnte mit der Bezirksregierung Köln im Dezember 2015 noch eine Einigung über eine langfristige Bewilligung zur Entnahme von Rohwasser erzielt werden. Die Bezirksregierung Köln wird daher Ende Februar 2016 die erwünschte 20-jährige Bewilligung zur Wasserentnahme erteilen.

Das Recht zur Entnahme von Wasser aus der Wehebachtalsperre ist bis zum 31.12.2016 befristet. Der Antrag zur Erteilung eines neuen Wasserrechtes ist zurzeit in Arbeit und wird der Bezirksregierung Köln im Frühjahr eingereicht werden.

enwor – Wärme

Im laufenden Geschäftsjahr 2016 erwartet die enwor – wärme vor ort GmbH eine Wärmeabgabe von 16,6 Mio. kWh und eine Stromverkaufsmenge von 15,3 Mio. kWh, wobei sich der erwartete Rückgang in der Wärmeabgabe im Wesentlichen durch die Außerbetriebnahme der Schwimmhalle Zellerstraße ergibt.

Das Betriebsergebnis und das Jahresergebnis vor Abführung 2016 werden entsprechend den Planwerten erwartet. Die Lage des Unternehmens und die Zukunftsaussichten werden somit positiv bewertet.

Für das Jahr 2016 sind Investitionen von 185 T€ geplant. Hiervon stehen 105 T€ für Maschinen, technische Anlagen und Wärmetauscher, 50 T€ für Contracting-Anlagen sowie 30 T€ für Netzerweiterungen zur Verfügung. Der Anteil der Finanzierung, der nicht bereits durch Abschreibungen gedeckt ist, wird durch die Betriebsführerin gewährleistet.

Risikomanagement

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahre 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & Wasser vor ort GmbH erstellt, in das auch die betriebsgeführte WAG Nordeifel mbH und die enwor – wärme vor ort GmbH mit einbezogen sind. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Der Risikobericht wird dem Aufsichtsrat ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Herzogenrath, den 31. März 2016

enwor – energie & Wasser vor ort GmbH

Die Geschäftsführung

Dipl. Kfm. Herbert Pagel

Dipl. Ing. Reinhold Hüls

III. Beteiligungen

Wohnungswesen/Städtebau

GSG – Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf mbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	GSG - Gemeinnützige Siedlungs- gesellschaft Alsdorf GmbH
Sitz	Annastraße 10 52477 Alsdorf
E-Mail	info@gsg-alsdorf.de
Homepage	www.gsg-alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültige Fassung datiert vom 23. Juli 2010
Geschäftsführer	Dieter Sandlöbes
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	710.000,00 €
Anteil der Stadt in €	540.000,00 €
Mitarbeiter	19

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
76,10%
Aachener Bank
23,90%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben und erschließen, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, soweit diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft übernimmt die Aufgabe der Bevölkerung zusätzlichen Wohnraum zu liefern, um sich im Stadtgebiet niederzulassen. Der Zweck der Gesellschaft liegt somit im Bereich der Daseinsvorsorge und ist sozial- und gemeinwohlnützig.

Des Weiteren ist die GSG ein Unternehmen, die innerhalb eines Geschäftsjahres einen Gewinn erwirtschaftet. Die Stadt Alsdorf erhält jährlich einen bestimmten Anteil davon, den sie dem Finanzhaushalt zuführen kann.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	189	805,00
II. Sachanlagen	30.946.990,36	27.706.009,58	24.809.625,69
III. Finanzanlagen	1.500,00	1.500,00	1.500,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.517.892,63	2.021.184,03	2.272.830,60
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	461.097,95	92.252,71	91.754,23
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	864.876,90	1.270.362,94	1.525.071,79
	33.792.357,84	31.091.498,26	28.701.587,31
Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	710.000,00	710.000,00	710.000,00
II. Gewinnrücklagen	10.600.000,00	9.950.000,00	9.600.000,00
III. Bilanzgewinn	1.155.499,41	1.025.181,60	712.010,66
B. Rückstellungen	200.769,51	234.015,76	269.047,69
C. Verbindlichkeiten	21.126.088,92	19.172.300,90	17.410.528,96
	33.792.357,84	31.091.498,26	28.701.587,31

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	4.764.581,19	4.868.947,03	4.789.671,39
Verminderung/Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	46.152,41	-248.195,47	-176.063,17
Sonstige betriebliche Erträge	716.948,77	446.010,57	132.725,30
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.984.108,29	1.914.337,50	1.936.166,81
Personalaufwand	579.401,96	528.587,92	512.733,34
Abschreibungen	729.093,79	620.331,95	629.205,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	137.489,55	155.443,13	140.550,01
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		90,00	90,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	358,28	1.737,10	1.459,44
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	622.318,15	553.052,73	546.188,69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.475.628,91	1.296.836,00	983.039,11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	189.992,01	162.786,96	137.019,56
Sonstige Steuern	150.319,09	151.378,10	150.805,18
Jahresüberschuss	1.135.317,81	982.670,94	695.214,37
Gewinnvortrag	20.181,60	42.510,66	16.796,30
Bilanzgewinn	1.155.499,41	1.025.181,60	712.010,67

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Gesamtkapitalrentabilität	5,8%	5,5%	4,8%
Eigenkapitalrentabilität	10,6%	9,8%	7,5%
Eigenkapitalquote	35,9%	36,5%	37,8%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt. Der Gewinn betrug für:

a) 2013	204.545,25 €
b) 2014	227.272,50 €
c) 2015	227.272,50 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2013	37,88 %
b) 2014	42,09 %
c) 2015	42,09 %

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.
Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014) Vertreter: Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Frau Stv. Birgit Graf (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Willfried Maul (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2015

1. Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB
 - 1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses
 - 1.2 Darstellung der Lage
 - 1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 1.4 Prognosebericht
 - 1.5 Risikobericht
 - 1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung
 - 1.5.2 Chancen der künftigen Entwicklung
 - 1.5.3 Finanzinstrumente
2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Angaben nach § 289 Abs. 1 HGB

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Alsdorf GmbH (GSG) ist als Wohnungsunternehmen im Stadtgebiet Alsdorf tätig. Im Gesellschaftsvertrag wird die Errichtung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten aller Art als Geschäftsgegenstand festgelegt. Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Alsdorf

Wirtschaftliche Entwicklung

Weltwirtschaft

Das weltwirtschaftliche Umfeld hatte sich im Laufe des Jahres 2015 etwas eingetrübt. Insbesondere Russland und Brasilien erleben derzeit eine stärkere Rezession und Chinas Wachstumsraten haben sich spürbar verringert. Dies wirkte sich unmittelbar auf die deutsche Exportdynamik aus. Dagegen ist die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und Großbritannien auf kräftigen Wachstumskurs zurückgekehrt.

Euro-Raum

In der Summe positive Entwicklungen zeigten auch die Länder des Euroraums. Mit 1,6 % war die wirtschaftliche Entwicklung 2015 wieder deutlich positiv. Bis auf Griechenland scheinen alle Euroländer erneut auf einen leichten Wachstumspfad zurückgefunden zu haben. Allerdings haben Länder wie Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und Finnland trotz leichten Wachstums noch nicht an den Stand des Produktionsniveaus vor der großen Rezession anknüpfen können.

Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die Konjunktur in Deutschland ist weiterhin aufwärts gerichtet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7 % höher als im Vorjahr. Eine robuste Binnenkonjunktur hat dabei die schwächere Exportdynamik kompensiert. Während im ersten Quartal auch die Exporte noch Impulse lieferten, war zuletzt vor allem der Konsum die tragende Säule der Konjunktur. Der private Konsum nahm gestützt auf steigende Beschäftigungszahlen und wachsende Einkommen deutlich zu. Der Staatskonsum expandierte nicht zuletzt bedingt durch Hilfsleistungen für Flüchtlinge ebenfalls stark. Damit setzte die deutsche Wirtschaft das robuste Wachstum des Jahres 2014 (+1,6 %) fort. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt sehr viel moderater gewachsen. In längerfristigen Betrachtungen lag das Wirtschaftswachstum 2015 gut über dem Durchschnittswert der letzten Jahre, der +1,3 % betrug.

Das produzierende Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, konnte spürbar um 2,2 % zulegen. Das lag nicht zuletzt am stark exportorientierten verarbeitenden Gewerbe, in dem es trotz einer leichten Schwächephase im zweiten Quartal im Jahresdurchschnitt weiter aufwärts ging (+1,9 %).

Daneben entwickelten sich auch die Dienstleistungsbereiche überwiegend positiv. Die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft, die 11,2 % der gesamten Bruttowertschöpfung erzeugte, wuchs um 1,3 % und konnte damit sogar etwas stärker zulegen als im Vorjahr. Deutlich im Minus lagen erneut die Finanz- und Versicherungsdienstleister, bei denen weitere Verlustabschreibungen eine Rolle spielten. Spürbare Verluste gab es auch bei der Wertschöpfung aus land- und forstwirtschaftlicher Produktion. Diese fallen allerdings bei einem Wertschöpfungsanteil von 0,6 % kaum ins Gewicht.

Daneben kam es im Baugewerbe im Jahr 2015 –trotz überwiegend milderer Witterung in den Wintermonaten– zu einem leichten Rückgang der wirtschaftlichen Leistung von -0,2 %. Das Niveau des Vorjahres, das durch einen kräftigen Anstieg erreicht wurde, konnte 2015 also nicht ganz gehalten werden.

Angesichts der gemischten externen Impulse dürfte die deutsche Konjunktur aufgrund der starken Binnennachfrage 2016 nur etwas mehr Fahrt aufnehmen. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts dürfte nach Meinung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland im laufenden Jahr bei etwa 1,8 % liegen.

Arbeitsmarkt

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2015 erstmals von mehr als 43 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Vereinigung. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2015 rund 329.000 Personen oder 0,8 % mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor.

Damit setzte sich der seit zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend fort. Der Anstieg fiel im Jahr 2015 nur geringfügig schwächer aus als im Jahr 2014 (+0,9 %). Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte glichen dabei negative demografische Effekte aus. Isoliert betrachtet hätte die Alterung der Bevölkerung das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2015 um 320.000 schrumpfen lassen. Ein Demografieeffekt in gleicher Höhe ist auch 2016 zu erwarten.

Der robuste Beschäftigungsaufbau der vergangenen zehn Jahre, der auch in der Wirtschaftskrise von 2009/2010 nur kurzzeitig zum Stillstand kam, beruht vor allem auf Zuwächsen bei sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten. Auf sie entfallen 86 % der seit 2005 hinzugewonnenen 3,7 Millionen Erwerbstätigen. Die Zahl der in marginalen Beschäftigungsverhältnissen Arbeitenden (Minijob, Ein-Euro-Job, Gelegenheitsjob) ist dagegen in den letzten zehn Jahren – nach einem massiven Bedeutungszuwachs zwischen 1991 und 2005 – leicht zurückgegangen.

Mit Einführung des Mindestlohnes im Jahr 2015 hat sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten um rund 200.000 verringert. Auch die Zahl der Solo-Selbstständigen ging deutlich zurück. Das IAB kommt in einer ersten Bewertung zu dem Schluss, dass ein signifikanter Teil der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse offenbar in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt wurde. In einigen Bereichen, wie beispielsweise im Einzelhandel, in denen Minijobs stärker rückläufig waren, gibt es in der Tendenz einen überdurchschnittlichen Aufwuchs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Immobilienmarkt in Alsdorfer Bauland GmbH

Auch in Alsdorf ist der Wohnungsmarkt angespannt, wenn auch noch nicht vergleichbar mit dem Oberzentrum Aachen oder den rheinischen Großstädten.

Die Mieten steigen weiter. Die GSG befindet sich im Wohnungssegment im Vollvermietungsstatus. Leerstände entstehen nur bei anstehenden Instandsetzungsarbeiten in den Wohnungen.

In unserem Gewerbeobjekt Joseph-von-Fraunhofer-Str. waren aufgrund von mehreren Großmieterwechseln verstärkt Leermonate zu verzeichnen.

GSG Alsdorf

Das Geschäftsergebnis 2015 ist mit 1.325 T€ vor Steuern erneut ein Rekordergebnis in der Geschichte der GSG. Unter Berücksichtigung der Steuern (340 T€) und der Gewinne aus Verkäufen aus dem unbeweglichem Anlagevermögen (487 T€) ergibt sich ein Überschuss von 648 T€.

Die Einzelheiten können der nachfolgenden Lagedarstellung (1.2) entnommen werden

Die Gesellschaft beschäftigte am 31.12.2015:

1 Geschäftsführer
4 kaufmännische Mitarbeiter, davon eine Teilzeitbeschäftigte
7 Handwerker/Hausmeister
1 teilzeitbeschäftigte Hauswartin/Reinigungskraft

Zusätzlich wurden 7 Mieter als geringfügig Beschäftigte im Sinne des Steuerrechts mit Aufgaben betreut.

Die eigenen Bestände haben sich durch den Verkauf der Bestandsimmobilien Am Hagfeld 7, Im Brühl 59, 61, 65 und in der Burgweid 6 (Buchwert -83 T€) vermindert. Durch die Baukosten für das Stadttor im Jahr 2015 in Höhe von 2.547 T€, der Fertigstellung der Containerwohnanlage (+387 T€), den Erwerb der Immobilie Denkmalplatz (+309) ergibt sich unter Berücksichtigung der Abschreibungen, Umbuchungen und weitere Investitionen eine Steigerung des Anlagevermögens um rund 3.240 T€ oder 11,7 %.

Die Bilanzsumme stieg um 2.701 T€ oder 8,7 %.

Die Kaufpreise aus den Verkäufen aus dem Anlagevermögen in Höhe von 570 T€ konnten die Liquiditätslage der Gesellschaft, trotz der Abflüsse für den Neubau und der weiteren Investitionen sowie Dividende von 50 % des Stammkapitals, stabil halten.

1.2 Darstellung der Lage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Unser Anlagevermögen umfasst rund 91,6 % der Bilanzsumme. Die flüssigen Mittel betragen zum 31.12.2015 rund 865 T€.

Unsere langfristige Eigenkapitalquote beläuft sich auf 35,9 % (Vorjahr 36,5 %).

Unsere Investitionsquote (Investitionen in Sachanlagen zu Abschreibungen) beläuft sich auf 479 % (Vorjahr 691 %).

Der dynamische Verschuldungsgrad (Langfristiges Fremdkapital zu Cashflow) beträgt 10,63 Jahre (Vorjahr 11,1 Jahre).

Die Finanzlage ist gut.

Unser langfristiges Fremdkapital (Dauerfinanzierungsmittel u. a.) beläuft sich zum 31.12.2015 auf 57,5 % (Vorjahr 56,3 %) der Bilanzsumme.

Die Zahlungsfähigkeit war in vollem Umfang und jederzeit gegeben.

Unsere Ertragslage ist ebenfalls gut. Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurde ein Überschuss von 918 T€ erzielt, die Betreuungstätigkeit schloss mit einem Minus von 4 T€ und die Bautätigkeit verursachte ein Minus 113 T€. Der neutrale Bereich schloss mit einem Plus von 527 T€, das Beteiligungs- und Finanzergebnis mit Minus 3 T€.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung stiegen um 158 T€, während die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken des Umlaufvermögens um 261 T€ abnahmen. Die Einnahmen aus Betreuungstätigkeit sanken leicht um 3 T€, Einnahmen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen stiegen um 2 T€. Insgesamt sanken die gesamten Umsatzerlöse um rund 104 T€, oder aber 1,6 %.

Im Weiteren stiegen die Sonstigen betrieblichen Erträge um 246 T€ auf 717 T€, hier sind die Verkäufe aus dem Anlagevermögen mit einem Anteil von 487 T€ vermerkt.

Auf der Ausgabenseite steht die Steigerung der Personalkosten (+50 T€), der Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung (+74 T€), der Zinsaufwendung (+69 T€) der Abschreibungen (109 T€) der Abnahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-18 T€) gegenüber.

Zum Jahresende standen 7 Wohnungen, hiervon 3 wegen anstehendem Verkauf und 1 wegen Sanierungsmaßnahmen, leer. Zum Berichtstermin waren hiervon noch 2 zum Verkauf stehende Wohnungen leer.

Im Jahre 2015 wurden 61 Bestandwohnungen, 31 Neubauwohnungen, 9 Gewerbeeinheiten, 11 Garagen, 4 Stellplätze und 11 neue Stellplätze vermietet.

Die weitere Entwicklung ist auf Grundlage der Wirtschafts- und Finanzplanung 2016 positiv.

1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Nachfolgend einige ausgewählte Leistungskennziffern:

		2015	2014	2013
Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragssteuern + Fremdkapitalzinsen/Bilanzsumme)	%	5,8	5,5	4,8
Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Ertragsteuern/Eigenkapital)	%	10,6	9,8	7,5
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme)	%	35,9	36,5	37,8
Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreib. auf Anlagevermögen + Veränderung langfristiger Rückstellungen)	T€	1.873	1.574	1.321
Instandhaltungskosten	% der Jahres-sollmiete*	19,3	22,2	23,5
Fremdkapitalzinsen	% der Jahres-sollmiete*	17,7	16,4	16,9
Erlösschmälerungen	% der Jahres-sollmiete*	2,3	1,3	1,5

1.4 Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2016 wird stark durch unsere Investitionen in die Immobilien Theodor-Seipp-Str. und Bahnhofstr., sowie den Bau Kita Ofden und die Planung und den Baubeginn des sozialen Wohnungsbauprojektes Pützdrieschstr. geprägt sein. Zudem könnte noch der Erwerb und Umbau der Schule Ringstr. hinzukommen. Für diese Investitionen (rund 6,43 Millionen Euro) ist insgesamt ein Eigenkapitalanteil von rund 1.610 T€ aufzubringen. In 2016 wird mit einer Liquiditätsbelastung in Höhe von 1.060 T€ gerechnet.

Die Vermarktung von Bestandsobjekten, zum Berichtstermin waren bereits ein Verkauf in Höhe von 120 T€ getätigt, wirkt dieser Belastung entgegen.

Wir erwarten eine Steigerung der Instandhaltungskosten im Rahmen des Wirtschaftsplans.

1.5 Risikobericht

1.5.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Die Neubauprojekte sind mit den üblichen Baurisiken bis zur endgültigen Fertigstellung und Abrechnung behaftet. Für den Neubau der Kita sowie für die Immobilien Theodor-Seipp-Str., Bahnhofstr. und Ringstr. Wurden bereits Mietverträge abgeschlossen, die eine angemessene Rendite und Rückzahlung ermöglichen. Der soziale Wohnungsbau in der Pützdrieschstr. wird aufgrund seiner geringen Neubaumiete (5,25 €/qm) nur ein geringes Vermietungsrisiko.

Im Bestandsgeschäft sind keine größeren Risiken vorhanden.

Dem Risiko einer, auf lange Sicht betrachtet, Erhöhung des Zinsniveaus wurde durch den Abschluss langfristiger Zinsbindungen entgegengewirkt.

Aufgrund des durchschnittlichen Alters der Gebäudebestände ist von einem Anstieg der Instandhaltungskosten auszugehen.

Für das noch vorhandene Grundstück im Umlaufvermögen (Buchwert 58 T€) besteht noch ein Vermarktungsrisiko.

Abschließend wird festgestellt, dass keine Risiken erkennbar sind, die die Gesellschaft gefährden könnten.

1.5.2 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wird sich weiter durch Investitionen in den Neubau von Mietwohnungen, jetzt auch öffentlich gefördert, für die Zukunft aufstellen. Das Marktsegment der altersgerechten Wohnungen soll auch durch den sukzessiven Umbau von Bestandswohnungen erweitert werden.

1.5.3 Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen Fremdmitteln handelt es sich um langfristige Annuitätendarlehen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements sorgfältig analysiert.

2. Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Über die bereits genannten Investitionsplanungen hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt.

Alsdorf, 21.04.2016

Dieter Sandlöbes
Geschäftsführer

**GWG – Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH,
Würselen**

Allgemeine Angaben

Firma	GWG - Gemeinnützige Wohnungs- baugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH, Würselen	Gesellschafter	Städtereion Aachen 78,18%
Sitz	Mauerfeldchen 72 52146 Würselen		Stadt Stolberg 4,91%
E-Mail	info@gwg-aachen.de		Provinzial 4,87%
Homepage	www.gwg-kreis-aachen.de		Stadt Eschweiler 4,35%
Rechtsform	GmbH		Stadt Alsdorf 1,79%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 08.03.2010		Stadt Herzogenrath 1,64%
Geschäftsführer	Dr. Axel Thomas		Stadt Würselen 1,64%
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		Sparkasse Aachen 1,52%
Stammkapital	1.000.000 €		ASEAG 0,61%
Anteil der Stadt in €	17.850 €		Gemeinde Simmerath 0,49%
Mitarbeiter	30 (davon 2 Auszubildende)		
		Wesentliche Beteiligungen	
			Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aufgabe der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung im Gebiet der Städteregion Aachen und stellt im Rahmen der Daseinsvorsorge somit eine größere Menge an Wohnraum für die Einwohner zur Verfügung.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.675,00	7.016,00	0,00
Sachanlagen	29.015.464,12	28.607.796,06	27.975.683,80
Finanzanlagen	1.456.275,80	1.471.894,04	1.486.418,12
Umlaufvermögen			
Vorräte	1.141.001,60	1.251.937,99	1.193.095,59
Forderungen	43.114,52	59.007,75	70.175,33
Kassenbestand	3.336.948,33	2.541.006,92	3.502.461,19
Rechnungsabgrenzungsposten	6.367,91	6.967,08	7.775,81
	35.003.847,28	33.945.625,84	34.235.609,84

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00
Gewinnrücklagen	10.326.000,00	9.926.000,00	9.525.000,00
Bilanzgewinn	897,59	162,05	958,67
Rückstellungen	107.700,00	127.400,00	164.800,00
Verbindlichkeiten	23.569.249,69	22.892.063,79	23.544.851,17
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
	35.003.847,28	33.945.625,84	34.235.609,84

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	4.637.932,82	4.395.122,82	4.253.860,27
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-110.847,12	59.223,77	141.367,25
aktivierte Eigenleistung	34.637,69	30.264,94	54.061,61
sonstige betriebliche Erträge	130.244,69	170.169,66	1.029.688,55
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.536.282,69	1.552.287,30	1.497.954,46
Rohergebnis	3.155.685,39	3.102.493,89	3.981.023,22
Personalaufwand	781.871,74	776.410,43	803.875,22
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	988.961,43	949.487,57	934.588,73
sonstige betriebliche Aufwendungen	218.217,22	222.568,88	235.712,92
Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens	106.270,08	107.364,24	108.381,78
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.045,11	3.815,32	5.191,79
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	739.133,32	747.364,71	784.547,73
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	535.816,87	517.841,86	1.335.872,19
sonstige Steuern	135.081,33	117.638,48	136.488,09
Jahresüberschuss	400.735,54	400.203,38	1.199.384,10
Gewinnvortrag	162,05	958,67	574,57
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	400.000,00	401.000,00	1.199.000,00
Bilanzgewinn	897,59	162,05	958,67

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapitalquote	32,4%	32,2%	30,7%
Fremdkapitalquote	61,8%	61,5%	63,1%
Fluktuationsquote	13,3%	10,3%	19,0%
Leerstandsquote länger als 3 Monate	0,3%	0,4%	0,3%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG ist eine Gesellschaft, die in den letzten Jahren immer einen Jahresüberschuss erwirtschaften konnte.

Im Geschäftsjahr 2015 wies sie ein Jahresergebnis in Höhe von 400.735,54 Euro aus.

An der Gewinnausschüttung ist die Stadt Alsdorf entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital (1,79%) der Gesellschaft beteiligt. Die Gewinne werden jedoch der Gewinnrücklage zugeführt.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der GWG umfasst laut Gesellschaftsvertrag 13 Mitglieder.

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Verwaltung: Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

b) Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion: Frau Stv. Sandra Niedermaier
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

Öffentliche Zwecksetzung

Die Firmierung weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen einen öffentlichen Zweck zu.

Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sein.

Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf ein marktgerechtes Niveau zu bringen.

Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

II. Wirtschaftsbericht

Wie die Gesellschaft dieses Ziel im Jahr 2015 erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschafts- und Lageberichtes:

1. Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Zum Jahreswechsel 2015/2016 wächst die deutsche Wirtschaft überwiegend durch die lebhaftere Binnennachfrage. Treibende Faktoren sind die günstige Arbeitsmarktlage und die kräftigen Zuwächse der verfügbaren Einkommen bei den privaten Haushalten. Das Auslandsgeschäft der Unternehmen leidet hingegen gegenwärtig unter der schwachen Nachfrage aus Fernost bzw. aus den Schwellenländern. Dies wirkt sich auf die gewerbliche Investitionstätigkeit aus. Mit der erwarteten Erholung der Absatzmärkte außerhalb des Euro-Raums und dem sich noch etwas verstärkenden Wirtschaftswachstum im Euro-Raum sollte die gute Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft in den Jahren 2016 und 2017 zum Tragen kommen. Unter diesen Bedingungen könnte die deutsche Wirtschaft – so die Prognose der Deutschen Bundesbank, veröffentlicht im Monatsbericht Dezember 2015 – nach einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1,7 % im Jahr 2015 sowohl im laufenden Jahr 2016 als auch im darauf folgenden Jahr 2017 ebenfalls annähernd um den gleichen Prozentsatz expandieren.

Die Industrieunternehmen arbeiten den Auftragsbestand derzeit mit den vorhandenen und normal ausgelasteten Kapazitäten ab. Zudem gibt vielerorts die Zurückhaltung bei den Bestellungen wenig Anlass, die Produktionskapazität auszuweiten.

Über eine aufwärts gerichtete Grundtendenz berichtet die Deutsche Bundesbank hingegen in Bezug auf den Wohnimmobilienmarkt.

Nicht zuletzt bewirkt durch die Euro-Abwertung sind in zahlreichen Regionen der Welt Marktanteilsgewinne für die deutschen Unternehmen zu verzeichnen. Zuletzt verloren die Ausfuhren jedoch deutlich an Schwung, weil Impulse aus den Drittstaaten (hier vor allem aus den fernöstlichen Schwellenländern) fehlten.

Die Beschäftigung nahm im Lauf des Jahres 2015 zu. Zu der günstigen Entwicklung haben insbesondere Zuwanderer aus EU-Staaten beigetragen. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt verringerte sich saisonbereinigt kaum mehr. Die Arbeitslosenquote ist weitestgehend stabil.

Beim konjunkturellen Ausblick dominieren die Anzeichen einer sogenannten „Wellblech-Konjunktur“ in Deutschland. Hierbei zeigen sich zahlreiche kleinere Auf- und Abschwünge. Die Industriekonjunktur könnte im Jahr 2016 durch die zuletzt schwache Auftragseingangssituation gebremst werden. Hier ist darauf zu verweisen, wie sorgenvoll der Internationale Währungsfonds aktuell auf die Weltwirtschaft blickt. Die Wachstumsraten sind verzögert und die globale Konjunktur verlangsamt sich. Das wirkt sich belastend auf eine Volkswirtschaft aus, die stark exportabhängig ist. Die Dienstleistungsbranchen werden aller Wahrscheinlichkeit nach weiter expandieren. Im Verlauf des Jahres 2016 könnte die deutsche Wirtschaft insgesamt zusätzlich an Schwung gewinnen, wenn sich die Exporte von ihrer Schwächephase erholen. Ob später mit steigendem Auslastungsgrad auch die Unternehmensinvestitionen in neue Kapazitäten wieder anspringen, bleibt abzuwarten. Unverändert besteht eine hohe Abhängigkeit vom Welthandel. Im Jahr 2016 wird das Wachstum in Deutschland wohl wesentlich von der Binnenkonjunktur getragen und dabei insbesondere vom privaten Konsum. Dieser wiederum profitiert von vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeit und spürbaren Zuwächsen der realen Löhne sowie von steigenden staatlichen Transfers. Bei den monetären staatlichen Transfers spielt ebenso wie bei dem vergleichsweise kräftigen Zuwachs der staatlichen Konsumaufgaben die Flüchtlingszuwanderung eine wichtige Rolle.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Bei der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage bewerteten mindestens 40 % aller Unternehmen ihre Geschäftslage als gut. Und auch die Beurteilung der Aussichten war überwiegend positiv, wenngleich deutlich zurückhaltender als bei der Einschätzung über die momentane Lage.

45 % der Unternehmen sahen bei der jüngsten IHK-Konjunkturumfrage in der Entwicklung der Inlandsnachfrage das große Konjunkturrisiko. Dies ist allerdings der niedrigste Wert seit 2011.

Der zunehmende Mangel an qualifizierten Mitarbeitern stellt ebenfalls ein wachsendes Konjunkturrisiko dar.

Unverändert gut wird die Lage in der Industrie eingeschätzt. Deutlich besser bewerten Dienstleister ihre Situation und erwarten in den nächsten Monaten steigende Umsätze.

Die Zufriedenheit der Händler jedoch geht weiterhin (z. B. aus strukturellen Gründen) zurück.

Die Situation im Bausektor hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Der private Wohnungsbau entwickelt sich hierbei zur tragenden Säule. Dieser wiederum profitiert von den unverändert niedrigen Zinsen und den so gut wie nicht vorhandenen Alternativen an den Kapitalmärkten, deren Risiken höher erscheinen oder bei geringen Risiken fast komplett ertraglos sind.

3. Situation am regionalen Arbeitsmarkt:

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten:

	2/2016	12/2015	1/2015
Aachen	9,4%	8,9%	9,6%
Stolberg	10,2%	9,5%	10,7%
Eschweiler	9,6%	9,3%	9,5%
Alsdorf	8,0%	7,2%	8,2%
Monschau	3,4%	2,9%	3,6%

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

Der Bedarf an Mitarbeitern ist zum Jahreswechsel insgesamt gestiegen. Allerdings rechnen in der Industrie die Unternehmen nicht mit einer Veränderung der Beschäftigtenzahlen. Vor allem die Dienstleister sind es, die Personal suchen.

Der saisonübliche Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel zum Jahreswechsel 2015/2016 auf Grund der für einen Winter wiederholt sehr milden Witterung zuletzt deutlich geringer aus als in den Jahren mit witterungsbedingt starken Arbeitseinschränkungen in den sogenannten Außenberufen. Die Arbeitsagentur Aachen-Düren schließt das Jahr 2015 mit einem guten Ergebnis ab, weil gegenüber dem Dezember des Vorjahres (2014) sowohl absolut auch prozentual in diesem Agenturbezirk der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen festzustellen war. Die Jugendarbeitslosigkeit ist stark rückläufig (-14,5 % im Jahresverlauf 2015). Auch hier belegt der regionale Arbeitsmarkt die Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitslosenquote im Agenturbezirk Aachen-Düren ist im Jahresvergleich um 0,6 % gesunken (von 8,0 % auf nunmehr 7,4 %). In der StädteRegion Aachen war im Dezember 2015 die Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen um fast 10 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Auch wenn eine rege Bewegung auf dem Arbeitsmarkt festgestellt wird, liegt die Arbeitslosigkeit in der StädteRegion noch über dem Landes- und dem Bundesprozentsatz.

4. Zwischenfazit:

Die Konjunktur im Jahr 2015 war durchwachsen. Unsicherheiten resultierten in Bezug auf die Entwicklung und die regional unterschiedlichen Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsschwäche, aus der Geldpolitik in den USA und in Europa. Die Zinsen und die Inflation lagen in 2015 auf historischen Tiefstständen. Ebenfalls deutlich gesunken waren der Ölpreis und der Wechselkurs des Euro zum Dollar. Letzlich ergab sich für das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt ein leichtes Plus. Zum Jahreswechsel sind die Konjunkturerwartungen insgesamt verhalten und die Auftragseingänge sind zuletzt (wenngleich moderat) gestiegen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat in Deutschland im Jahr 2015 insgesamt zugenommen.

6. Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Steigende Baupreise und niedrige Zinsen führen bei der GWG nicht dazu, dass bei den Immobilienfinanzierungen weniger Eigenkapital eingesetzt wird. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Belastung bei der Anschlussfinanzierung wird durch zahlreiche Maßnahmen vorgebeugt. Die GWG legt großen Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2015 und in den Folgejahren vornimmt, mindestens mit 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich zweifellos in einer dynamischen Phase, die neben der allgemeinen Sympathie für Betongeld auch von der „Euphorie“ um das Ende des RWTH-Campus-Projekts unterstützt wird. Die GWG ist auch im Jahr 2015 mit dieser Situation verantwortungsvoll umgegangen und orientiert ihr Handeln an dem Maßstab der Finanzstabilität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges.

Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit unseren seniorengerechten Neubauvorhaben sind wir in einem dynamisch wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertsteigernden Neubauten verbessern wir unser Wohn- und Spezialimmobilien-Portfolio. Dabei konzentrieren wir uns auf klassische Wohnimmobilien. Das Segment der Spezialimmobilien ist limitiert. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werde wir Projekte entwickeln.

Bestandsentwicklung:
Wir verfügten über

Wohnungen	758	758
davon frei finanziert / preisgebunden	555 / 203	555 / 203
Garagen / Stellplätze	242 / 202	236 / 198
Wohnfläche	45.309 m ²	45.174 m ²
Gewerbeeinheiten	14	14
Anzahl sonstiger Einheiten	10	10
Gewerbeflächen	3.453 m ²	3.453 m ²
Fläche sonstiger Einheiten	2.822 m ²	2.822 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

7. Wirtschaftliche Lage

a) Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Wohnquartiere weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2015 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 522 T€ (Vorjahr: 556 T€) ausgegeben.

b) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2015 sind gegenüber dem Vorjahr um 252 T€ gestiegen. Dies resultiert zum einen daraus, dass erst Anfang 2015 diverse Betriebskostenabrechnungen erstellt wurden, sowie aus einem Anstieg der Sollmieten.

Die laufenden Instandhaltungskosten betragen im Geschäftsjahr 2015 522 T€, so dass zusammen mit den aktivierungsfähigen Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. 203 T€) insgesamt eine Summe von 725 T€ in den Werterhalt unserer Gebäude verausgabt wurde. Die Summe der diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr beträgt mithin: 14,05 €.

Unter Berücksichtigung der Personal- und Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich ein Wert von 16,75€/m²/Jahr.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2015 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente bei anstehenden Vertriebsaufgaben zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr nur marginal um 5 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 0,7 %.

Das Jahresergebnis 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 401.

c) Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Das Jahresergebnis liegt um ca. T€ 12 über dem geplanten Wert. Dies liegt in erster Linie daran, dass die

Erlösschmälerungen niedriger blieben, als erwartet.

d) Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leitungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Die Vermögenslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2015 durch eine Steigerung des Anlagevermögens gekennzeichnet. Die übrigen Kennzahlen sind annähernd unverändert zum Vorjahr, wie die nachstehende Tabelle belegt:

	2015	2014	2013
Bilanzsumme T€	35.004	33.946	34.236
Anlagevermögen T€	30.476	30.087	29.462
Sachanlagen % zu Bilanzsumme	87,1	88,6	86,1
Eigenkapitalquote in %	32,4	32,2	30,7
Langfristige Fremdkapitalquote in %	61,8	61,5	63,1

7. Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2015 ein Jahresergebnis von T€ 401 erwirtschaftet (gegenüber T€ 400 in 2014), was somit fast exakt dem Vorjahrsergebnis entspricht.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens als stabil aufwärts gerichtet zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden Kennzahlen (finanzielle Leistungsindikatoren) wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2015	2014	2013	2012
Umsatzerlöse T€	4.637	4.395	4.254	4.299
Eigenkapital T€	11.327	10.926	10.526	9.327
Eigenkapitalquote	32,4%	32,2%	30,7%	27,6%
Eigenkapitalrentabilität	3,5%	3,7%	11,4%	3,5%
Fluktuationsquote	13,3%	10,3%	19,0%	11,9%
Leerstandsquote länger als 3 Monate	0,3%	0,4%	0,3%	0,5%
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,6%	1,7%	2,6%	1,6%

Das zeigt, dass wir im Umsatz erneut einen Schritt nach vorne gemacht haben.

III. Nachtragsbericht:

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres, die von erheblicher Relevanz für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens gewesen wären, sind nicht eingetreten.

IV. Chancen- und Risikobericht:

1. Risikobericht

Branchenspezifische Risiken:

Sollte sich die Konjunktur abschwächen oder sollten gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, kann dies die wirtschaftliche Situation unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten negativ beeinflussen. Daraus können sich für uns Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheiden. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen herausstellen.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allerorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir gerade im Neubaubereich gut für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut).

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Potenzielle Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist vollkommend zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeitige niedrige Zinsniveau genutzt, um für alle Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, Zinssicherheit herbeizusorgen. Somit ist die Gesellschaft gegen Zinssteigerungsrisiken im Rahmen des Möglichen gut gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute insgesamt der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken.

Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf Rückstände permanent der Beobachtung bedarf. Das ist im Berichtsjahr 2015 gut gelungen.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen

finanzielle Bedrohungen jeglicher Art. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt beispielsweise ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen.

2. Chancenbericht:

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis dato eine ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben.

Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen beidseits keine Klumpenrisiken.

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nie so, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegments steht. Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß.

3. Gesamtaussage:

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir weiterhin im Sanierungsbedarf unserer Bestände. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns aber für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG erachtet es insgesamt als wichtig, verantwortungsvoll mit den vorgenannten Chancen und Risiken umzugehen. Die GWG untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien eine sinnvolle Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (mit gewissen regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von 70 % würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungswilligkeit der Kunden gilt es stets zu beobachten, die Mietzahlungsfähigkeit gilt es frühzeitig zu analysieren.

V. Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten:

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft hat mit Wirkung 2007 zwei Darlehen über T€ 917 und T€ 758 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (31.05.2027 und 31.08.2027) abgeschlossen und diese mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt. Die Darlehenszinssätze bemessen sich nach dem 6-Monats-EURIBOR zuzüglich Kreditmarge.

Zur Sicherung der Risiken aus dem variablen Zins werden Festzinssätze von 4,53 % bzw. 4,49 % (Sicherungsgeschäft) gegen einen 6-Monats-Euriobor (Grundgeschäft) geswapt. Die Bezugsbeträge entwickeln

sich dabei entsprechend den Darlehensständen. Es handelt sich hier um einen Cashflow-Hedge, der als 100 % wirksam zur Absicherung der Risiken aus der variablen Verzinsung der Darlehen anzusehen ist. Gem. Mitteilung der Banken beträgt der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2015 – losgelöst vom Grundgeschäft der Darlehen – T€ -228. Den Vereinbarungen liegt insgesamt ein Nominalwert von T€ 1.675 zugrunde. Auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung konnte vor dem Hintergrund der Anwendung des § 254 HGB verzichtet werden.

VI. Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote signifikant oberhalb von 10 % liegt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- d) Öffentlich geförderter Wohnungsbau

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird.

Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind uns eine Bestätigung.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Trends geben uns eine Zuversicht, dass wir auch in den nächsten Jahren über gute Auslastungszahlen verfügen könnten. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist unverändert auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus. Insgesamt erwarten wir, dass aufgrund der Fertigstellung weiterer Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2016 erwarten wir operativ (ohne Sondereinflüsse durch Erhöhung der Sanierungsbudgets gerechnet) mindestens auf dem Niveau von 2015.

Wir werden auch zukünftig stets in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Dank an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtsjahr 2015:

Im Berichtsjahr 2015 ist von den GWG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder ein hoher und entscheidender Erfolgsbeitrag geleistet worden. Für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das letztlich zu dem guten wirtschaftlichen Ergebnis geführt hat, bedankt sich die Geschäftsführung bei allen Beteiligten – auch oder gerade im Namen der Gremien und der Eigentümer.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter der GWG beträgt insgesamt: 30

Anzahl der weiblichen Mitarbeiter: 12

Anzahl der männlichen Mitarbeiter: 18

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.

Würselen, den 27.05.2016

Prof. Dr. Axel Thomas
(Geschäftsführer)

Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Alsdorfer Bauland GmbH, Alsdorf
Sitz	Hubertusstraße 17 52477 Alsdorf
E-Mail	info@alsdorf.de
Homepage	www.alsdorf.de
Rechtsform	GmbH
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 10.01.2007
Geschäftsführung und Vertretung	Michael Hafers, Alsdorf Dietmar Röhrig, Aachen ab 01.08.2015 Franz Jansen, Monschau (bis 31.07.2015)
Gremien	Gesellschafterversammlung
Stammkapital	26.000 €
Anteil der Stadt in €	13.000 €

Gesellschafter

Stadt Alsdorf
50,000%
Sparkasse Aachen
50,000%

Wesentliche Beteiligungen

Keine

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Bauflächen in Alsdorf.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Alsdorfer Bauland GmbH ist dadurch gegeben, dass diese junge Gesellschaft sich zur Aufgabe gemacht hat, mit der Herrichtung von Bauflächen zusätzlichen Wohnraum für die Bevölkerung zu schaffen.

Die Gesellschaft liefert in ihren Anfängen schon einen Jahresüberschuss, aus dem ein gewisser Anteil in den städtischen Haushalt fließt.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	3.542,00	0,00	634,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.464.956,44	1.021.335,52	528.785,14
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	439,87	60.520,05	158.417,61
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.274.505,14	529.649,60	103.827,72
	2.743.443,45	1.611.505,17	791.664,47

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
I.I nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-13.000,00	-13.000,00	-13.000,00
II. Gewinnvortrag	9.602,96	31.597,70	13.984,44
III. Jahresüberschuss	115.845,49	18.005,26	97.613,26
B. Rückstellungen	54.474,26	9.998,49	48.725,34
C. Verbindlichkeiten	2.550.520,74	1.538.903,72	618.341,43
	2.743.443,45	1.611.505,17	791.664,47

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	1.302.054,83	513.882,82	1.100.390,00
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	443.620,92	492.550,38	-579.588,50
Gesamtleistung	1.745.675,75	1.006.433,20	520.801,50
sonstige betriebliche Erträge	160,82	715,10	1.693,01
Materialaufwand	1.532.162,44	944.328,48	332.412,64
Personalaufwand	7.563,36	7.008,36	7.547,40
Abschreibungen	914,19	543,00	830,90
sonstige betriebliche Aufwendungen	31.942,10	26.451,33	31.939,32
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16,91	107,91	159,20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	2.002,01	3.932,80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	173.271,39	26.923,03	145.990,65
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	57.425,90	8.917,77	48.377,39
Jahresüberschuss	115.845,49	18.005,26	97.613,26

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
<i>Eigenkapitalquote</i>	5,05%	3,88%	15,74%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesetzlichen Vorschriften Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Dem städtischen Haushalt wird ein Gewinnanteil zugeführt.
Der Gewinn betrug für:

a) 2013	33.670,00 €
b) 2014	16.835,00 €
c) 2015	16.835,00 €

Bezogen auf den städtischen Anteil des Stammkapitals an der Gesellschaft bedeutet dies eine Kapitalverzinsung in Höhe von:

a) 2013	259,00%
b) 2014	129,50%
c) 2015	129,50%

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 19.03.2015) Frau Techn. Beigeordnete Susanne Lo Cicero-Marenberg (seit dem 19.03.2015)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Heinrich Plum (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht zur Bilanz zum 31.12.2015

Alsdorfer Bauland GmbH
Alsdorf

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Erwerb, der Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Alsdorf.

Die Gesellschaft wurde Anfang 2007 mit einem Stammkapital in Höhe von 26.000,00 € gegründet. Im Jahr 2007 wurde das erste Erschließungsgelände mit einer Gesamtfläche von ca. 30.000 qm erworben. In den Jahren 2007 und 2008 wurden die erworbenen Flächen erschlossen. Mitte 2008 sind die ersten Kaufverträge abgeschlossen und die ersten Kaufpreise gezahlt worden. Es sind insgesamt 29.293 qm Nettobaulandfläche entstanden, die in 63 Grundstücke aufgeteilt wurde. Zu Zwecken der besseren Vermarktung wurden Teile der verbliebenen Grundstücke neu parzelliert. Dadurch hat sich die Nettobaulandfläche von ursprünglich 29.293 qm auf 29.094 qm reduziert. Insgesamt weist das Baugebiet nun 68 Grundstücke auf. Bis zum 31.12.2015 wurden nun alle Grundstücke verkauft. Somit ist das Baugebiet Müschekamp vollständig vermarktet. Der Endausbau ist vollständig abgeschlossen.

Ende 2012 wurde ein Grundstück im Stadtteil Busch (Alte Aachener Straße) erworben. Der Kaufpreis hierfür sowie die darauf entfallende Grunderwerbsteuer wurden im Jahre 2012 bezahlt. In diesem Baugebiet ist eine Nettobaulandfläche von 7.640 qm, aufgeteilt in 18 Grundstücke, entstanden. Bis zum Ende des Jahres 2014 wurden auch in diesem Baugebiet die verbliebenen Grundstücke vermarktet. Der Endausbau soll im Jahr 2016 vollständig abgeschlossen sein.

Im Jahre 2014 wurde das Grundstück für das neue Plangebiet Alfred-Brehm-Straße im Stadtteil Ofden mit einer Bruttofläche von ca. 18.500 qm erworben. In diesem Baugebiet sind 34 Grundstücke mit einer Nettobaulandfläche von 14.944 qm entstanden. Im Berichtsjahr wurden 13 Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 5.917 qm veräußert. Für diese Grundstücke sind die Kaufpreise bis zum 31.12.2015 bei der Gesellschaft eingegangen. Über den Verkauf weiterer 5 Grundstücke (=2.475 qm) wurden im Jahr 2015 die Verträge unterzeichnet. Die Kaufpreise hierfür sind im Folgejahr eingegangen. Somit sind zum Ende des Berichtsjahres 56,16 % der Nettobaulandfläche vermarktet. Die fast vollständige Vermarktung sowie der Endausbau sind für das Jahr 2017 geplant.

Des Weiteren wurde im Jahr 2014 ein Treuhändererschließungsvertrag mit der Stadt Alsdorf für die Erschließung des Baugebietes Franz-Engländer-Straße abgeschlossen. Durch diesen Vertrag verpflichtet sich die Alsdorfer Bauland GmbH treuhänderisch im eigenen Namen die im Besitze der Stadt Alsdorf stehenden Grundstücke zu erschließen und zu vermarkten. Dabei geht die Alsdorfer Bauland GmbH mit den Erschließungskosten in Vorleistung. Diese werden von der Stadt Alsdorf erstattet. Im Jahr 2015 wurden sämtliche Grundstücke dieses Baugebietes vermarktet und das Treuhandverhältnis abgerechnet und beendet.

II. Darstellung der Lage

Als Vermögensposten des Umlaufvermögens werden auf der Aktivseite der Bilanz im Wesentlichen die aktivierten Grundstücke des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße in Höhe von 1.646.956,44 € (53,40 %) so die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 1.274.505,14 € (46,46 %) ausgewiesen.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.850.000,00 € und den Verbindlichkeiten für den Endausbau Alte Aachener Straße und Alfred-Brehm-Straße in Höhe von 698.131,50 € strukturiert (92,88 %). Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestehen auf

Grund der Beendigung des Treuhandverhältnisses nicht mehr. Steuerrückstellungen wurden in Höhe von 41.214,26 € passiviert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die Gesellschaft weist zum Ende des Jahres 2015 ein buchmäßiges Eigenkapital in Höhe von 138.448,45 € aus (Eigenkapitalquote 5,05 %). Im Jahr 2015 erfolgte eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 40.000,00 €.

III. Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Im Jahre 2016 soll die erfolgreiche Vermarktung der Grundstücksflächen des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße erfolgen. Ebenso soll im Jahr 2016 der Endausbau des Baugebietes Alte Aachener Straße abgeschlossen werden. Die vollständige Vermarktung des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße sowie der Endausbau dieses Gebietes sind für das Jahr 2017 geplant.

Die gute Lage Alsdorfs, der Wunsch der Menschen nach Wohneigentum, steigende Mieten sowie das zur Zeit sehr niedrige Zinsniveau sprechen für positive Chancen bei der Vermarktung von Wohnbaugrundstücken. Auf Grund der moderaten Kaufpreisgestaltung und der Kinderrabatte sind die Baugebiete insbesondere für junge Familien interessant. Zudem stellt Immobilieneigentum eine wertstabile Alternative zum turbulenten Aktienmarkt dar.

Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen.

Die erfolgreiche Vermarktung der Baugebiete soll die Gesellschaft in die finanzielle Lage versetzen, weitere Projekte zu planen und zu vermarkten. Zurzeit wird die Realisierungsmöglichkeit eines Projekts am Alsdorfer Weiher geprüft.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird auf Grund der geplanten Grundstücksverkäufe des Baugebietes Alfred-Brehm-Straße mit einer weiterhin positiven Entwicklung gerechnet.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich im laufenden Geschäftsjahr nicht ergeben.

Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	Grund- und Stadtentwicklung GmbH Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Burgstraße 17 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-Mail	info@stadtentwicklung-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Homepage	www.stadtentwicklung-alsdorf.de	Keine
Rechtsform	GmbH	
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 23.07.2010	
Geschäftsführer	Günter Jansen Kathrin Koppe	
Gremien	Gesellschafterversammlung	
Stammkapital	25.000 €	
Anteil der Stadt in €	25.000 €	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten des Städtebaus und der Infrastruktur. Sie kann Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten errichten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Ferner ist die Gesellschaft berechtigt, Tochterunternehmen zu gründen, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadt Alsdorf. Seit ihrer Gründung am 23.07.2010 führt sie Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf in den Bereichen Grundstücks- und Stadtentwicklung sowie städt. Gebäudewirtschaft aus.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.086,00	3.633,00	8.340,00
II. Sachanlagen	26.746.117,77	10.115.792,33	3.824.711,93
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	73.462,95	1.442,97	2.369,72
I. Forderungen	499.901,94	464.864,32	416.789,93
II. Kassenbestand	13.205.576,45	4.899.124,76	3.346.900,75
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21.373,05	35.581,18	25.706,39
	40.550.518,16	15.520.438,56	7.624.818,72

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	5.251.560,00	5.251.560,00	4.431.000,00
III. Gewinnrücklage	12.500,00	12.500,00	12.500,00
IV. Gewinnvortrag	145.752,88	126.779,57	
V. Jahresüberschuss	-207.852,99	18.973,31	
VI. Bilanzgewinn	0,00	0,00	126.779,57
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.563.482,57	2.414.146,82	946.225,86
C. Rückstellungen	148.076,90	207.980,78	120.930,33
D. Verbindlichkeiten	28.611.998,80	7.463.498,08	1.962.382,96
	40.550.518,16	15.520.438,56	7.624.818,72

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	2.237.597,86	2.302.929,88	2.268.100,13
Erhöhung des Bestands in Ausführung befindlicher Aufträge	72.601,89		
Andere aktivierte Eigenleistungen	249.437,22	240.982,18	135.541,38
sonstige betriebliche Erträge	20.668,25	3.205,77	434,52
Materialaufwand	52.325,19		
Personalaufwand	1.928.510,10	1.812.636,51	1.667.477,47
Abschreibungen	112.809,09	118.498,59	115.870,92
sonstige betriebliche Aufwendungen	567.903,33	580.825,53	522.711,39
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.288,52	58,31	4.001,51
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	130.043,30	534,24	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-209.997,27	34.681,27	102.017,76
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	896,97
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.479,00	11.472,38	51.427,03
Sonstige Steuern	3.334,72	4.235,58	3.120,08
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen			
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-207.852,99	18.973,31	46.573,68

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,27%	0,90%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,75%	1,94%
Eigenkapitalquote	23,40%	45,12%	68,34%
Verschuldungsgrad	327,17%	121,59%	46,32%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschaft den Unterhalt der Friedhöfe und dazugehörigen Flächen sowie Trauerhallen für die Stadt Alsdorf übernommen. Die Gesellschaft verpflichtete sich in einem entsprechenden Handlungsrahmen zur Verwaltung der städtischen Friedhöfe im Namen und für Rechnung der Stadt Alsdorf. Die Trauerhallen hingegen werden im eigenen Namen und auf Rechnung der Gesellschaft betreut. Im Jahr 2012 übernahm die Gesellschaft die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung aller restlichen städtischen Immobilien, die bis dahin noch durch andere Gesellschaften ausgeführt wurde.

Zusammensetzung der OrganeGesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014) Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen (seit dem 25.06.2014)
1. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 25.06.2014)
2. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Konrad Krämer (seit dem 25.06.2014)
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Detlef Loosz (seit dem 25.06.2014)
4. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014)
5. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marc Schlösser (seit dem 25.06.2014)
6. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marcel Gandelheidt (seit dem 25.06.2014)
7. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Franz Brandt (seit dem 25.06.2014)
8. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Wilfried Maul (seit dem 25.06.2014)
9. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 25.06.2014)
10. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich (seit dem 25.06.2014)
11. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Wirtz (seit dem 25.06.2014)

Lagebericht 2015

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 23.07.2011 mit der Urkunden Nummer 1134 in 2010 gegründet. Nach Einzahlung der Stammkapitaleinlage von 25.000 € erfolgte die Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Aachen auf dem Registerblatt HRB 16410 zum 27.09.2011.

Die Gesellschaft dient dem Zweck, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen.

Die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt die Gesellschaft überwiegend treuhänderisch, d. h. im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf. Zusätzlich finanziert und errichtet die Gesellschaft in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

II. Wirtschaftsbericht

II.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat sich die deutsche Wirtschaft insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als erwartet und lag damit über den Durchschnitt der letzten 10 Jahre von 1,2 %. Vor dem Hintergrund der nach wie vor verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung ist die deutsche Wirtschaft gut in das Jahr 2015 gestartet. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich in 2015 positiv. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind spürbar gestiegen. Für 2016 wird eine deutliche Steigerung des Konsums erwartet. Hinzu kommt zusätzliche Nachfrage, die die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge persönlich entfalten und die Nachfrage, die in direktem Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Integration durch Bund, Länder und Kommunen entstehen wird.

Obwohl sich die Investitionen in 2015 in Deutschland schwach entwickelten, ist hier für 2016 eine positivere Entwicklung zu erwarten, da durch zahlreiche staatliche Förderprogramme, ein niedriges Zinsniveau und neue Rahmenbedingungen für staatliche Investitionen zusätzliche Impulse erkennbar sind.

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion 2015 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % im Jahr 2015 und von 1,8 % im Jahr 2016.

Der private Konsum stützt weiter das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Die Arbeitskräftenachfrage ist nach wie vor stabil.

Diese Entwicklung wird auch die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland im Jahr 2016 positiv beeinflussen.

Die Herbstprojektion der Bundesregierung beschreibt die Eckpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung wie folgt:

- Im Einklang mit den Einschätzungen internationaler Organisationen dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft im kommenden Jahr leicht beschleunigen. Auch im Euroraum zeichnet sich ein etwas höheres Wachstum ab.
- Die positiven Trends am Arbeitsmarkt setzen sich kräftig fort. Die Erwerbstätigkeit wird in 2015 um 284.000 Personen und in 2016 um 271.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,3 Mio. Erwerbstätigen zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird in 2015 um 98.000 Personen zurückgehen und in 2016 angesichts der hohen Zuwanderung leicht um 60.000 Personen zunehmen.

- Die insgesamt gute Situation am Arbeitsmarkt und die stabile Aufwärtsentwicklung führen zu deutlichen Lohnsteigerungen. Die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer nehmen in 2015 um 2,6 % und in 2016 um 2,4 % und in 2016 etwas stärker um 2,8 %.
- Die deutlichen Einkommenszuwächse in Verbindung mit dem niedrigen Preisniveauanstieg ermöglichen eine deutliche Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Sie werden im Jahresdurchschnitt in beiden Jahren preisbereinigt um jeweils 1,8 % zunehmen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte bilden nach wie vor den Tragpfeiler für das Wachstum in Deutschland.
- Der niedrige Wechselkurs des Euro verbessert die Exportperspektiven in diesem Jahr. Die deutschen Exporte werden in beiden Jahren solide zunehmen. Aufgrund der dynamischen Binnenwirtschaft werden die Importe stärker steigen als die Exporte. Von der Außenwirtschaft gehen 2015 rechnerisch leicht positive Wachstumsimpulse auf das BIP aus. In 2016 wird das Wachstum rechnerisch voraussichtlich vollständig von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage getragen.
- Die Investitionen in neue Ausrüstungen werden nach der starken Entwicklung im vergangenen Winterhalbjahr in 2015 voraussichtlich mit real 4,9 % deutlich zunehmen. Im Jahr 2016 dürften die Investitionen um 3,5 % wachsen.
- Die privaten Wohnungsbauinvestitionen sind dank günstiger Finanzierungsbedingungen und der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Wachstumstütze. Die Bauinvestitionen nehmen mit einem Zuwachs von 1,1 % in 2015 und 2,9 % im nächsten Jahr merklich zu.

Die Herbstprojektion der Bundesregierung wurde am 14.10.2015 im interministeriellen Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie abschließend beraten. Das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank waren beteiligt.

Die Kommunen sind ein wichtiger öffentlicher Investitionsträger in Deutschland. Die positiven Trends der Steuereinnahmen und die erfreuliche Arbeitsmarktentwicklung werden sowohl zur Entlastung der Haushalte des Landes und der Kommunen beitragen als auch die Zahlkosten der Sozialleistungsträger im Land NRW und den Kommunen stabilisieren. Die Entlastung der kommunalen Ebene durch den Bund eröffnet Spielräume für zusätzliche kommunale Investitionen.

Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in NRW:

Im Interesse eines Ausgleichs der Wirtschaftskraft im Bundesgebiet stellt der Bund im Rahmen des „Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ 3,5 Mrd. EUR zur Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen zur Verfügung. Auf Nordrhein-Westfalen entfallen rund 1,1 Mrd. EUR. Das entspricht einem Anteil von 32,2 %.

Da die Gesellschaft dem Zweck dient, Dienstleistungen für ihre Gesellschafterin, die Stadt Alsdorf, bereitzustellen, ist zu erwarten, dass im Finanzplanungszeitraum (2016-2019) zusätzliche Aufgaben auf die Gesellschaft zukommen werden.

II.2 Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

a) Ertragslage

Die Gebäudebewirtschaftung für die Stadt Alsdorf umfasst 35 Objekte mit ca. 57 Einzelbauwerken.

Die Verwaltung der städtischen Spielplätze umfasst 40 Einzelobjekte, die über das gesamte Stadtgebiet zu betreuen sind.

Die Bewirtschaftung der 7 städtischen Friedhöfe und der 8 städtischen Friedhofshallen wurden der Gesellschaft mit Handlungsrahmen von 29.02.2012 übertragen.

Die Bewirtschaftung des Friedhofes Hoengen erfolgt derzeit noch durch ein von der Stadt Alsdorf beauftragtes externes Gartenbauunternehmen.

Die im Jahresabschluss 2015 gezeigten Umsätze verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Aufgabenfelder:

	Umsatz		Umsatz	
	2015 EUR	2014 EUR	2015 %	2014 %
Gebäude	1.420.300	1.403.321	63%	61%
Spielplätze	221.342	250.437	10%	11%
Friedhöfe	550.359	520.067	25%	23%
Sonstige	45.597	129.105	2%	5%
Gesamt:	2.237.598	2.302.930	100%	100%

Die Gesellschaft erhält für ihre Dienstleistungen eine Vergütung auf der Basis der Selbstkosten. Der Selbstkostenerstattungspreis wird nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und der „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP)“ in der jeweils gültigen Fassung ermittelt. Zuzüglich erhält die Gesellschaft einen Gewinnaufschlag von 2 %. Aus den der Gesellschaft übertragenen Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Insgesamt ist das Jahresergebnis um 227 TEUR gegenüber dem Vorjahr gefallen und beträgt im Geschäftsjahr 2015 -208 TEUR. Das Jahresergebnis liegt rd. 222 TEUR unter dem für 2015 erwarteten Jahresergebnis.

Als Gründe für das vom Wirtschaftsplan abweichende Jahresergebnis sind insbesondere zu nennen:

Im Geschäftsjahr angefallene Geldbeschaffungskosten (Buchgrundschuld) i. H. v. 45 TEUR und unvermeidbar angefallene Bereitstellungszinsen i. H. v. 128 TEUR im Zusammenhang mit der Finanzierung des KuBiZ.

In Summe ergibt sich aus diesen beiden Posten eine negative Ergebnisauswirkung von rd. 173 TEUR, welche die Gesamtabweichung gegenüber dem Planansatz weitestgehend erläutert. Hierbei gilt es zu beachten, dass die oben erwähnten Bereitstellungszinsen in annähernd gleicher Höhe im Wirtschaftsplan 2015 als aktivierungsfähige Bauzeitzinsen Berücksichtigung gefunden haben. Durch die Charakteränderung des Zinsaufwandes war jedoch insoweit weder handels- noch steuerrechtlich eine Aktivierung zulässig – es handelt sich mithin um eine Verschiebung innerhalb der Planansätze.

Die übrigen wesentlichen Positionen in der Planerfolgsrechnung Gesamtleistung (Ist: 2.560 TEUR / Soll: 2.598 TEUR) und Personalkosten (Ist: 1.929 TEUR / Soll: 1.988 TEUR) wurden weitestgehend eingehalten.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

Bezeichnung	kumuliert 2015 in TEUR	kumuliert 2014 in TEUR
Jahresüberschuss	-208	19
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	113	118
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-60	87
Zunahme/Abnahme Sonderposten	4.149	1.468
Zunahme/Abnahme der Vorräte	-72	1
Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-47	-7
Zunahme/Abnahme der sonstigen Vermögens- gegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	25	-50
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-361	1.117
Zunahme/Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	76	0
Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-658	4.375
Laufende Geschäftstätigkeit	2.957	7.128
Anlagenabgänge zu Buchwert	1	11
Auszahlung für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-16.740	-6.414
Auszahlung für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4	-2
Investitionstätigkeit	-16.743	-6.405
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	820
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	22.096	9
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-3	0
Finanzierungstätigkeit	22.093	829
Liquide Mittel am Anfang der Periode	4.899	3.347
Zahlungswirksam Veränderungen	8.307	1.552
Liquide Mittel am Ende der Periode	13.206	4.899

Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft - wie geplant – Darlehen im Zusammenhang mit der Errichtung des KuBiZ aufgenommen.

Durch die jetzt erforderlich werdenden zusätzlichen Herstellungs-, Planungs- und Nebenkosten werden die Gesamtkosten der Maßnahme KuBiZ von bisher rd. 40,3 Mio. EUR um 4,9 Mio. EUR auf dann 45,2 Mio. EUR steigen. Der Rat der Stadt hat mit Beschluss vom 05.11.2015 diesen Mehrkosten zugestimmt.

Auch dieser zusätzliche Finanzierungsbedarf ist durch die Gesellschaft sicherzustellen. Der Finanzierungsanteil der Gesellschaft wird im Rahmen der Kreditfinanzierung erbracht. Die Gesellschaft kann auf Bankdarlehen in Höhe von 24.700 TEUR zurückgreifen. Die Finanzierung der Mehrkosten erfolgt über ein Darlehen des Gesellschafters. Die Refinanzierung erfolgt über den mit der Stadt Alsdorf abzuschließenden Mietvertrag.

Die Besicherung der Kreditmarktmittel erfolgt:

1. mit einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Alsdorf in Darlehenshöhe,
2. durch die Bereitstellung einer erstrangigen Buchgrundschuld von 24.700 TEUR auf dem Objekt KuBiZ,
3. durch Abtretung der Mietforderungen gegen die Stadt Alsdorf an den Kreditgeber,
4. durch Verpfändung eines Tagesgeldkontos.

Mit Beschluss vom 09.12.2015 hat die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung ermächtigt, zur weiteren Finanzierung der Baukosten für das KuBiZ mit der Stadt als Gesellschafterin einen Darlehensvertrag über insgesamt 4.914.000 EUR, mit einem Zinssatz von 1,95 % p.a. und einer Zinsbindung bis zum 31.12.2042 abzuschließen.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 15.12.2015 der Gewährung des Gesellschafterdarlehens zugestimmt.

Die zur Erfüllung der Dienstleistungen für die Stadt Alsdorf benötigten finanziellen Mittel stellt die Stadt Alsdorf zur Verfügung.

In Bezug auf die Art sowie Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 25.031 TEUR erhöht.

Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens in Höhe von 16.630 TEUR, welche überwiegend durch die Baumaßnahmen am KuBiZ zustande gekommen ist sowie aus dem Anstieg der liquiden Mittel in Höhe von 8.307 TEUR. Korrespondierend hierzu ist durch die weitere Auszahlung von bewilligten Fördermitteln für das Projekt KuBiZ der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 4.149 TEUR gestiegen. Des Weiteren sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gegenüber dem Vorjahr um 22.093 TEUR gestiegen. Wohingegen die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um 1.975 TEUR und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 361 TEUR gesunken sind.

Die Anlagenintensität hat sich – wie im Vorjahr prognostiziert – leicht erhöht. Die Eigenkapitalquote ist entsprechend der Prognose im Vorjahr gesunken.

Die städtischen Eigenmittel wurden mit 4.431 TEUR im Jahr 2010 und mit 821 TEUR im Jahr 2014 als Kapitalrücklage in die Gesellschaft der Stadt eingezahlt. Die Finanzplanung der Stadt sieht für das Jahr 2017 eine weitere Einzahlung in Höhe von 2.700 TEUR vor.

II.3 Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen zur Rentabilität

Kennzahlen zur Rentabilität:

Eigenkapitalrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Jahresüberschuss	-208	19
Eigenkapital	9.493	7.004
Eigenkapitalrentabilität in %	0,00	0,27

Umsatzrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Jahresüberschuss	-208	19
Gesamtleistung	2.560	2.544
Umsatzrentabilität in %	0,00	0,75

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenrentabilität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Anlagevermögen	26.750	10.119
Gesamtvermögen	40.551	15.520
Anlagenintensität in %	65,97	65,20

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Eigenkapital	9.493	7.004
Gesamtkapital	40.551	15.520
Eigenkapitalanteil in %	23,40	45,12

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Fremdkapital	31.058	8.516
Eigenkapital	9.493	7.004
Verschuldungsgrad in %	327,17	121,59

Kennzahlendefinition:

Die Gesamtleistung ist wie folgt definiert:

- Umsatzerlöse
- + andere aktivierte Eigenleistungen

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Gewinnrücklagen
- + Gewinnvortrag
- + Jahresergebnis
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (zu 65 %)

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens- Finanz- und Ertragslage haben sich ergeben.

IV. Prognosebericht

Auch der zukünftige Schwerpunkt für Verwaltung der übertragenen Aufgaben wird sich auf die Optimierung der Dienstleistungen für die Gesellschafterin erstrecken. Ziele hierfür sind die Verbesserung des baulichen Zustandes, der Umfang des vorhandenen Immobilienbestandes und die Anhebung des baulichen Standards. Die Umsetzung wird dabei durch die Mittelbereitstellung der Stadt bestimmt.

Neben der reinen Objektverwaltung errichtet die Gesellschaft für den Schulträger, aber auf Rechnung der Gesellschaft, das Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) auf dem Annagelände.

Mit Beschluss vom Februar 2009 hat der Rat der Stadt Alsdorf den Grundsatzbeschluss zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums auf dem Annagelände gefasst und die städtische Gesellschaft, die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH, mit Schreiben vom 01.12.2011 (Ratsbeschluss vom 04.11.2011) mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Die zu diesem Zeitpunkt erwarteten Investitionskosten von rd. 39,7 Mio. EUR basierten auf einer Machbarkeitsstudie, die die Anforderungen der beteiligten Schulen noch nicht erfasste. Außerdem war die Beteiligung des Landes zur Finanzierung der außerschulischen Nutzung zugesichert, die Details der Umsetzung aber noch nicht erkennbar.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat sich die Entscheidung zur endgültigen Umsetzung der Maßnahme vorbehalten.

Die Vorplanungen der Investitionsmaßnahme wurden unter Beteiligung der Schulen im Wirtschaftsjahr 2013 abgeschlossen. Die hiernach erstellte Kostenberechnung – Stand 20.11.2013 – zeigt auf, dass die Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der bis 2016 zu erwartenden Steigerung des Baupreisindex von 6 % (jährlich 2 %), mit rd. 40,3 Mio. EUR erwartet werden muss.

Mit Bescheid Nr. 05/05/13, vom 22.11.2013 hat das Land NRW bei förderfähigen Kosten für die außerschulischen Nutzungen von 15.715.503 EUR die in Aussicht gestellte Landesförderung abschließende mit 12.412.355 EUR bewilligt. Da die Einrichtungskosten für das KuBiZ von der Nutzerin, der Stadt Alsdorf, direkt getragen werden, verbleiben auch die anteiligen Landeszuweisungen bei der Stadt.

Über die Umsetzung der Maßnahme, den Stand des Planungsverfahrens, die Höhe der Investitionskosten sowie das Förderverfahren des Landes im Rahmen des integrativen Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ wurden die Mitglieder des Rates in der Sitzung des Rates am 10.12.2013 umfassend informiert.

Für das geplante Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände hat NRW.URBAN im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MEWBWV) Leistungen im Rahmen der Auentwicklung erbracht und übernimmt jetzt das Objektmanagement.

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft liegt in den Jahren 2016 bis 2017 in der Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums.

Mehrkosten zur Sanierung der Kraftzentrale

Während der Neubau für Gymnasien, Realschule und Sporthallen im Termin- und Kostenrahmen erstellt werden kann, zeigt sich nunmehr, dass für die Ertüchtigung und Sanierung der Kraftzentrale nicht vorhersehbare statisch konstruktive zusätzliche Herrichtungsmaßnahmen erforderlich werden, die eine Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln unabweisbar machen.

Diese Arbeiten umfassen die statische Ertüchtigung der vorgefundenen Fundamente, konstruktive Herrichtungsmaßnahmen und Korrosionsschutz des Dachtragwerkes sowie Mehraufwendungen für die Fugen- und Mauerwerksanierung gemäß Abstimmung mit dem Landeskonservator (Denkmalschutz).

Durch die jetzt erforderlich werdenden zusätzlichen Herstellungs-, Planungs- und Nebenkosten werden die Gesamtkosten der Maßnahme von bisher rd. 40,3 Mio. EUR um 4,9 Mio. EUR auf dann 45,2 Mio. EUR steigen. Der Rat der Stadt hat mit Beschluss vom 05.11.2015 diesen Mehrkosten zugestimmt. Ob diese Mehrkosten ebenfalls als „förderfähig“ nach den Förderrichtlinien des Landes NRW anerkannt werden können wird z. Zt. geprüft. Die mit dem Objektmanagement beauftragte Landesgesellschaft NRW.URBAN ist beauftragt einen ergänzenden Antrag zur Landesförderung zu erstellen.

Dieser zusätzliche Finanzierungsbedarf ist durch die Gesellschaft sicherzustellen. Die Refinanzierung der aus Fördermittel nicht gedeckten Mehrausgaben erfolgt im Rahmen der zu vereinbarenden Mietforderungen.

Der Finanzierungsbedarf aus den Bautätigkeiten 2014 konnte aus den zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und den abgerufenen Landeszuweisungen bedeckt werden. Im Wirtschaftsjahr 2015 hat die Gesellschaft erstmals im Zusammenhang mit der Finanzierung des KuBiZ auf Kreditmittel des Finanzmarktes zurückgreifen müssen.

Die Kreditfinanzierung erfolgt durch die Sparkasse Aachen. Hierzu hat die Gesellschaft ein Darlehen aus dem Programm „NRW-Bank Infrastruktur“ über 22.000.000 EUR mit einer Zinsfestschreibung und Laufzeit über 25 Jahre mit einem Zinssatz von 1,95 % in Anspruch genommen.

Für die Vorfinanzierung der zu erwartenden Erlöse aus der Grundstücksveräußerung des Alt-Standortes Gymnasium in Höhe von 2.700.000 EUR wird die Sparkasse der Gesellschaft ein Darlehen mit einer Laufzeit bis Juli 2017 und einem Zinssatz von 0,8 % zur Verfügung stellen.

Die Refinanzierung erfolgt über den mit der Stadt Alsdorf abzuschließenden Mietvertrag.

Die Finanzierung der Mehrkosten von rd. 4,9 Mio. EUR erfolgt durch die Bereitstellung eines Gesellschafterdarlehens durch die Stadt Alsdorf.

Die Ausschreibungen aller Gewerke für die Errichtung des KuBiZ sind termingerecht bis September 2015 erfolgt. Die bisher bereits abgerechneten Maßnahmen und die bereits vergebenen Aufträge liegen unterhalb der Obergrenzen der Kostenberechnung.

Gemäß dem aktuellen Wirtschaftsplan erwartet die Gesellschaft für das Jahr 2016 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von ca. 136 TEUR.

Die Anlagenintensität wird im Geschäftsjahr 2016 aufgrund der Bautätigkeit am KuBiZ voraussichtlich weiter leicht steigen. Durch die geplante weitere Aufnahme von Fremdkapital wird der Eigenkapitalanteil voraussichtlich weiter absinken und mithin der Verschuldungsgrad leicht ansteigen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Mit der engen vertraglichen Bindung der Gesellschaft an die Stadt Alsdorf ist auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Alsdorf von Bedeutung. Insbesondere auch deshalb, weil Kommunen mit negativen Eigenkapital nur beschränkt Investitionsfinanzierungen im Rahmen ihres Haushaltes durch die Aufsichtsbehörden zugestanden werden.

Mit Verfügung der Kommunalaufsicht wurde der Haushalt der Stadt für die Wirtschaftsjahre 2015 und 2016 sowie die Finanz- und Investitionsplanung der Stadt für die Jahre 2015 bis 2021 genehmigt.

Für die Einschätzung des unternehmerischen Risikos sind

- A die übertragenen Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte zu beurteilen, die die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt

und

- B die eigenen Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen, aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Zu A

Aufgaben aus der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Objekte, die die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Stadt Alsdorf erfüllt.

Die Stadt Alsdorf ist eine kommunale Selbstverwaltungskörperschaft im Sinne der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie hat sowohl freiwillige wie Pflichtaufgaben zu erfüllen, die ihr durch Gesetz übertragen wurden. Hierzu hat sie die notwendigen Einrichtungen zu schaffen, zu betreiben und zu unterhalten, die zu ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind.

Das von der Gesellschaft bewirtschaftete Objektportfolio erfasst Kindertagesstätten, Schulen, Feuerwehrhäuser, Verwaltungsgebäude, Friedhöfe und Spielplätze, Einrichtungen, die zu den pflichtigen Aufgaben der Stadt gehören.

Aus diesen Dienstleistungen der Gesellschaft für die Stadt entsteht somit kein besonderes Geschäftsrisiko.

Durch die beabsichtigte Übernahme weiterer Aufgaben für die Stadt Alsdorf besteht die Chance, eine Auslastung des vorhandenen Personals nach Fertigstellung des KuBiZ sicherzustellen.

Zu B

Eigene Investitionen zur Errichtung des Kultur- und Bildungszentrums, die die Gesellschaft im eigenen Namen, aber im Auftrag der Stadt Alsdorf errichtet.

Die Gesellschaft finanziert und errichtet in eigenem Namen für die Stadt Alsdorf im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ das Kultur- und Bildungszentrum auf dem Annagelände.

Mit den umfangreichen Baumaßnahmen ist auch ein nicht unerhebliches Risiko der Kostensteigerung verbunden. Zur Risikominimierung ist aus Sicht der Gesellschaft eine fachgerechte Begleitung der Baumaßnahme und zeitnahe Überwachung der Kostenentwicklungen unverzichtbar. Mit den Projektsteuerungsleistungen wurde das Unternehmen Ernst & Young Real Estate GmbH beauftragt.

Zur Minimierung des Finanzierungsrisikos erfolgt eine konkrete Abstimmung der notwendigen Kreditmittel mit dem jeweiligen Bauzeitenplan des Generalplaners.

Zusammenfassung

Der Lagebericht verdeutlicht, dass die Risiken der Gesellschaft aus den ihr übertragenen Aufgaben in Verbindung mit dem gesetzlichen Auftrag der Gesellschafterin und dem bereits eingezahlten Kapital bewertet werden muss. Danach besteht kein besonderes Geschäftsrisiko.

Die Risiken aus der Errichtung des KuBiZ werden – unter Zuhilfenahme externer Unterstützung – beobachtet. Bei Bedarf werden entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Weitere Angaben

Den Posten des kaufmännischen Geschäftsführers wird Herr Hafers ab dem 01.03.2016 von Herrn Jansen übernehmen.

Alsdorf, 01.02.2016

G. Jansen
Geschäftsführer

K. Koppe
Geschäftsführerin

IV. Beteiligungen Kultur und Wissenschaft

FOGA – Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	FOGA - Alsdorfer Freizeitobjekte GmbH, Alsdorf	Gesellschafter	Stadt Alsdorf 100,000%
Sitz	Annastraße 2-6 52477 Alsdorf		
E-Mail	info@stadthalle-alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen	Keine
Homepage	www.stadthalle-alsdorf.de		
Rechtsform	GmbH		
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 17.11.1992, zuletzt geändert am 05.04.2000		
Geschäftsführer	Alfred Sonders		
Prokura	Ernst Erasmus		
Gremien	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung		
Stammkapital	127.822,97 €		
Anteil der Stadt in €	127.822,97 €		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Betrieb von Freizeiteinrichtungen der Stadt Alsdorf, insbesondere der Stadthalle, der Tageserholungsanlage mit ihren Angeboten, des Hotels und des Stadtbades mit seinen Einrichtungen.

Bis zum 31. Dezember 2007 beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft darauf, die Stadthalle zu betreiben und zu unterhalten. Mit Wirkung vom 01. Januar 2008 hat die Gesellschaft zusätzlich die Bewirtschaftung der Tageserholungsanlage Broichbachtal der Stadt Alsdorf übernommen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung der Einwohner mit kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten. Diese sollen unter anderem die Steigerung des Gemeinwohls im Stadtgebiet fördern, um gegebenenfalls auch eine weitere Anzahl von Menschen dafür begeistern zu können sich im Raum der Stadt Alsdorf niederzulassen.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.792,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	82.831,21	78.854,40	100.716,38
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	8.245,28	6.594,48	7.259,04
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.509,05	70.873,13	31.862,52
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	191.748,40	174.715,20	128.771,04
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.563,22	11.430,94	5.293,92
	330.689,16	342.468,15	273.902,90

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97	127.822,97
II. Kapitalrücklage	5.579.296,44	5.499.296,44	5.409.296,44
III. Verlustvortrag	-5.414.926,03	-5.382.034,75	-5.338.791,86
IV. Jahresfehlbetrag	-80.464,99	-32.891,28	-43.242,89
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.521,00	7.006,83	11.898,33
C. Rückstellungen	50.091,88	37.728,08	42.284,77
D. Verbindlichkeiten	55.251,89	72.668,86	48.989,14
E. Rechnungsabgrenzungsposten	10.096,00	12.871,00	15.646,00
	330.689,16	342.468,15	273.902,90

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	729.019,96	737.338,56	720.403,14
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-85,20	-664,56	-323,76
sonstige betriebliche Erträge	165.979,14	181.450,81	179.075,27
Materialaufwand	56.681,67	70.657,69	54.899,83
Personalaufwand	540.564,89	520.455,65	520.343,45
Abschreibungen	21.560,14	23.650,56	33.594,85
sonstige betriebliche Aufwendungen	356.640,03	336.621,56	334.044,31
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	481,60	704,58	955,55
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11,76	5,21	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-80.062,99	-32.561,28	-42.772,24
Sonstige Steuern	402,00	330,00	470,65
Jahresüberschuss	-80.464,99	-32.891,28	-43.242,89

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapitalquote	65%	63%	57%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste betragen für:

2013	90.000,00 €
2014	90.000,00 €
2015	80.000,00 €

Gemäß Pachtvertrag zwischen der Stadt Alsdorf und der FOGA GmbH vom 01.01.2009, trägt die Gesellschaft nur die sich aus dem Betrieb der Stadthalle ergebenden verbrauchsabhängigen Kosten für Strom, Gas, Wasser und Heizung. Die übrigen Betriebskosten werden mit der Pacht abgegolten, die im Jahr 2015 – 55.000 Euro betrug.

Der Stadt Alsdorf ist darüber hinaus für die laufende Instandhaltung des Gebäudes, der maschinellen Ausstattung und Einrichtung zuständig.

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Verwaltung:	Herr Kämmerer Michael Hafers (seit 25.06.2014)
SPD – Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Konrad Krämer (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Markus Conrads (seit 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marcel Gandelheidt (seit 04.09.2014)
CDU-Fraktion	Frau Stv. Gerda Wienold (seit 25.06.2014)
CDU-Fraktion	Herr Stv. Dr. Andreas Brandt (seit 25.06.2014)
GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz (seit 25.06.2014)

b) Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung: Herr Dezernent Stephan Spaltner

Lagebericht

Die Gesellschaft hat zulässigerweise keinen Lagebericht aufgestellt.

Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Eschweiler

Allgemeine Angaben

Firma	Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH, Alsdorf	Gesellschafter	
Sitz	Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler	Stadt Eschweiler	41,00%
E-Mail	stadtverwaltung@eschweiler.de	Stadt Stolberg	26,00%
Homepage	www.blausteinsee.com	Stadt Alsdorf	18,00%
Rechtsform	GmbH	Stadtentwicklung Würselen	10,00%
Gesellschaftervertrag	in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 07.12.2000	GmbH & Co. KG	5,00%
Geschäftsführer	Hermann Götde, kaufm. GF Dr.-Ing. Bernd Hartlich, Prokurist Heinz Rehahn, Prokurist	Gemeinde Aldenhoven	
Gremien	Gesellschafterversammlung	Wesentliche Beteiligungen	
Stammkapital	25.564,59 €	Keine	
Anteil der Stadt in €	4.601,63 €		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Errichtung des Freizeitentrums Blaustein-See. Zweck der Gesellschaft ist der Bevölkerung eine Anlage mit Einrichtungen zur Erholung und Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck dieser Gesellschaft besteht darin, der Bevölkerung ein Erholungsgebiet zur Verfügung zu stellen und es möglichst ansprechend für Jedermann zu gestalten. So kann das Gemeinwohl nachhaltig gesteigert werden.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2015 <i>EUR</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	1,00
II. Sachanlagen	4.583.064,69	4.662.485,69	3.493.964,89
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.062,24	38.838,94	66.794,74
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	240.271,40	444.203,28	40.761,23
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.704,03	1.333,15	290,50
	4.849.103,36	5.146.862,06	3.601.812,36

<i>Passivseite</i>	31.12.2015 <i>EUR</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage	3.242.180,22	3.242.180,22	3.242.180,22
III. Verlustvortrag	-1.574.390,58	-2.040.454,67	-1.850.303,89
IV. Jahresfehlbetrag	-202.809,56	466.064,09	-190.150,78
B. Rückstellungen	13.900,00	16.100,00	16.500,00
C. Verbindlichkeiten	3.324.293,13	3.427.298,56	2.351.879,34
D. Rechnungsabgrenzungsposten	20.365,56	10.109,27	6.142,88
	4.849.103,36	5.146.862,06	3.601.812,36

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	126.396,90	53.915,78	48.615,92
sonstige betriebliche Erträge	637,44	157.045,69	6.470,49
Personalaufwand	67.502,69	45.032,32	43.715,14
Abschreibungen	79.421,00	29.553,40	4.793,31
sonstige betriebliche Aufwendungen	124.087,77	144.600,91	172.456,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58.129,76	46.851,77	19.415,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-202.106,88	-55.076,93	-185.294,70
Außerordentliche Erträge	0,00	525.588,74	0,00
Außerordentliche Ergebnis	0,00	525.588,74	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	236,27	0,00
sonstige Steuern	702,68	4.683,99	4.856,08
Jahresfehlbetrag / -überschuss	-202.809,56	466.064,09	-190.150,78

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Anlagenintensität	94,5%	90,6%	97,0%
Investitionsquote	0,0%	32,9%	21,5%
Eigenkapitalquote	30,7%	32,9%	34,1%
Fremdkapitalquote	69,3%	67,1%	65,9%
Anlagendeckungsgrad I	32,5%	36,3%	35,1%
Anlagendeckungsgrad II	89,5%	94,2%	81,3%
Liquidität 1. Grades	32,2%	58,7%	5,4%
Liquidität 2. Grades	35,4%	63,9%	14,3%
Liquidität 3. Grades	35,4%	63,9%	14,3%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Bedarfsfalle müssten bei entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen nach gesellschafts- / satzungsrechtlichen Regelungen Darlehen, ggfls. auch Zuschüsse geleistet werden, soweit Eigenmittel der GmbH nicht ausreichen.

Die Stadt Alsdorf beteiligte sich an den Grunderwerbskosten in Höhe von insgesamt 228.561,98 €.

An den Pumpkosten beteiligte sich die Stadt Alsdorf bis zum 20.06.2001 in Höhe von insgesamt 322.113,89 €.

Im Jahr 1986 wurde der Gesellschaft ein Darlehen in Höhe von 8.864,72 € gewährt. Dieses Darlehen wird mit jährlich 3 % getilgt. Zum 31.12.2015 beträgt die Restschuld 1.420,35 €.

Mit Bürgschaftsurkunde vom 04.03.2004 übernimmt die Stadt Alsdorf eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 144.000 €.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

1. SPD-Fraktion:

Herr Stv. Tino Schwedt
(seit dem 25.06.2014)

Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH
Lagebericht zum Geschäftsjahr 2015

I. Grundlage des Unternehmens

Hinsichtlich der Unternehmensziele haben sich keine Änderungen ergeben. Nach wie vor ist es Ziel des Unternehmens, nach Jahren der Belastung durch den rheinischen Braunkohleabbau, für die Bevölkerung einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Im Rahmen der Daseinsversorgung bietet die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH der örtlichen, regionalen aber auch überregionalen Bevölkerung ein überaus attraktives Freizeitangebot an, welches Möglichkeiten des Wassersports aber auch naturverbundenes Erleben einer Landschaft bietet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Es hat sich gezeigt, dass der Bau sowohl des Strandpavillons als auch des Seerestaurants eine zukunftsweisende, richtige Entscheidung war. Den Zuspruch, den beide Einrichtungen zwischenzeitlich erfahren, hat zu der Konsequenz geführt, dass seitens des Betreibers eine Nachfrage nach Kapazitätserweiterungen gestellt wurde. Die Geschäftsführung sieht hier jedoch ein Handeln durch die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH nicht, sondern favorisiert eine Verwirklichung durch Dritte. Hier ist die Geschäftsführung der Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH bereits unterstützend tätig.

Die Geschäftsführung geht weiterhin davon aus, dass sich die umsatzabhängige Pacht für Pavillon und Restaurant noch steigern wird.

Im Gegensatz zum Geschäftsjahr 2014 schließt das Geschäftsjahr 2015 wieder mit einem negativen Ergebnis ab. Mit Blick darauf, dass der positive Abschluss in 2014 nur dadurch erzielt wurde, dass das Wasserlieferunternehmen rückwirkend auf Pumpkosten verzichtet hat, erklärt, dass der Geschäftsverlauf sich in 2015 nicht anders darstellen lässt, so wie er sich in den vergangenen Jahren dargestellt hat. Wachsender Zuspruch durch die Bevölkerung und der damit verbundene Mehraufwand kann durch Erlöse aus dem laufenden Geschäft nicht gedeckt werden.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

a. Analyse der Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt verändert.

	2015	2014	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	4.583	4.663	-80
Umlaufvermögen	266	484	-218
Aktiva	4.849	5.147	-298
Eigenkapital	1.491	1.693	-202
Langfristiges Fremdkapital	2.609	2.697	-88
Kurzfristiges Fremdkapital (incl. RAP)	749	757	-8
Passiva	4.849	5.147	-298

Das langfristig gebundene Vermögen erhöhte minderte sich durch Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 80. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen erhöhte sich jedoch aufgrund der Verminderung des Gesamtvermögens auf 94,5 % gegenüber dem Niveau des Vorjahres (90,6 %).

Das Umlaufvermögen reduzierte sich überwiegend durch Inanspruchnahme der liquiden Mittel.

Das Eigenkapital minderte sich in Höhe des Jahresfehlbetrages des Berichtsjahres. Die Eigenkapitalquote verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um -2,1 %-Punkte auf 30,8 %, der Anteil des langfristig verfügbaren Kapitals lag mit 84,6 % unter dem Vorjahresniveau (85,3 %).

b. Analyse der Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wider:

	2015
	<u>TEUR</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-133
Cashflow aus Investitionstätigkeit	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-70
Veränderung der liquiden Mittel	203

Dabei weist der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit insbesondere auf den Mittelabfluss aus dem operativen Geschäftsbetrieb hin.

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultiert aus der Tilgung der Darlehen gegenüber der Gesellschafterin Stadt Eschweiler und der Sparkasse Aachen.

Eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2015 gesichert und ist zum Bilanzstichtag auch weiterhin vorhanden; es ist damit zu rechnen, dass die laufenden finanziellen Verpflichtungen erfüllt werden können.

c. Analyse der Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein negatives Ergebnis erwirtschaftet.

	2015	2014	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	126	54	72
Rohergebnis	127	61	66
Betriebsergebnis	-145	-163	18
Finanzergebnis	-58	-47	-11
a. o. Ergebnis	0	526	-526
Zuschuss eines Gesellschafters	0	150	-150
Jahresergebnis	-203	466	-669

Der Vergleich beider Jahre ist durch das im Jahre 2014 erzielte außerordentliche Ergebnis und den Zuschuss eines Gesellschafters im Vorjahr nur eingeschränkt möglich.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Die Geschäftsführung sieht zum jetzigen Zeitpunkt eine Chance darin, die Gesellschaft in eine positivere Ertragslage zu führen, in dem sie die Vermarktungsbemühungen mit erneuter Priorität aufnimmt, hier ggf. unter Zuhilfenahme Dritter. Der Markt lässt eine erhöhte Nachfrage nach Investitionsprojekten erkennen. Von daher wird auch gesehen, dass die Vermarktungsstrategie der kleinen Schritte zur Umsetzung des beschlossenen Masterplanes langfristig führen kann. Ein Ausgleich zwischen Aufwand und Erlös lässt sich jedenfalls aus dem lfd. Geschäft nicht darstellen.

2. Risikobericht

Sollten die Vermarktungsstrategien kurzfristig nicht greifen, so wird es nach wie vor erforderlich sein, dass die Gesellschafterkommunen die Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH weiter finanziell unterstützen müssen. Da dies vorrangig durch die Belegkommune Stadt Eschweiler in der Vergangenheit erfolgte, wird weiterhin das Ziel, welches durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vorgegeben wurde, verfolgt, die Gesellschaft in eine Tochter der Stadt Eschweiler mit Mehrheitsbeteiligung zu überführen. Die Umsetzung dieses Zieles wird auf Dauer die maßgebenden politischen Entscheidungsträger davon überzeugen, der Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH durch finanzielle Unterstützung zur Seite zu stehen und damit die regionalbekannte Freizeit- und Erholungseinrichtung „Blaustein-See“ aufrecht zu erhalten.

3. Gesamtaussage

Es bestehen keine Anhaltspunkte, die eine Gefährdung der Gesellschaft aus den o. a. Risikobereichen erwarten lassen.

Eschweiler, den 23. August 2016

gez.: Hermann Gödde
(Geschäftsführer)

Energeticon gGmbH

Allgemeine Angaben

Firma	ENERGETICON gGmbH	Gesellschafter
Sitz	Konrad-Adenauer-Allee 7 52477 Alsdorf	LVR Landschaftsverband Rheinland 50,00%
E-Mail	harald.richter@energeticon.de	Stadt Alsdorf 25,00%
Homepage	www.energeticon.de	Städteregion Aachen 10,00%
Rechtsform	GmbH	Stadt Eschweiler 2,50%
Gesellschaftervertrag	Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 01.10.2010 mit Änderung Vom 26.08.2013	Stadt Stolberg 2,50%
Geschäftsführer	Dipl.-Ing. Harald Richter	Stadt Baesweiler 2,50%
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat	Stadt Herzogenrath 2,50%
Stammkapital	26.000 €	Energeticon e.V. 2,50%
Anteil der Stadt in €	6.500 €	Bergbaumuseum Grube Anna e.V. 2,50%

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Die Energeticon gGmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, wie die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und –technische Entwicklung, Bildung und Erziehung, Kunst, Kultur, Umwelt und Landschaft, Denkmalschutz sowie Heimatpflege und Heimatkunde.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Errichtung der Energeticon gGmbH wurde nicht nur ein Ausstellungs-, Fachinformations- und Veranstaltungszentrum rund um das Thema Energie, Energieentwicklung und –zukunft geschaffen, sondern gleichzeitig auch ein außerschulischer Lernort und ein Museum auf dem Gebiet des Annaparks im Zentrum der Stadt Alsdorf.

Bilanz

<i>Aktivseite</i>	31.12.2015 <i>EUR</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.159.423,00	1.224.489,00	3.992,00
II. Sachanlagen	7.150.369,20	7.376.264,60	2.642.592,80
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	7.534,00	8.308,50	0,00
I. Forderungen	19.873,41	327.242,00	35.066,48
II. Kassenbestand	241.513,81	253.548,54	1.019.694,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten			433,43
	8.578.713,42	9.189.852,64	3.701.778,78

<i>Passivseite</i>	31.12.2015 <i>EUR</i>	31.12.2014 <i>EUR</i>	31.12.2013 <i>EUR</i>
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	602.604,10	706.437,84	897.659,16
III. Bilanzgewinn	759,96	759,96	759,96
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	7.696.034,38	8.017.513,70	2.450.133,73
C. Rückstellungen	22.559,51	36.828,20	229.825,36
D. Verbindlichkeiten	130.755,47	402.312,94	97.400,57
E. Rechnungsabgrenzungsposten	100.000,00		0,00
	8.578.713,42	9.189.852,64	3.701.778,78

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse	263.246,29	117.103,07	65.442,57
andere aktivierte Eigenleistungen	23.816,16	87.808,68	49.800,74
sonstige betriebliche Erträge	577.005,55	291.494,27	208.167,33
Materialaufwand	48.139,03	26.305,67	13.207,40
Personalaufwand	272.335,03	262.951,96	170.340,67
Abschreibungen	397.454,13	145.136,21	16.988,20
sonstige betriebliche Aufwendungen	245.012,66	243.584,58	180.976,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,08	184,08	9.556,19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.440,97	0,00	30,94
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-102.313,74	-181.388,32	-48.576,38
außerordentliche Aufwendungen	0,00	8.200,00	0,00
außerordentliche Ergebnis	0,00	-8.200,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.491,00	1.432,00	1.032,00
Sonstige Steuern	29,00	201,00	201,00
Jahresüberschuss	-103.833,74	-191.221,32	-49.809,38
Gewinnvortrag aus Vorjahr	759,96	759,96	759,96
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	103.833,74	191.221,32	49.809,38
Bilanzgewinn	759,96	759,96	759,96

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapitalquote	97,0%	95,2%	91,2%
Anlagenintensität	96,9%	93,6%	71,5%
Verschuldungsgrad	3,0%	5,0%	9,7%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zusammensetzung der Organe

a) Aufsichtsrat

Für die **Stadt Alsdorf** ist im Aufsichtsrat als Mitglied vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Friedhelm Krämer (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 15.12.2015)

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:	Herr Bürgermeister Alfred Sonders (seit dem 25.06.2014)
SPD-Fraktion:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch (seit dem 25.06.2014)
CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath (seit dem 15.12.2015)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

I. Geschäftsmodell

Die ENERGETICON gGmbH besteht seit Herbst 2010. Gegenstand des Unternehmens ist primär die Förderung von Wissen über energiegeschichtliche und –technische Entwicklungen, insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort), aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Die Gesellschaftszwecke werden hauptsächlich verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen.

Eine Folge: Mehr Wissen kann indirekt die Nachfrage nach innovativen energietechnologischen Produkten und Dienstleistungen fördern.

Das ENERGETICON wird zugleich als Ort kultureller Fremd- und Eigenveranstaltungen sowie privater Fachtagungen und Feiernveranstaltungen betrieben.

Zu diesen Zwecken nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II westlich des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Dokumentationszentrum Energie mit didaktisch und gestalterisch innovativem Museumscharakter umgestaltet. Für die Qualität seines Kommunikationsdesigns erhielt die Ausstellung mehrere renommierte Preise (z.B. Red dot award; One show award).

II. Wirtschaftsbericht

Wie die Gesellschaft ihr Ziel im Geschäftsjahr erreicht und umgesetzt hat, ist Gegenstand des nachfolgenden Wirtschaftsberichts.

II.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die auch 2014 insbesondere durch eine Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise gekennzeichnet waren, hatten keine spürbaren Auswirkungen auf den Anlaufbetrieb des ENERGETICON im Jahr 2015, dem ersten vollen Betriebsjahr der Einrichtung. Die Bereitschaft zu konsumtiven Ausgaben war in der BRD, auch im Sektor des Infotainments, nicht beeinträchtigt.

Das extrem niedrige Niveau der Leitzinsen ermöglicht einerseits die günstige Aufnahme von Euribor-Krediten, die die gGmbH im Jahr 2015 zur Zwischenfinanzierung von EU-Mitteln (Kostenerstattungsprinzip) zur Planung des Grubenwasserthermieprojektes GrEEen im ehemaligen Eduardschacht in Anspruch nehmen musste; andererseits schmälerte es die Zinserträge aus dem Eigenkapital der Gesellschaft deutlich.

Im Einzugsbereich des ENERGETICON ging im Jahr 2015 mit dem Großprojekt Continium / Columbus / Cube im niederländischen Grenzstadt Kerkrade eine Einrichtung auf dem euregionalen Markt, das sich ebenfalls im Bereich des naturwissenschaftlich / technischen Info-/Edutainments bewegt. Im Unterschied zum niederländischen Wettbewerber mit einem sehr breit angelegten thematischen Angebot zeichnet sich das ENERGETICON durch sein klares Leitthema Energie aus. Die Staatsgrenze zwischen den Niederlanden und Deutschland bildet faktisch noch immer eine Marktgrenze bezüglich der Besucherbewegung. Das neue Kerkrader Projekt hat deutlich höhere Eintrittspreise im Vergleich zur moderaten Preisgestaltung des ENERGETICON. Die Wettbewerbssituation für das Energiemuseum ENERGETICON hat sich von daher faktisch nachweisbar nicht verändert. Die Geschäftsführung hat erste Kontakte aufgenommen mit dem Ziel einer gegenseitigen Bewerbung, ggf. grenzüberschreitenden Kooperation zu speziellen Veranstaltungen.

Im Einzugsbereich des ENERGETICON eröffnete zudem 2015 im belgischen Eupen das Kulturzentrum „Alter Schlachthof“. Es liegt damit grenznah zur BRD in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Der Alte Schlachthof ist ein reines Kulturzentrum mit niveauvollen Angeboten in den Schwerpunkten Theater, Film, Musik, Literatur. Das ENERGETICON hat ein vergleichsweise kleines Kulturprogramm, das sich jedoch bewusst in kulturellen Nischen mit ungewöhnlichen Acts bewegt. Auch hier bildet die Staatsgrenze faktisch eine Marktgrenze bezüglich der Besucherbewegung. Die Wettbewerbssituation für das ENERGETICON als Ort der Kultur hat sich von daher faktisch nachweisbar nicht verändert. Die Geschäftsführung hat auch nach Eupen erste Kontakte aufgenommen mit dem Ziel einer gegenseitigen Bewerbung, ggf. grenzüberschreitenden Kooperation zu speziellen Veranstaltungen.

Insgesamt hat sich die Stellung des ENERGETICON im euregionalen Markt der Info-/Edutainment- und Kulturanbieter faktisch nachweisbar nicht verändert. Einem vernetzten, kooperativen Arbeiten ist gegenüber der „Kannibalisierung“ themenverwandter Anbieter im Wege eines ruinösen Verdrängungswettbewerbs der Vorzug zu geben.

II.2 Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2015 ist das erste Vollbetriebsjahr des ENERGETICON. Die Bauphase war 2014 abgeschlossen worden. 2015 erfolgten noch kleinere Nachinvestitionen in den Bereichen Besucherinfrastruktur und Außenanlagen.

Das Geschäftsfeld pädagogische Angebote stand 2015 im Mittelpunkt der Tätigkeiten: Ausformulierung pädagogischer Angebotsmodule (verschiedene Ausstellungsführungen, ergänzende pädagogische Workshops) und Organisationsformen zu deren Umsetzung sind hier zu nennen. Der Aufbau eines Netzwerks von Kooperationsschulen, mit denen das ENERGETICON künftig besonders engen Austausch pflegen wird, hat begonnen. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen konnte erneut intensiviert werden (Energiespar-Detektive, Haus der kleinen Forscher, Bildungszugabe, Kultur macht stark).

Die gGmbH intensivierte parallel dazu den fachbezogenen und kulturellen Betrieb des ENERGETICON im Fördermaschinenhaus und den Panoramaräumen. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen, insbesondere um öffentliche Kulturveranstaltungen und Tagungen. Paketangebote von Vermietung und Ausstellungsbesichtigung fanden zunehmend eine Nachfrage.

Die Privatisierung der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede an einen erfahrenen Gastropartner (BG Gastronomie GmbH) hat sich bewährt. Das Bistro / Restaurant Eduard entwickelte sich zwischenzeitlich zu einer bekannten Adresse für hochwertige Küche in attraktivem Industrieambiente. Private Gastronomie und Energiemuseum befruchteten sich bezüglich Besucherzahlen gegenseitig.

Der Museumsshop neben dem Counter im Foyer wird in Eigenregie der gGmbH betrieben. Im Wirtschaftsjahr 2015 erweiterte die Gesellschaft ihr Angebot nachfrageorientiert und erreichte damit eine deutliche Steigerung ihre Umsätze.

Die erste Phase des Anlaufbetriebs konnte 2015 abgeschlossen werden. Die unvermeidlichen technischen und organisatorischen „Kinderkrankheiten“ sind weitestgehend ausgeräumt. Der Tagesbetrieb läuft zwischenzeitlich im Wesentlichen routiniert und professionell. Insgesamt verzeichnet das ENERGETICON eine sehr hohe Besucherzufriedenheit.

Unter Nutzung aller Medien intensivierte die Gesellschaft mit Erfolg regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Die Markenbildung und die Markteinführung des ENERGETICON ist im vergangenen Jahr einen guten Schritt vorangekommen.

Kooperationen mit starken Partnern fanden auch 2015 eine Fortsetzung oder wurden neu ins Leben gerufen. Hierbei sind insbesondere zu nennen das Bildungsbüro und die Stabsstelle Klimaschutz der StädteRegion

Aachen, das Grenzlandtheater (Greta), die Hochschule für Musik und Tanz Köln / Abteilung Aachen (Mai Klassik Festival), die Stabsstelle Kultur der StädteRegion (Kulturfestival), die schulpädagogische Zusammenarbeit mit der EWW GmbH oder der trinationale Verbund außerschulischer Lernorte (Verein exploregio.net, Verein Grünmetropole). Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter Verein Bergbaumuseum Grube Anna II fand insbesondere durch aktive Unterstützung bei der Detailgestaltung der Ausstellung (Arbeitskreis Bergbau) und bei Führungen durch die Ausstellung (Steigerführungen) ihren Ausdruck.

Das ENERGETICON übermittelte seinen Gemaal-Partnern (Eupen, Genk, Maastricht) auch 2015 einen Kulturbeitrag (Euregio Saxophone Orchestra) und führte selber Gemaal-Veranstaltungen durch (Brunsumer Männerchor, Der Weg nach Lüttich).

Einnahmen aus dem Vermietungsgeschäft des Fördermaschinenhauses an Fremdveranstalter (Unternehmen, Institutionen, Vereine, Privatpersonen) konnten im Geschäftsjahr 2015 auf hohem Niveau gehalten werden. Dieses Geschäftsfeld soll in den kommenden Geschäftsjahren noch kontinuierlich ausgebaut werden. Die regionale Bekanntheit dieses Baudenkmals als außergewöhnliche, multifunktionale Veranstaltungsstätte nimmt erfreulich zu.

II.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Im Wirtschaftsjahr 2015 fanden keine großen baulichen Investitionen wie im Jahr 2014 mehr statt. Lediglich diverse Anschaffungen, die zur Optimierung des Geschäftsstellen-/ Ausstellungs- und Vermietungsbetriebes sich als sinnvoll erwiesen, wurden getätigt.

Die Sparkasse Aachen bewilligte zur Zwischenfinanzierung der EU-geförderten Maßnahme GrEEen einen Euriborkredit in einer Gesamthöhe von einer Million Euro.

II.4 Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 konnten die Erlöse aus den Bereichen Vermietung und Veranstaltungen um 16 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 89 TEUR erhöht werden. Im Geschäftsjahr konnten darüber hinaus 45 TEUR Spenden vereinnahmt werden, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 40 TEUR entspricht. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr die Erlöse aus der steuerfreien Vermögensverwaltung um 26 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 45 TEUR gesteigert werden. Im Bereich der Ausstellung konnten 140 TEUR Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop generiert werden.

Die Löhne und Gehälter 2015 betragen 217 TEUR gegenüber 211 TEUR im Vergleichszeitraum 2014. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 2,8 % und einem absoluten Anstieg von 6 TEUR. An sozialen Abgaben und Aufwendungen fielen im Jahr 2015 55 TEUR an. In 2014 belief sich der entsprechende Wert auf 51 TEUR. Der Betrag der absoluten Erhöhung in Höhe von 4 TEUR entspricht einer Steigerungsrate von 6,9 %.

Insgesamt hat sich der Jahresfehlbetrag um 87 TEUR gegenüber dem Vorjahr verringert und beträgt im Geschäftsjahr 104 TEUR.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2015
	<u>T€</u>
	-
Jahresfehlbetrag	104
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	395
Abnahme der Rückstellungen	-14
	-
Abnahme Sonderposten	321
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	304
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-73
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>102</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>292</u>
	-
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>104</u>
	-
Investitionstätigkeit	<u>104</u>
	-
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	<u>200</u>
	-
Finanzierungstätigkeit	<u>200</u>
	-
Liquide Mittel am Anfang der Periode	254
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-12</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>242</u>

c) Vermögenslage

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 611 TEUR auf insgesamt 8.579 TEUR verringert.

Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus dem Werteverzehr des Anlagevermögens in Höhe von 291 TEUR und dem Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 304 TEUR. Korrespondierend hierzu ist der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 321 TEUR rückläufig, sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 200 TEUR.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	8.310	8.601
Gesamtvermögen	8.579	9.190
Anlagenintensität in %	96,9	93,6

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	8.325	8.751
Gesamtkapital	8.579	9.190
Eigenkapitalanteil in %	97,0	95,2

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	253	439
Eigenkapital	8.325	8.751
Verschuldungsgrad in %	3,0	5,0

Kennzahlendefinition:

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

II.5 Sonstige wesentliche Ereignisse

NRW Umweltminister Johannes Remmel überbrachte im Februar 2013 den Förderbescheid für das Grubenwasserthermieprojekt GrEEen (Grubenwasserenergie für das ENERGETICON) im Eduardschacht. Nach langwierigen Abstimmungen mit dem Projektträger ETN und dem Oberbergamt konnte das Projekt 2015 ingenieurseitig weitgehend vorbereitet werden. Nach Abschluss der so genannten Aufsuchungsphase im Frühjahr 2016 wird im Sommer 2016 mit Baubeginn (Gewinnungsphase) gerechnet.

Die Geschäftsführung verstärkte die Kontakte zur Geschäftsstelle des regionalen Förderprojektes Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) im Technologiezentrum Jülich. Ihr Ziel, das ENERGETICON im Programm der IRR zu platzieren, führte zum Erfolg. Das ENERGETICON ist als „Best practice-Projekt“ und das Grubenwasserthermieprojekt als Innovatives Projekt in die Projektpalette der IRR aufgenommen worden. Zu gegebener Zeit wird ggf. über Fördermöglichkeiten zu reden sein.

III. Prognosebericht

III.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Die Energiepreisentwicklung der vergangenen Monate haben die Energiewendediskussion wiederum angetrieben. Es gilt das unter Ziffer IV.1 ausgeführte.

Im Zuge der komplizierten öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende ist von einem wachsenden Bedarf der allgemeinen Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Jahrhundertprojekt auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung bestehen hierdurch große Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON. Die zunehmenden Buchungen von Schulklassen bestätigen dies. Es gilt nach wie vor Potenziale in tatsächliche, zahlende Nachfrage umzusetzen.

III.2 Wesentliche Geschäftsfelder

a) Ausstellung

Eine noch intensivere Einbindung von Schulen in den Dauerbetrieb der Ausstellung (außerschulischer Lernort) konnte 2015 realisiert werden. Zielgruppenorientierte Werbung Richtungen Senioren, Familien und Schulen und die Erweiterung der Gruppe der Kooperationsschulen werden auch künftig zu wachsenden Besucherzahlen führen. Die Bespielung der Ausstellung mit pädagogischen Angeboten (Texträtsel, Foto Quiz etc.) erhöht deren Attraktivität für Besucher. Neue Angebote auch außerhalb des direkten ENERGETICON-Geländes sind für 2016 vorgesehen.

b) Tagungen

Das zunehmende Interesse der Hochschulen und der Wirtschaft am ENERGETICON als Veranstaltungsort für Fachtagungen war auch im Geschäftsjahr 2015 wieder erkennbar. Durch Verbesserung der Gesamtsituation bezüglich Gastronomie (Bistro Eduard in der Schmiede, Bedarfsgastronomie Eduard im Fördermaschinenhaus), Außenanlagen (2.000 qm-Multifunktionsplatz mit technischer Infrastruktur für Außenveranstaltungen) und Angebot verschieden gearteter Räumlichkeiten (Umformerhalle und kleiner Saal des Fördermaschinenhauses, zwei Panoramasäle des Kauengebäudes, Gastraum des Bistro Eduard in der Schmiede) sind die Voraussetzung für die Vermarktung des ENERGETICON als Tagungsstätte deutlich gestiegen und haben zu entsprechender Nachfragen seitens der Hochschulen geführt. Im Rahmen des Geschäftsfeldes „Tagen und feiern im ENERGETICON“ strebt die Geschäftsführung 2016 einen weiteren Ausbau des Tagungsgeschäfts an.

c) Ausstellungen mit KMU

Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) insbesondere der Energietechnologie ist nach weiterer Fertigstellung des Außengeländes 2016 ausbaufähig. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechsausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen statt. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird 2016 im Geschäftsfeld „Tagen und feiern im ENERGETICON“ noch stärker beworben.

d) Kunst und Kultur

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings hat sich das ENERGETICON zwischenzeitlich einen hervorragenden Ruf in der Kulturszene der Region erworben. Die Geschäftsführung wird die Beziehungen zu den kulturellen Aktivitäten des Zweckverbandes Region Aachen (regionale Kulturkonferenzen) und zu den Gemaal-Partnern wieder aufgreifen bzw. verstärken. Die Gesellschaft ist 2015 eine Kooperation mit der Kulturgemeinde Alsdorf eingegangen, die 2016 fortgesetzt werden soll.

e) Privatvermietung

Das Fördermaschinenhaus konnte durch Privatvermietungen für Geburtstage, Hochzeiten, Vereinsfeiern etc. auch 2015 erfreulich hohe Umsätze generieren. Eine gezieltere Bewerbung des Geschäftsfeldes „Tagen und Feiern im ENERGETICON“ ist für 2016 in Vorbereitung.

III.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Die großen Investivmaßnahmen im Bau- und Ausstellungsbereich sind abgeschlossen. Lediglich die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die Darstellung der ENERGETICON-Inhalte in den öffentlichen Raum hinein, bedarf im Laufe der kommenden Jahre weiterer Investitionen. Diese werden verstärkt über Einwerbung von Förder- und Sponsormitteln zu finanzieren sein. Für 2016 sind konkrete Maßnahmen für regenerative Großexponate (Solarthermie, Windkraft) in Vorbereitung.

Durch die unerwartet umfangreichen Abstimmungen mit ETN und durch das aufwändige VOF-Verfahren zur Vergabe der Ingenieurleistungen fällt das GrEEen-Projekt investiv hauptsächlich in den Zeitraum 2016 bis 2017. Ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungs- / Bewilligungszeitraums ist 2015 bewilligt worden. Ein Euriborkredits zur Zwischenfinanzierung ist entsprechend ebenfalls 2015 bewilligt worden. Die Finanzierung von GrEEen ist daher gesichert.

Wie bereits unter Ziffer II.5 ausgeführt waren die Bemühungen der Geschäftsführung um Platzierung des ENERGETICON im Programm der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) erfolgreich.

III.4 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Die verschiedenen Netzwerke, die die Gesellschaft insbesondere in die Hochschulen geknüpft hat, beginnen Früchte zu tragen im Bereich des Vermietungsgeschäftes und auch bei Projektrealisierung, -aktualisierung und -betrieb selber.

Die positiven Besucherzahlen des ENERGETICON im ersten Vollbetriebsjahr hingen wesentlich von einer intensiven, effektiven Werbekampagne ab und von nachfrageorientierten pädagogischen Angebotspaketen für die verschiedenen Zielgruppen.

Bezüglich der Personal- und Betriebskostenentwicklung nach kompletter Eröffnung und Bespielung des ENERGETICON ist festzuhalten:

Personalentwicklung

a) Besucherbegleiter

Die neue Aufgabe der Besucherbegleitung hat neues Personal erfordert. Hier wurden weitere Honorarverträge abgeschlossen. Gleiches gilt für pädagogische Begleitangebote.

b) Gastronomiebetrieb

Die Gastronomie dient einerseits der Betreuung der Ausstellungsbesucher und Besuchern von (Abend-) Veranstaltungen im Kauengebäude und im Fördermaschinenhaus. Andererseits können dort auch eigenwirtschaftliche Privatveranstaltungen der Pächter stattfinden. Es war eine richtige Entscheidung die Gastronomie nicht in Eigenregie zu betreiben, sondern diese in professionelle, private Hände zu legen. Die Pächter haben 2015 für auskömmlichen Personalbesatz bei den verschiedenen Veranstaltungsformaten gesorgt.

c) Kassendienst

Der Kassendienst wird aus Gründen der Kostenersparnis teilweise durch eine Mitarbeiterin der Geschäftsstelle abgedeckt, zum anderen durch geringfügig Beschäftigte. Hierfür ist der Arbeitsplatz am Counter als vollwertiger Verwaltungsarbeitsplatz eingerichtet.

d) Reinigungsarbeiten

Die Reinigungsarbeiten der Besucherbereiche in der Dauerausstellung bedürfen eines hohen, teilweise täglichen Reinigungsaufwands. Nach einer Probephase mit einer professionellen Gebäudereinigungsfirma, entschied sich die Geschäftsführung aus Kostengründen für die Erledigung durch eigenes Personal in Form von geringfügig Beschäftigten. Diese Form hat sich 2015 bewährt.

e) Ausstellungsüberwachung

Die ersten Erfahrungen mit der installierten Videoüberwachung in Verbindung mit der ELA-Anlage und mit regelmäßigen Kontrollgängen zeigen, dass so eine ausreichende Aufsicht über die Ausstellung gewährleistet ist.

f) Projektsteuerung GrEEen

Das komplizierte, zeitaufwändige NRW-Pilotprojekt GrEEen kann nicht vom Stammpersonal der Gesellschaft als Zusatzleistung gesteuert werden. Die befristete Einstellung eines Projektsteuerers in 2015 für die Projektlaufzeit bis Anfang 2018 war daher unumgänglich. Diese Personalkosten sind in der Förderung von GrEEen enthalten.

Betriebskosten:

Die Gesellschaft spart durch die installierte, große Fotovoltaikanlage in den Außenanlagen und später durch das Geothermieprojekt GrEEen nennenswerte Betriebskosten für Strom bzw. Raumwärme ein. In welchem Umfang genau dies gelingt bleibt der Erfahrung der kommenden Jahre vorbehalten.

IV. Chancen- und Risikobericht

IV.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Mit seinem Kernthema Energie greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2015 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland:

- Die Havarie des japanischen Atomkraftwerks Fukushima 2011 hatte zu einer erneuten massiven Änderung der deutschen Atomenergiepolitik geführt. Dies wirkte auch 2015 noch in der öffentlichen energiepolitischen Diskussion nach. Hinzu kommt die Debatte um die belgischen Kernkraftwerke Tihange und Doel.
- Der in diesem Umfang unerwartet starke Zubau regenerativer Energiequellen (insbesondere Photovoltaik und Windenergie) führte wegen der ansteigenden, Strompreis beeinflussenden Kosten aus der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu einer öffentlichen Debatte über eine Verlangsamung des Zubaus der erneuerbaren Energien. Dies führte zu entsprechenden Gesetzesinitiativen der Bundesregierung in 2015.
- Ebenfalls Sorgen um die Stabilität der Stromnetze bei einem schnell wachsenden Anteil schwankender Einspeisung regenerativer Energien und der Netzausbau insgesamt waren im öffentlichen Diskurs.
- Die großen Energieversorger wie RWE oder EON organisieren ihre Konzerne, um in traditionelle und regenerative Stromproduktion.
- Die neue Bundesregierung hat die Energiewende zum Hauptprojekt der Legislaturperiode erklärt. Hierbei sollen die erkannten Probleme bezüglich fehlender Synchronisierung von Kapazitätsausbau regenerativer Stromerzeugung mit Netzausbau, Speichertechnik und Förderkulissen in einem Masterplan zusammengeführt werden.
- Eine kontroverse Diskussion um das Fracking ist medienpräsent, gerade vor entsprechenden Planungen der Niederlande im hiesigen Grenzraum.
- Nicht zuletzt unsere Region ist von der kritischen Diskussion zur Zukunft der Braunkohle bei der Verstromung im Fokus der Klimaschutzdebatte.

Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Das Ob der Energiewende steht in Deutschland zwischenzeitlich außer Frage. Es geht nun um ihre zeitliche, technische und finanzielle Ausgestaltung. Die hohe Dynamik der Diskussion bietet für die Infotainment-Einrichtung ENERGETICON die Chance vielfältiger Anknüpfungspunkte für eigene und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen.

IV.2 Projektbezogene Chancen und Risiken

Das ENERGETICON verfügt über beste infrastrukturelle Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum für diese Debatte zu sein. Bei verschiedenen Veranstaltungen der StädteRegion, der Verbraucherzentrale oder der Hochschulen war dies bereits 2015 der Fall.

Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr, schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung ist einzuhalten. Das Betriebskonzept des ENERGETICON löst dieses Problem:

Es begegnet der Gefahr der Zweckentfremdung von Fördermitteln dadurch, dass sich einerseits seine Kernaussstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffenden Antworten,

historischer und künftiger Energieversorgung befasst, also über Jahre statisch sein kann, und dass es andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgreift.

Zur Minimierung von Risiken sind –soweit im Einzelfall erforderlich– zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert:

Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung.

Die um ein Jahr verlängerte Bauzeit des ENERGETICON ohne erweiterte Einnahmeseite, die unumgängliche Beseitigung infrastruktureller Mängel, die sich im Anlaufbetrieb herausstellten, sowie Personalkosten, die sich aus neuen Aufgaben nach Eröffnung ergaben, und kleine, unvermeidliche Nachinvestitionen führten zu einem weiteren, deutlichen Verzehr des Eigenkapitals.

Die nahezu 100%ig positive Resonanz der Besucher im ersten Vollbetriebsjahr weisen aus, dass die Angebote des ENERGETICON sehr positiv bewertet werden. Das Produkt ENERGETICON wird voll bestätigt. Trotz steigender Tendenz lagen die Besucherzahlen 2015 noch nicht in der Größenordnung, die der Wirtschaftsplan als Zielgröße vorgibt. Sie müssen in etwa verdoppelt werden, wenn der sukzessive Eigenkapitalverzehr vermieden werden soll.

Die Geschäftsführung begegnet dem Risiko einer damit einhergehenden tendenziellen Zahlungsunfähigkeit mit verschiedenen Maßnahmen:

- Steigerung des Bekanntheitsgrades der ENERGETICON-Angebote durch verstärkte, euregionale Werbemaßnahmen Richtung allgemeiner Öffentlichkeit und spezieller Zielgruppen (Lehrer, Freizeitgesellschaften, Vereine, Senioren, Werbekooperationen)
- Verstetigung der Besucherzahlen / Eintrittserlöse durch Kooperationsvereinbarungen insbesondere mit Schulen (außerschulischer Lernort)
- Steigerung der Vermietungserlöse (insbesondere des Fördermaschinenhauses)
- Optimierung des Personaleinsatzes
- Optimierung der Öffnungszeiten 2016
- Abbau von technischen Betriebskosten, insbesondere von Raumkosten (Optimierung Heizungssteuerung, Errichtung GrEEEn-Projekt, Schaltung Außenbeleuchtung)
- Erhöhung von Eigenleistungen u. a. im Bereich Werbung
- Verstärkte, kostenfreie Werbung über redaktionelle Veröffentlichungen , soziale Netzwerke, Schülerzeitungen
- Abbau von Defiziten aus Veranstaltungen
- Verstärkte Einwerbung von Sponsorenmittel (Sach-/Finanzsponsoring)
- Abbau von Zuschüssen an Dritte
- Verstärktes Werbeengagement der Gesellschafter
- stärkere Arbeiten in Kooperationen / Netzwerken

Die Gesellschaft trägt derzeit monatlich einen Mietkostenzuschuss von 500 Euro an den Bergbaumuseumsverein für Depotflächen in der Menage. Es wird angestrebt diese Kosten nach Umzug des Museumsvereins in das Eckgebäude sanierte Herzogenrather Straße 100 einzusparen.

IV.3 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss der Gefahr des defizitären Betriebes weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes und durch Sparmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die kritische Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehrs, unter Beibehaltung der Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt und StädteRegion, durch konsequentes Umsetzen der oben unter IV.2 genannter Maßnahmen dauerhaft bewältigt werden kann. Es geht darum sämtliche Einnahmemöglichkeiten und sämtlich Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Hierfür erstellt die Geschäftsführung eine detaillierte Analyse ungenutzter Spar-, Einnahmen- und Sponsoringpotenziale.

Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote.

V. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

Alsdorf, im April 2016

gez. Richter
Geschäftsführer

regio iT GmbH

Allgemeine Informationen

Firma	regio iT GmbH Gesellschaft für informationstechnologie mbH, Aachen	Gesellschafter	E.V.A 60,27% Zweckverband INOFOKOM Gütersloh 15,00% StädteRegion Aachen 11,75% Stadt Aachen 0,98% Stadt Düren 1,00% Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH 1,00% Stadt Alsdorf 1,00% Stadt Baesweiler 1,00% Stadt Eschweiler 1,00% Stadt Herzogenrath 1,00% Stadt Monschau 1,00% Gemeinde Roetgen 1,00% Gemeinde Simmerath 1,00% Stadt Würselen 1,00% Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens 1,00% Kupferstadt Stolberg 1,00%
Sitz	Lombardenstr. 24 52070 Aachen		
E-Mail	info@regioit.de		
Homepage	www.regioit.de		
Rechtsform	GmbH		
Gesellschaftsvertrag	Vom 03.08.1967 (in der Fassung vom 29.12.2011)		
Geschäftsführer	Herr Dieter Rehfeld (Vorsitzender Geschäftsführung Aachen) Herr Dieter Ludwigs (Geschäftsführer)		
Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat		
Stammkapital	307.228 €		
Anteil Stadt in €	3.072 €		
Anzahl Mitarbeiter	317 16 Auszubildende 12 Aushilfen		

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Dazu werden bedarfsbezogene Informationsverarbeitungs-Dienstleistungen erstellt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die regio iT GmbH erfüllt ihren öffentlichen Zweck, in dem sie als IT-Dienstleister und Partner für Kommunen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen an den Standorten Aachen und Gütersloh innerhalb der vier Leistungsbereiche Verwaltung & Finanzen, Energie & Entsorgung, Bildung & Wissen, IT Service & Betrieb lösungsorientierte Produkte und Dienstleistungen entlang der gesamten IT-Wertschöpfkette anbietet.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.125.303,16	5.127.506,50	5.241.298,27
II. Sachanlagen	6.453.384,53	5.245.326,03	5.314.178,92
III. Finanzanlagen	15.207,02	15.207,02	15.207,02
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.140.626,03	2.149.591,93	3.024.787,36
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	57.776,84	20.310,57	24.128,88
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.685.447,11	1.539.357,84	861.367,41
	19.477.744,69	14.097.299,89	14.480.967,86

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	307.228,00	307.228,00	307.228,00
II. Kapitalrücklage	388.066,00	388.066,00	388.066,00
III. Gewinnvortrag	450.000,83	450.000,83	300.000,83
III. Jahresüberschuss	1.530.088,11	1.176.087,82	2.123.411,02
B. Rückstellungen	4.980.903,33	4.229.790,76	4.794.363,74
C. Verbindlichkeiten	11.734.151,06	7.534.393,15	6.499.914,82
D. Rechnungsabgrenzungsposten	51.648,36	11.733,33	67.983,45
E. Passive latente Steuern	35.659,00	0,00	0,00
	19.477.744,69	14.097.299,89	14.480.967,86

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
Umsatzerlöse	54.782.125,75	51.721.374,16	50.366.250,61
Erträge aus aktiviertem Eigenleistungen	260.449,00	232.727,00	194.817,00
sonstige betriebliche Erträge	731.654,60	743.859,37	841.210,07
Materialaufwand	19.932.766,63	18.928.590,63	18.720.365,49
Personalaufwand	22.765.752,98	21.736.091,48	19.597.761,33
Abschreibungen	3.906.773,25	3.604.862,66	3.539.104,49
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.638.638,25	6.570.464,09	6.259.387,18
Betriebsergebnis	2.530.298,24	1.857.951,67	3.285.659,19
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	129,50	41,71	177,07
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00	112,07
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	184.045,26	179.248,53	201.127,65
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.346.382,48	1.678.744,85	3.084.596,54
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	797.869,91	492.945,30	954.708,34
<i>davon latente Steuern</i>	<i>35.659,00</i>		
Sonstige Steuern	18.424,46	9.711,73	6.477,18
Jahresüberschuss	1.530.088,11	1.176.087,82	2.123.411,02

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Investitionsquote	131,6%	96,2%	107,1%
Eigenkapitalquote	13,7%	16,5%	21,5%
Umsatzrentabilität	2,8%	2,3%	4,2%
Eigenkapitalrentabilität	57,2%	50,7%	68,1%
Gesamtkapitalrentabilität	8,8%	9,6%	16,1%

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung durch die von ihnen bestellten Personen vertreten.

Für die **Stadt Alsdorf** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordnete Ralf Kahlen
(seit dem 25.06.2014)

Vertreter: Herr Thomas Dieckmann, Stadtverwaltung
(seit dem 25.06.2014)

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH (regio iT) in Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z. B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optional auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

1.2. Gesellschaftsstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen. Im Geschäftsjahr 2015 konnte mit der Kupferstadt Stolberg ein weiterer Kunde als Gesellschafter gewonnen werden.

Zum 31.12.2015 ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter	Anteil
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen	60,27%
INFOKOM Gütersloh AöR- Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	15,00%
StädteRegion Aachen	11,75%
Stadt Aachen	0,98%
Stadt Alsdorf	1,00%
Stadt Baesweiler	1,00%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG)	1,00%
Stadt Düren	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1,00%
Stadt Eschweiler	1,00%
Stadt Herzogenrath	1,00%
Stadt Monschau	1,00%
Gemeinde Roetgen	1,00%
Gemeinde Simmerath	1,00%
Kupferstadt Stolberg	1,00%
Stadt Würselen	1,00%

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr ergibt sich ein Anstieg von +1,7 %. Im Vorjahresvergleich (+1,6 %) hat sich das Wirtschaftswachstum somit leicht beschleunigt. Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2015 für die Unternehmen der Informationstechnologie ausgesprochen positiv. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 3,5 % oder um 2,8 Milliarden Euro auf 80,4 Milliarden Euro erneut zulegen.

Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch uneinheitlich. Mit einer Steigerungsrate von 5,4 % auf 20,1 Milliarden Euro konnte das Geschäft mit Software deutlich zulegen. Die regio iT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Die Umsätze in diesem Segment stiegen um 3,0 % auf 37,3 Milliarden Euro. Auch die regio iT ist in diesem Teilbereich erheblich gewachsen und konnte den Umsatz im Vorjahresvergleich um 7,9 % steigern. Auch der Markt für IT-Hardware konnte gegenüber dem Vorjahr zulegen. Das Marktvolumen stieg um 2,8 % auf 23,0 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2015 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die insgesamt erfreulichen Umsatzzahlen sorgen für weitere Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Mit aktuell über 1 Mio. Beschäftigten unter einer Steigerung um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr hat die ITK-Branche ihre Position als zweigrößter industrieller Arbeitgeber hinter dem Maschinenbau gefestigt. Mehr als zwei Drittel der ITK-Unternehmen wollen auch im Jahr 2016 zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Genau hier liegt die Herausforderung für die kommenden Jahre. Die Branche benötigt attraktive Rahmenbedingungen am Technologiestandort Deutschland sowie ein leistungsfähiges Bildungswesen, das den Nachwuchs auf Berufswege in der IT vorbereitet. Denn die größte Herausforderung der Branche ist weiterhin der Fachkräftemangel.

2.2. Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2015 mit einem Gesamtumsatz von 54,8 Mio. € einen Rekordwert erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von 3,1 Mio. € oder 6,0 %. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei den Bestandskunden, insbesondere in den Umsatzsegmenten Produkt- und Applikationsbetrieb. Hier konnten bei den Bestandskunden sowohl die erbrachten IT-Dienstleistungen ausgeweitet, als auch neue Produkte platziert werden. Vor dem Hintergrund von meist langfristigen Verträgen ist dieser Umsatzzuwachs nachhaltig einzuordnen und verbessert auch mittelfristig die Gesamtumsatzsituation.

Gegenläufige Effekte für das Unternehmensergebnis ergaben sich jedoch aus der Kostenentwicklung, hier insbesondere den Tarifabschlüssen im Personalbereich. Als Gegenmaßnahme wurde der Personalstand trotz Wachstum nicht weiter ausgebaut und liegt bilanzstichtagsbezogen noch unter dem Vorjahreswert.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2015 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 2,3 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) ab. Ausschlaggebend für die Ergebnissteigerung ist die Umsatzausweitung bei einer gleichzeitig moderaten Kostensteigerung. Die Umsatzrendite konnte von 3,2 % im Vorjahr auf 4,3 % im Geschäftsjahr 2015 gesteigert werden. Nach Steuern resultiert daraus ein Jahresüberschuss von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €). So konnte für die Gesellschafter der regio iT nicht nur eine Ergebnissteigerung gegenüber dem Vorjahr, sondern angesichts des aktuellen Zinsniveaus auch wiederum eine gute Rendite erwirtschaftet werden.

2.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

2.3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 35,8 Mio. € im Berichtsjahr Vorjahr: 33,8 Mio. €). Auch das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (35,2 Mio. €) wurde somit geringfügig unterschritten (+0,6 T€).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 42,5 Mio. € ebenfalls deutlich über dem geplanten Niveau (41,6 Mio. €).

Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,9 Mio. €) konnten um 1,1 Mio. € übertroffen werden. Weitere Kommunen haben sich im Berichtsjahr entschieden, den Warenkorb der regio iT für die IT-Beschaffungen zu nutzen. Zur Vereinfachung des Beschaffungsprozesses unserer kommunalen Kunden wurde dieser Warenkorb im Berichtsjahr in einen Internet-/Web-Shop integriert.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung (Dienstleistungsumsätze). Im Berichtsjahr hat sich dieses Umsatzsegment unterplanmäßig entwickelt. Einem geplanten Umsatz von 5,1 Mio. € gegenüber (8,7 % der Gesamtumsätze). Der wesentliche Anteil der Umsätze wird bei kommunalen Unternehmen aus der Ver- und Entsorgungsbranche erzielt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag somit mit 2,3 Mio. € um 0,7 Mio. € über Plan.

Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr 4,2 %. Die positive Entwicklung der Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb konnte die etwas unterplanmäßige Entwicklung der Umsätze aus Projektleistungen kompensiert werden, demzufolge konnte der Planwert (3,0 %) deutlich überschritten werden.

2.3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit dem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte, prozessorientierte Organisation bescheinigt wurde.

Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT Service Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT Service Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen.

Die Kunden der regio iT haben als Kommunen und kommunale Unternehmen sehr hohe Anforderung an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten

Informationssicherheits-Managementsystems unter Berücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Die regio iT ist seit 2009 umfassend in der IT-Sicherheit zertifiziert.

Alle Zertifizierungen wurden seither mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt. Zuletzt wurden im Geschäftsjahr 2015 die 3 Normen mit erfolgreichen Audits bestätigt.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor zur Gewinnung neuer Fachkräfte, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen Hertie-Stiftung. Der Gesellschaft wurde bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der erfolgreichen (Re-)Zertifizierung in 2014 berechtigt, dieses Siegel bis 2017 weitere drei Jahre zu führen.

2.4 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die regio iT die Gesamtumsätze deutlich um 3,1 Mio. € oder 6,0 % gegenüber dem Vorjahr von 51,7 Mio. € auf 54,8 Mio. € steigern. Der größte Anteil dieser Umsatzsteigerung ist auf die Umsatzerlöse aus Produkt/Applikationsbetrieb zurückzuführen, dieses Umsatzsegment konnte um 3,2 Mio. € auf 42,5 Mio. € verbessert werden. Diese Umsatzerlöse basieren überwiegend auf mehrjährig abgeschlossenen Kundenverträgen und dem Verkauf von Nutzungsrechten an selbsterstellten Softwarelösungen. Die Umsatzzuwächse sind vor allem auf die Ausweitung der Dienstleistungen bei Bestandskunden zurückzuführen, z. B. die Übernahme des IT-Full-Supports bei einem Gesellschafter. Es konnten aber auch neue Produkte bei unseren Kunden platziert werden. Die Dienstleistungsumsätze aus Beratung- und Projektleistungen mit 4,8 Mio. € sowie die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft mit 5,0 Mio. € lagen auf Vorjahresniveau

Ebenfalls auf Vorjahresniveau entwickelte sich auch das Umsatzsegment Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr und im Geschäftsjahr 2015 bei 2,5 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung der regio iT. Die Umsatzerlöse korrespondieren mit der entsprechenden Aufwandsposition im Materialaufwand.

Aufgrund des großen Erfolges bei der Vermarktung eigener Softwareprodukte wurde im Geschäftsjahr 2015 das Portfolio von Software-Eigenentwicklungen weiterentwickelt bzw. ausgebaut. Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 0,3 Mio. € resultieren aus der Weiterentwicklung von Softwarelösungen im Bereich Energie—Management sowie der Wahlsoftware votemanager. Erste Pilotprojekte für den Einsatz bei den Kunden wurden erfolgreich akquiriert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,7 Mio. € auf Vorjahresniveau (0,7 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT Personalaufwandes innerhalb von F&E-Förderprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2015 engagierte die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Elektromobilität sowie Cloud- und Mobile-Computing.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2015 beträgt 19,9 Mio. € (Vorjahr: 18,9 Mio. €). Die Erhöhung des Materialaufwands ist durch den Umsatzanstieg begründbar. Die eigene Wertschöpfung konnte weiter ausgebaut werden, da die Umsatzsteigerung von 3,1 Mio. € weit über den Materialaufwandserhöhungen (+1,0 Mio. €) liegt. Dies zeigt sich auch im verbesserten Rohergebnis.

Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund von Tarifsteigerungen um 4,7 % auf 22,8 Mio. € (Vorjahr: 21,7 Mio. €). Zum 31. Dezember 2015 waren bei der regio iT 349 (Vorjahr: 353) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 16 Auszubildende (Vorjahr: 20) beschäftigt. Zusätzlich

wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 32 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 32) zugewiesen.

Leicht gestiegen sind die Abschreibungen: diese liegen mit 3,9 Mio. € rund 0,3 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,6 Mio. €). Auch diese Position korrespondiert somit mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, insbesondere den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb.

In den Vorjahren hatten signifikante Umsatzsteigerungen regelmäßig auch Steigerungen der sonstigen betrieblichen Aufwendung zur Folge. Im Berichtsjahr wurde ein stringentes Kostenmanagement der nicht produktbezogenen Kosten aufgesetzt. Eine weitere Steigerung im Jahr 2015 konnte so, trotz deutlich gesteigener Gesamtleistung, verhindert werden. Somit liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Berichtsjahr mit 6,6 Mio. € auf Vorjahresniveau (6,6 Mio. €).

Das Finanzergebnis liegt mit -0,2 Mio. € ebenfalls auf Vorjahresniveau.

2.5 Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Bilanzsumme 19,5 Mio. € (Vorjahr: 14,1 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen bei 5,1 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen in Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrespondierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einem hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2015 betrug der Anlagendeckungsgrad (1) 23,1 %, die Eigenkapitalquote 13,7 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 16,5 %). Die Investitionen werden daher mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 8,4 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €). Die Erhöhung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass am 01. Januar 2016 die Berninger Software GmbH gekauft wurde. Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Forderung gegen den Cash-Pooling-Geber von 2,9 Mio. €.

2.6 Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2015 kann aufgrund der Ergebnisentwicklung insgesamt als sehr erfolgreich bewertet werden. Die regio iT konnte im Berichtsjahr sowohl stärker als der ITK-Markt (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik), als auch stärker als die Gesamtwirtschaft wachsen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreiche Wachstumsstrategie der regio iT. Die Vermögenslage ist jedoch nach wie vor geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen (22 %). Der Finanzierungsbedarf ist jedoch über den Cash-Pooling-Vertrag der E.V.A. ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

¹ (Eigenkapital x 100)/Anlagevermögen

3. Nachtragsbericht

Aufgrund des hohen Auftragsbestandes, der positiven Rückmeldungen auf das regio iT-Produktportfolio sowie insbesondere aufgrund der positiven Entwicklung des 2. Halbjahres 2015 ist die Fortführung des Wachstumskurses geplant.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die regio iT die Rechte an der Softwarelösung PC-Wahl vom Alleingesellschafter der Berninger Software GmbH, Marburg, erworben und unter den Anlagen im Bau ausgewiesen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat die regio iT außerdem 100 % der Geschäftsanteile der Berninger Software GmbH, Marburg, vom bisherigen Alleingesellschafter erworben. Die vormalige Berninger Software GmbH wird als neue Gesellschaft vote iT GmbH, Aachen, und als Tochterunternehmen der regio iT fortgeführt. Fortgeführt werden somit auch die beiden Wahllösungen votemanager (regio iT) und PC-Wahl (Berninger Software GmbH), nun unter einem Dach der vote iT vereint. Während der votemanager der regio iT für den Rechenzentrumsbetrieb und größere Kommunen ausgelegt ist, handelt es sich beim Produkt PC-Wahl um ein dezentrales Verfahren, primär auf kleinere und mittelgroße Kommunen ausgelegt. Durch die Zusammenführung ergeben sich vielfältige Synergiepotenziale, nicht nur durch den deutlichen Zugewinn an bestehenden Kundenverträgen/-kontakten der vormaligen Berninger Software GmbH. So können mit dem Wahlrecht-Know-how der neuen Gesellschaft größere Kommunen in weiteren Bundesländern für den votemanager erschlossen werden, für die PC-Wahl bisher nicht in Frage gekommen ist.

4. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

4.1 Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden und einer kontinuierlichen Ausweitung der Produktpalette weiter organisch zu wachsen. Einem anorganischen Wachstum durch Zusammenschluss mit weiteren IT-Dienstleistern im kommunalen Umfeld steht die regio iT auch zukünftig offen gegenüber. Jedes organische oder anorganische Wachstum ist stets ergebnisorientiert und profitabel ausgerichtet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Neben den Erfordernissen, die Prozesse bei den Kunden effizienter über eine Digitalisierung und Automatisierung abzubilden, ist der Gesetzgeber ein weiterer Treiber, da in 2015 verschiedene Gesetze die Rahmenbedingungen konkretisiert haben (z. B. die Verabschiedung des eGovernment-Gesetzes, die Einführung der E-Rechnung sowie die Verabschiedung des Messstellenbetriebgesetzes). Auch das IT-Sicherheitsgesetz wurde in 2015 beschlossen und führt dazu, dass die Kunden der regio iT perspektivisch ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) aufbauen müssen bzw. auch eine ISO 27001 Zertifizierung anstreben. Hier kann die regio iT die Kunden durch zertifizierte und erfahrene Berater unterstützen.

Die regio iT ist auch in 2016 bei innovativen geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. In 2015 wurde der Zuschlag für drei eingereichte Skizzen durch die Bundesministerien erteilt. Im Wesentlichen geht es um die Segmente „Umsetzung des IT-Sicherheitskataloges für Verteilnetzbetreiber“, „Erweiterung des Mobility-Services für den gewerblichen Fuhrpark mit dem Ziel der ausbalancierten Aufladung von elektrischen Fahrzeugen unter Berücksichtigung einer eigenen regenerativen Photovoltaik-Erzeugung und einer lokalen Speicher-Batterie“ sowie „Intelligente Verwendung von Sensorik-Daten zur Analyse und Steuerung von Gebäuden“.

Auch im Geschäftsjahr 2016 werden 3 Zertifizierungen von unabhängigen Auditoren überprüft. Für die Normen ISO 9001, ISO 27001 sowie ISO 20000 müssen Überwachungsaudits absolviert werden.

Die folgenden finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2016 prognostiziert (moneäre Werte in Mio. €)

	2015 Ist	2016 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	54,8	55,4	0,6	1,1%
<u>davon</u>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	42,5	44,0	1,5	3,5%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	4,8	5,1	0,3	6,3%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	5,0	3,9	-1,1	-22,0%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	8,8	9,2%	-	-
Rohergebnis ¹	35,8	37,0	1,2	3,4%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2,3	2,4	0,1	4,3%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	4,2%	4,3%	-	-

¹Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV)/.Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die regio iT eine moderate Umsatzsteigerung von 1,1 % (0,6 Mio. €) auf 55,4 Mio. €. Korrespondierend zu der prognostizierten Entwicklung dieser Marktsegmente geht die regio iT davon aus, dass bei den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb eine Steigerung von 1,5 Mio. € auf 44,0 Mio. € erwirtschaftet wird. Maßgeblich für diese Planung sind der weitere Ausbau des Bestandskundengeschäfts sowie die weiterhin erfolgreiche bundesweite Vermarktung von ausgewählten Produkten. Die Umsatzzuwächse basieren teilweise auf bereits im Geschäftsjahr 2015 erteilten Aufträgen.

Auch bei den Umsatzerlösen aus Beratungs- und Projektleistungen wird eine Steigerung von 4,8 Mio. € auf 5,1 Mio. € erwartet. Diese Annahme entspricht dem Ziel der regio iT, ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Ein wesentlicher Anteil wird weiterhin bei den kommunalen Unternehmen gesehen, und hier insbesondere bei Ver- und Entsorgungsunternehmen.

Auch die Digitalisierung im Bereich der Energieversorgung, und hier insbesondere die Einführung intelligenter Messsysteme sowie Lösungen im Bereich Mobilität, bieten aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT Wachstumspotenzial.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,9 Mio. € rückläufige Umsätze erwartet. Das Jahr 2015 war mit einem Umsatz von 5,0 Mio. € geprägt von Investitionen der Kunden in Arbeitsplatzausstattung, die mehrjährig genutzt wird. Zudem zeichnet sich der Trend unter den Bestandskunden ab, die regio iT nicht mehr nur als Beschaffungsdienstleister zu beauftragen, sondern Arbeitsplatzhardware mit weiteren Dienstleistungen über eine Mindestvertragslaufzeit anzumieten. Dies spiegelt sich auch in den Zuwächsen bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb wider.

Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist jedoch die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2016 ein Wachstum von 1,9 %. Risiken ergeben sich aus einer möglichen gegenläufigen Entwicklung, die direkten Einfluss auf die Haushaltssituation der Kunden und auf mögliche Investitionsentscheidungen haben könnte. Dem gegenüber stehen mögliche mittelfristige Rationalisierungseffekte aufgrund der Ausweitung des IT-Einsatzes bei den Kunden.

Aufgrund weiter steigender Personalkosten bzw. der prognostizierten Tarifentwicklung wird für 2016 von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 2,4 Mio. € ausgegangen, welches leicht über dem Niveau des Berichtsjahres (2,3 Mio. €) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2016 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Mittelfristig wird wieder eine überproportionale Geschäftsentwicklung erwartet, die trotz zunehmender Personalkosten zu wieder steigenden Renditen führt. Hier fließt insbesondere das Tochterunternehmen vote iT mit entsprechenden Beteiligungsergebnissen ein.

4.2 Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken.

Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und auf Grund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001.

Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagementboard) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden.

Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßig Analysen durch, die zusammen mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs-/Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch den weiteren Ausbau des Lizenzmanagements.

Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt.

Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2016 erreicht werden.

Das Risikomanagementsystem der regio iT ist in das Risikomanagementsystem der E.V.A. eingebunden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Aachen, den 18. März 2016

regio iT
gesellschaft für informationstechnologie mbH

Dieter Rehfeld
Vorsitzender der Geschäftsführung

Dieter Ludwigs
Geschäftsführer

V. Sondervermögen

ETD – Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf

Allgemeine Angaben

Firma	ETD - Eigenbetrieb Technische Dienste, Alsdorf	Gesellschafter
Sitz	Carl-Zeiss-Straße 20 52477 Alsdorf	Stadt Alsdorf 100,000%
E-Mail	info@alsdorf.de	Wesentliche Beteiligungen
Homepage	www.alsdorf.de	Keine
Rechtsform	Sondervermögen der Stadt Alsdorf mit eigenem Rechnungskreis	
Betriebsatzung	Betriebsatzung in der Neufassung vom 12. November 2010 Inkrafttreten 1. Dezember 2010 mit der 2. Änderung vom 23. März 2015	
Betriebsleiter	Stephan Maaßen kaufmännischer Betriebsleiter: Dipl.-Ing. Jörg Theißing Technischer Betriebsleiter:	
Gremien	Betriebsausschuss	
Stammkapital	2.000.000 €	
Anteil der Stadt in €	2.000.000 €	
Mitarbeiter	54	

Ziel / Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination und Wahrnehmung der Bereiche der Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes für die Stadt Alsdorf. Darüber hinaus übernimmt der Eigenbetrieb Technische Dienste die Aufgaben des Baubetriebshofes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Eigenbetrieb erfüllt seinen öffentlichen Zweck durch seine Dienstleistungen Winterdienst, Straßenreinigung und Abfallentsorgung. Diese tragen dazu bei, der Stadt Alsdorf ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild zu verschaffen und somit die Attraktivität des Wohnortes für die Einwohner zu bewahren.

Entwicklung der letzten drei Abschlussstichtage
Bilanz

Aktivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	49.970,21	50.819,56	52.665,51
II. Sachanlagen	52.323.314,10	53.376.775,21	53.705.797,97
III. Finanzanlagen	6.250,00	6.250,00	6.250,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	36.695,58	32.373,76	42.887,01
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.383.077,66	1.239.210,26	1.360.817,97
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.503.523,16	2.117.001,36	1.855.255,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.626,26	6.846,46	5.693,01
	56.310.456,97	56.829.276,61	57.029.367,11

Passivseite	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
II. Rücklagen	6.179.757,96	6.179.757,96	6.179.757,96
1. Gewinnvortrag	768.226,88	20.717,45	-649.402,08
2. Verwendung für Eigenkapitalverzinsung an die Stadt	-493.355,17	-597.987,62	-604.520,55
3. Jahresüberschuss	846.786,33	1.345.497,05	1.274.640,08
B. Empfangene Ertragszuschüsse	14.993.682,22	16.513.341,08	16.447.239,02
C. Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen	11.992.785,50	11.169.118,54	11.293.994,54
D. Rückstellungen	1.827.239,09	1.507.504,18	1.346.774,25
E. Verbindlichkeiten	18.195.334,16	18.691.327,97	19.740.883,89
	56.310.456,97	56.829.276,61	57.029.367,11

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. Umsatzerlöse	19.189.043,51	19.153.124,44	18.760.110,24
2. andere aktivierte Eigenleistungen	78.456,71	42.915,51	37.527,27
3. sonstige betriebliche Erträge	477.921,48	168.079,92	411.215,48
4. Materialaufwand	11.654.661,58	11.745.010,78	11.602.624,73
5. Personalaufwand	2.851.240,22	2.693.733,55	2.771.629,37
6. Abschreibungen	1.854.558,20	1.796.219,61	1.755.751,08
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.832.196,34	1.051.088,73	926.951,24
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38.960,28	43.587,00	37.397,38
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	733.414,96	765.099,95	797.429,79
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	858.310,68	1.356.554,25	1.391.864,16
11. außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
12. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	102.730,65
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.877,87	5.644,33	6.959,43
13. sonstige Steuern	6.646,48	5.412,87	7.534,00
Jahresüberschuss	846.786,33	1.345.497,05	1.274.640,08

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
<i>Eigenkapitalquote</i>	64,00%	64,45%	63,03%

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die von der Stadt zu übernehmenden Verluste des ETD in den einzelnen Geschäftsjahren betragen für:

2013	2.90 Mio.€
2014	2.85 Mio.€
2015	2.85 Mio.€

Zusammensetzung der Organe

Betriebsausschuss

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

Für die **Stadt Alsdorf** sind im Betriebsausschuss vertreten:

Vorsitzender:	Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch
1. SPD- Fraktion	(seit dem 25.06.2014)
Stellv. Vorsitzender:	Herr Stv. Wilfried Maul
2. CDU-Fraktion:	(seit dem 25.06.2014)
3. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Franz-Josef Altdorf
	(seit dem 25.06.2014)
4. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Norbert Leschnik
	(seit dem 25.06.2014)
5. SPD-Fraktion:	Herr Stv. Marc Schlösser
	(seit dem 25.06.2014)
6. CDU-Fraktion:	Herr Stv. Dirk Schaffrath
	(seit dem 25.06.2014)
7. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Marius Sapletta
	(seit dem 25.06.2014)
8. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich
	(seit dem 04.09.2014)
9. GRÜNE-Fraktion:	Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz
	(seit dem 04.09.2014)
10. GRÜNE-Fraktion:	Herr Stv. Friedel Wirtz
	(seit dem 04.09.2014)
11. ABU/FDP	Herr Stv. Frank Breuer
	(seit dem 25.06.2014)

Stadt Alsdorf

Eigenbetrieb Technische Dienste

Lagebericht zum 31. Dezember 2015

Inhalt:

- I. Grundlagen des Betriebes
 1. Geschäftsmodell des Betriebes
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle Leistungsindikatoren/Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- III. Nachtragsbericht
- IV. Prognosebericht
- V. Chancen- und Risikobericht
 1. Risikobericht
 2. Chancenbericht
 3. Gesamtaussage
- VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
- VII. Bericht über Zweigniederlassungen

I. Grundlagen des Betriebes

1. Geschäftsmodell des Betriebes

Mit Beschluss des Rates der Stadt Alsdorf vom 27. November 2003 wurde der bestehende Eigenbetrieb Abwasser mit Wirkung zum 01. Januar 2004 um die Aufgabenbereiche Baubetriebshof, Abfallentsorgung, Straßenreinigung einschließlich Winterdienst gemäß § 107 Abs. 2 GO NW und den Vorschriften der EigVO NW erweitert. Zu den Aufgaben des Baubetriebshofes zählen die Unterhaltung und Grünpflege der öffentlichen Verkehrsflächen sowie die Verkehrslenkung.

In der gleichen Sitzung hat der Rat der Stadt Alsdorf die Betriebssatzung für den erweiterten Eigenbetrieb beschlossen, die im Mitteilungsblatt der Stadt Alsdorf Nr. 45 vom 11. Dezember 2003 veröffentlicht wurde. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung wird unter dem Namen „Stadt Alsdorf, Eigenbetrieb Technische Dienste“ geführt.

Der Rat der Stadt Alsdorf hat in seinen Sitzungen am 30.09.2010 und am 04.11.2010 die Betriebssatzung vom 12.11.2010 für den Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf als Neufassung beschlossen. Die Neufassung der Betriebssatzung wurde zum 21.12.2012 und zum 27.03.2015 geändert. Gleichzeitig tritt die bisherige Betriebssatzung vom 01.01.2004 außer Kraft.

Mit Wirkung zum 01.01.2007 ist die Stadt Alsdorf dem Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung beigetreten. Die für den Zweckverband handelnde RegioEntsorgung AöR nimmt für die ihr angeschlossenen Kommunen folgende Aufgaben wahr:

- Sammeln und Transportieren der Abfälle
- Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs

Darüber hinaus gehende Aufgaben wie die Beseitigung von wildem Müll, das Leeren von Straßenpapierkörben sowie die Reinigung der Glascontainerstandorte verbleiben bei der Stadt Alsdorf; hier beim Eigenbetrieb Technische Dienste.

Die Auswirkungen stellen sich für die Gebührenpflichtigen und das Stadtbild positiv dar.

2. Forschung und Entwicklung

Der Eigenbetrieb Technische Dienste betreibt keine Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Bund erwirtschaftete im Jahr 2015 erneut ein Plus von 12,2 Milliarden Euro und steigerte damit den Überschuss aus dem Vorjahr (+8.6 Milliarden Euro). Die Einnahmen stiegen mit +3,6 % etwas kräftiger als die Ausgaben +3,0 %. Die Länder hatten im Berichtsjahr mit einem Defizit von 58 Milliarden Euro einen fast ausgeglichenen Etat. Die Gemeinden konnten das Jahr 2015 mit einem Überschuss von 2,1 Milliarden Euro abschließen, nach einem Defizit im Jahr 2014 (-2,4 Milliarden Euro). Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherungen war mit 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2015 etwas geringer als im Vorjahr (2014: +3,5 Milliarden Euro).

Ursachen des Rekordüberschusses sind vorrangig die positive wirtschaftliche Entwicklung und die niedrigen Zinsausgaben. Auch relativ niedrige Abführungen an die EU trugen zur Entlastung bei.

Die Steuern, die etwa die Hälfte der Einnahmen ausmachen, nahmen um rund 4,6 % zu. Grundlage hierfür waren eine günstige Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung. Das Aufkommen an Einkommenssteuer erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 5,7 %, wobei alle Unternehmenssteuern anstiegen: Die Gewerbesteuer um 3,7 %, die Körperschaftsteuer um 6,4 %. Zudem waren die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 6,2 % höher als ein Jahr zuvor, was vor allem an der robusten Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie an immer noch deutlichen Lohnzuwächsen lag.

Die monetären Sozialleistungen nahmen kräftig um 5,0 % zu, wobei die Pensionen um 4,8 % und die Geldleistungen der Rentenversicherung um 4,9 % stiegen. Die sonstigen sozialen Geldleistungen erhöhten sich sogar um 7,8 %, unter anderem in Folge des starken Zustroms an Schutzsuchenden im zweiten Halbjahr 2015. Die sozialen Sachleistungen stiegen ebenfalls deutlich (+5,4 %), vor allem aufgrund der gestiegenen Ausgaben für medizinische Leistungen sowie der Leistungserweiterung der gesetzlichen Pflegeversicherung. Das Arbeitnehmerentgelt der beim Staat Beschäftigten stieg um 2,8 %. Die Subventionen stiegen um 6,1 % während die Bruttoinvestitionen um 0,3 % leicht zurückgingen. Die Ausgaben des Staates für zu zahlende Zinsen sanken (-6,8 %) stark.

2. Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss von **Euro 846.786,33**.

Das Jahresergebnis teilt sich auf die Betriebsbereiche wie folgt:

	2015	2014
Abwasser	615.839,66	1.147.075,32
Abfallentsorgung	488.576,85	39.866,41
Straßenunterhaltung	0,00	3.890,09
Straßenreinigung / Winterdienst	-257.630,18	154.665,23
Gesamt	846.786,33	1.345.497,05

Betriebsbereich Abwasser

Im Jahre 2015 wurde im Betriebszweig Abwasser ein Gewinn i.H. v. 615.839,66 € erwirtschaftet.

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurde das Abwasser von 46.795 Einwohnern (44.633 angeschlossene Einwohner über Mischwasserkanal und 2.114 Einwohner über Trennsystem, sowie 48 Einwohner mit Kleinkläranlagen) behandelt und entsorgt. Dies entspricht einer Schmutzwassermenge in 2015 von 1.903.719 m³ (in 2014: 1.895.455 m³).

Die Abwasserbeseitigung erzielte Umsatzerlöse in Höhe von 12.075.160,- €.

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden die noch im Anlagevermögen befindlichen Kanalhausanschlüsse aus der Maßnahme „Alsdorf-Ofden“ ausgebucht.

Betriebsbereich Straßenunterhaltung

Der Betriebszweig Straßenunterhaltung erzielte im Berichtszeitraum einen Gewinn i. H. v. 23.349,66 €. Dieser Betrag wurde als sonstige Rückstellung verbucht, so dass ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wurde.

Der Zuschuss der Stadt Alsdorf für den Betriebszweig Straßenunterhaltung beträgt im Geschäftsjahr 2015 2.860.000,00 €. Im Geschäftsjahr 2015 wurden für die Unterhaltung der Straßen durch Fremdvergaben insgesamt 396.997,45 € ausgegeben.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Im Berichtsjahr musste ein Verlust i. H. v. 257.630,18 € hingenommen werden.

Dieser Verlust resultiert im Wesentlichen aus der im Geschäftsjahr erfassten Rückstellung für den Gebührenaussgleich in Höhe von 387.500 €.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden die Gebühren nicht angepasst.

Der Betriebszweig Abfallentsorgung erwirtschaftete einen Gewinn i. H. v. 488.576,85 **Euro**.

3. Lage

a) Ertragslage

Die im Anhang zum 31.12.2015 aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2015 und 2014 zeigt die Ertragslage und ihre Veränderungen.

Betriebsbereich Abwasser

Dem Betriebsbereich Abwasser obliegt die unschädliche Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser auf städtischem Gebiet.

Die Entsorgung erfolgte in den Kläranlagen Alsdorf-Bettendorf und Alsdorf-Broichtal, die zum 01.01.1996 an den Wasserverband Eifel-Rur übergegangen sind, für rund 40.000 Einwohner, sowie für ca. 6.200 Einwohner aus einem Teilbereich des Stadtteils Mariadorf sowie aus den Stadtteilen Blumenrath und Broicher Siedlung über die Kläranlage Würselen-Euchen, die zum 01.01.1999 an den Wasserverband Eifel-Rur übertragen worden ist.

Die Kanalbenutzungsgebühren wurden in 2015 mit folgenden Sätzen erhoben:

	Gebühr/cbm
Schmutzwassergebühr	3,64
	Gebühr/cbm
Niederschlagswassergebühr	1,31

Gegenüber dem Vorjahr wurden die Gebühren nicht angepasst.

Betriebsbereich Straßenreinigung / Winterdienst

Die maschinelle Straßenreinigung für die Stadt Alsdorf wird seit dem 01.01.2011 durch die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG durchgeführt. Zu den Aufgaben gehört die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage, welche nicht den Anliegern per Satzung übertragen worden sind.

Die Gebühren blieben wie bei den weiteren Betriebszweigen auch in diesem Wirtschaftsjahr konstant. Für die Straßenreinigung der Fahrbahn wurden einheitlich bei 1,68 €/lfd. Meter berechnet; für die Winterwartung Kat. I. 2,84 €/lfd. Meter und Kategorie II. 2,34 €/lfd. Meter.

Betriebsbereich Straßenunterhalt

Dem Betriebszweig Straßenunterhalt obliegt die Unterhaltung der öffentlichen Räume bezüglich Sauberkeit, öffentliche Ordnung, Grünpflege und Verkehrssicherung von öffentlichen Straßen. Größere Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht werden im Rahmen eines sog. Generalunternehmervertrages durch die ARGE RV Kanal- und Straßenbau Alsdorf (Reuber / Schleiden) durchgeführt.

Betriebsbereich Abfallentsorgung

In der nachfolgenden Tabelle sind die entsorgten Abfallmengen im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesen.

Abfälle aus Haushalten	2015 Tonnen	2014 Tonnen
Restmüll	5.206	5.271
Bioabfall	3.832	4.171
Grünabfall	972	1.091
Sperrmüll	466	496
Holz	937	700
Wertstoffe		
- Altpapier	3.490	3.550
- Altglas	1.150	1.107
- Leichtstoffe	2.020	1.935
Summe	18.073	18.321

Die Entsorgung der festen Abfälle, die keiner Verwertung mehr zugeführt werden, erfolgt durch Verbrennung in der MVA Weisweiler. Verwertbare Hausabfälle werden der Zentraldeponie Alsdorf-Warden zugeführt.

Die Abfallentsorgungsgebühren 2015 sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

	2015	2014
	Euro	Euro
Grundgebühren		
80 Liter Abfallgefäß / jährlich	146,76	146,76
2. Restmüllbehälter / jährlich	36,92	36,92
1.100 Liter Restmüll-Container / Jährlich	1.715,20	1.715,20
Bildung einer Abfallgemeinschaft / Jährlich	109,84	109,84
Abfuhrgebühren	2015	2014
80 Liter Restmüllgefäß / Leerung	3,99	3,99
1.100 Liter Restmüll-Container / Leerung	35,91	35,91
120 Liter Biomülltonne / jährlich	54,00	54,00
1.100 Liter Bio-Container	486,00	486,00

Die Abfallgebühren wurden im Wirtschaftsjahr 2015 nicht angepasst.

b) Finanzlage

Nachfolgend werden wesentliche Veränderungen bezüglich des Cashflows der laufenden Geschäftstätigkeit, des Cashflows der Investitionstätigkeit und des Cashflows der Finanzierungstätigkeit aufgezeigt:

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.843 T€ ist gegenüber dem Vorjahr 2014 (3.399 T€) gesunken.

Im Geschäftsjahr 2015 waren keine weiteren Kreditaufnahmen erforderlich.

Sowohl die Investitionen -3.055 T€ (-1.848 T€), als auch die Auszahlungen für Kredittilgungen 898 T€ (-828 T€) und Kapitalverzinsung 2015 -493 T€ (-597 T€) konnten somit beglichen werden.

c) Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 518 T€ auf 56.310 € vermindert. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass das lang- und mittelfristig gebundene Vermögen zu rd. 84 % aus Abwassersammlungsanlagen besteht. Daraus resultiert die branchenübliche, hohe Anlagenintensität, was die hohe Fixkostenabhängigkeit des Betriebes verdeutlicht.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 41 T€ gegenüber dem Vorjahr verringert. Forderungen gegenüber der Stadt Alsdorf wurden mit (+58 T€) erhöht und die Forderungen aus sonstigen kurz- und langfristigen Vermögensgegenständen erhöhten sich um (126 T€).

Auf der **Passivseite** ist der Rückgang der Bilanzsumme hauptsächlich auf folgende Posten zurückzuführen:

Die Erhöhung des Gewinnvortrages in Höhe von 747 T€ setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 1.345 T€, abzüglich der Kapitalverzinsung i. H. v. 598 T€ für das Jahr 2014. Das Eigenkapital ist insgesamt (ohne Berücksichtigung des Sonderpostens) um 353 T€ geringer als im Vorjahr und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 9.301 T€.

Die Rückstellung für Gebührenausschlag beläuft sich zum 31.12.2015 auf 1.470 T€ und resultiert aus der Kostenüberdeckung der Jahre 2012-2015 der Betriebszweige Abwasser, Straßenreinigung, Winterdienst und Abfall. Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG sind Kostenüberdeckungen dem Gebührenzahler innerhalb von vier Jahren zu erstatten.

Da im Jahr 2015 keine neuen Darlehen aufgenommen wurden, hat sich der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute in Höhe von planmäßigen Tilgungen um 898 T€ verringert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbedingt um 450 T€ zum Vorjahr erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Alsdorf sind um 45 T€ verringert. Dies resultiert daraus, dass bereits Abrechnungen mit der Stadt Alsdorf im laufenden Wirtschaftsjahr 2015 vorgenommen wurden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind nahezu unverändert. Hierin enthalten sind u. a. Verbindlichkeiten aus Lohnsteuerzahlungen des (Vor)Monats Dezember 2015. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung waren sämtliche sonstige Verbindlichkeiten ausgeglichen.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren/ Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der Wasserverband Eifel – Rur hat im Rahmen seines Wirtschaftsplans 2015 für die Erweiterung der Kläranlage Würselen – Euchen für den Zeitraum 2014 – 2016 Investitionen in Höhe von 7,5 Mio. Euro veranschlagt. Die Stadt Alsdorf ist mit rund 23 % an der Kläranlage beteiligt. Auch aus der Umsetzung der EU-WRRL werden

größere Investitionen an den Kläranlagen und den Sonderbauwerken erforderlich. Der Eigenbetrieb wird nicht über ein Kennzahlensystem gesteuert.

Zum Schutz des Grundwassers und der Gewässer erfolgen jährlich Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung. Der Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben. Zusätzliche Anforderungen aus der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVoAbw) erfordern ebenfalls eine Anzahl von Nachfolgeinvestitionen bzw. Maßnahmen im Unterhalt.

Die Aufgaben der Abfallwirtschaft (Sammlung und Transport) sind mit Wirkung vom 1.1.2007 auf den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung (ZRE) mit befreiender Wirkung übertragen worden. Die abfallrechtlichen Vorschriften sind daher durch die RegioEntsorgung AöR vollumfänglich einzuhalten.

III. Nachtragsbericht

Hierzu ist keine Berichterstattung erforderlich.

IV. Prognosebericht

Aus heutiger Sicht erforderte die Optimierung der Aufgabenerledigung des gesamten Eigenbetriebes Technische Dienste eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Baubetriebshofes. Mit Beschluss des Betriebsausschusses vom 14.02.2012 zur Ertüchtigung des Baubetriebshofes wurden erste Schritte eingeleitet, um die Optimierung der Aufgabenerledigung umzusetzen. Die I. Bauabschnitt, Errichtung einer Fahrzeughalle sowie des Waschplatzes wurden im Geschäftsjahr fertiggestellt und aktiviert. Der II. Bauabschnitt, Errichtung eines Bürogebäudes sowie Beschaffung von zwei Salzsilos, wurden ebenfalls im Geschäftsjahr fertiggestellt und aktiviert. Der III. Bauabschnitt wird weitestgehend im Wirtschaftsjahr 2016 fertig gestellt.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Insbesondere der Abwasserbetrieb wird in den nächsten Jahren gewaltige Investitionen, aus heutiger Sicht ca. (10.610 T€) tätigen müssen, die steigende Abschreibungen und Zinsen aus der Finanzierung dieser Investitionen zur Folge haben. Hierbei handelt es sich um insbesondere bauliche und hydraulische Kanalsanierungsmaßnahmen.

Die für die Jahre 2016 – 2018 im Jahr 2015 im Bereich Abwasser durchgeführten Gebührenbedarfsrechnung hat jedoch ergeben, dass gleichwohl eine Vielzahl von Anlagen im Kalkulationszeitraum endgültig abgeschrieben wird, so dass selbst bei Berücksichtigung aller zu tätigen Investitionen im Kalkulationszeitraum, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Investitionsplanes bekannt waren, Gebührenanpassungen vorzunehmen sind. Diese Gebührenanpassungen sind für 2019 vorgesehen.

Gemäß § 6 (2) Satz 2 des KAG kann der Gebührenrechnung höchstens ein Kalkulationszeitraum von drei Jahren zugrunde gelegt werden. Demnach dürfen die zum Zeitpunkt der Durchführung der Gebührenbedarfsrechnung bekannten Investitionen und daraus resultierende Aufwendung ab dem Jahr 2019 nicht berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sind die Gebühren nach der Inanspruchnahme der Einrichtung zu bemessen (Wirtschaftlichkeitsmaßstab) und dürfen mithin nicht willkürlich höher festgesetzt werden, um höhere Aufwendungen, die nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes entstehen, zu kompensieren (§ 6 (3) Satz 1 KAG).

Das OVG Münster hat am 24.07.2013 einen entscheidenden Beschluss zur Straßenoberflächenentwässerung gefasst. Demnach ist es grundsätzlich möglich, die Straßenbaulastträger klassifizierter Straßen zu Niederschlagswassergebühren per Bescheid heranzuziehen.

Bislang wurden hierzu in der Vergangenheit schriftliche Vereinbarungen zwischen den Kommunen und den übergeordneten Straßenbaulastträgern getroffen. Die übergeordneten Straßenbaulastträger haben sich hierbei an den Investitionskosten beteiligt und wurden im Umkehrschluss von der Zahlung einer Gebühr befreit.

Diese Zahlungen (Investitionskostenbeteiligungen) wurden buchhalterisch als Sonderposten geführt und jährlich ertragswirksam aufgelöst. Durch die Gebührenveranlagung der übergeordneten Straßenbaulastträger per Bescheid kann nach erster Einschätzung die Ertragsituation dauerhaft verbessert werden und zur Stabilisierung der Niederschlagswassergebühren beitragen.

Das für die Gebührenerhebung durchführende Fachamt wurde bereits über das Urteil informiert. Hieraus ergeben sich Mehreinnahmen im Bereich Abwasser „Umsatzerlöse Niederschlagswasser“ in Höhe von jährlich ca. 159.000 €.

2. Gesamtaussage

Abwasser

Die Zusammenführung der beiden Betriebsstätten Hahnengasse und Carl-Zeiss-Straße ist eine der vordringlichsten Maßnahmen gewesen. Hierdurch werden Einsätze und Aufgabenzusammenführungen zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation führen. Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.02.2012 die Ertüchtigung des Baubetriebshofes beschlossen. Damit konnte die Betriebsstätte Hahnengasse im IV. Quartal des Wirtschaftsjahr 2014 aufgegeben werden. Die 6. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) wurde der Oberen Wasserbehörde im Sommer 2015 vorgelegt und von dieser im Herbst 2015 genehmigt.

Abfallentsorgung

Ziel des Entsorgungszweckverbandes RegioEntsorgung (ZRE) ist weiterhin ein einheitliches Abfallsystem für alle Mitgliedskommunen. Erforderliche Beschlüsse sollen sukzessive im Laufe der nächsten Jahre in den zuständigen politischen Gremien gefasst werden.

Eine ständige Beobachtung der Prozesse in den Gremien des ZRE ist erforderlich, um ggfs. Einfluss auf Systemänderungen und damit auf den kommunalen Gebührenhaushalt ausüben zu können.

Straßenunterhaltung

Der eingesetzte Straßenbegeher/-kontrolleur ist mit einem GPS-unterstützendem Erfassungssystem ausgestattet, das eine Aufzeichnung von vorhandenen Missständen/Schäden im öffentlichen Verkehrsraum aufzeichnet, so dass eine zeitnahe Abhilfe möglich ist, um Schadensersatzansprüche gegen die Stadt zu vermeiden.

Straßenreinigung / Winterdienst

Zum 01.01.2014 wurde die Dienstleistung für die maschinelle Straßenreinigung neu ausgeschrieben und erneut an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG, vergeben. Hierzu sind keine Änderungen geplant.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Der Eigenbetrieb Techn. Dienste der Stadt Alsdorf verfügt nicht über Finanzinstrumente.

VII. Bericht über Zweigniederlassungen

Der Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf ist Sondervermögen der Stadt Alsdorf und verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Alsdorf, den 27.09.2016

gez. Theißing
techn. Betriebsleiter

gez. Maaßen
kfm. Betriebsleiter

Rechtsnormverzeichnis

**11. Teil
Wirtschaftliche Betätigung und
nicht wirtschaftliche Betätigung**

§ 107 GO NRW

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen).

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind.

Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die

Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, auf Grund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen

mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran

beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung

durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108a GO NRW Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1 , § 107a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein

angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für

die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108b GO NRW **Regelung zur Vollparität**

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, schriftlich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmgleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl

der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW **Wirtschaftsgrundsätze**

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 GO NRW **Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher** **Machtstellung**

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 GO NRW **Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen** **und Beteiligungen**

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder

einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW

Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsatzgesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsatzgesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes, so soll die Gemeinde, soweit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 GO NRW Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbstständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114a GO NRW Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der

Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zu Gunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, endet mit dem Ende der Wahlperiode oder bei Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, mit dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v. H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weiter gehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 GO NRW
Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,

b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,

c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,

d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,

e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,

f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,

g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,

h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist